



Aktiv gegen Zwangsheirat

Empfehlungen



Aktiv gegen Zwangsheirat

Empfehlungen



Behörde für Soziales,
Familie, Gesundheit
und Verbraucherschutz

Partnerorganisationen



Lawaetz-Stiftung

Johann Daniel Lawaetz-Stiftung
Deutschland · Hamburg



Magistratsabteilung 57 (MA 57)
Frauenabteilung der Stadt Wien
Österreich · Wien



Netherlands centre
for social development

MOVISIE
Netherlands centre for social development
Niederlande · Utrecht



Riksorganisationen
för kvinnojourer och
tjejjourer i Sverige

ROKS
The National organisation for Women's
shelters and young Women's shelters
in Sweden
Schweden · Stockholm



Foreign &
Commonwealth Office

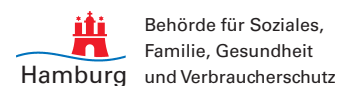
Forced Marriage Unit
Foreign and Commonwealth Office
Großbritannien · London



Zwangsheirat.ch
Verein Katamaran
Schweiz · Zug



Women for Women's Human Right's
(WWHR) – NEW WAYS
Türkei · Istanbul



Behörde für Soziales,
Familie, Gesundheit
und Verbraucherschutz

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz
Deutschland · Hamburg

Vorwort

„Aktiv gegen Zwangsheirat“ – mit diesem Titel hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg ein EU-Projekt initiiert, das im Rahmen des Daphne-Programms der Europäischen Kommission gefördert wurde.

Das Thema Zwangsheiraten ist in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von sogenannten „Ehrenmorden“ in verschiedenen europäischen Ländern verstärkt in den Fokus der breiteren Öffentlichkeit und von politischen Diskussionen gerückt. Eine Zwangsheirat raubt den betroffenen Frauen und Männern die menschliche Würde, beeinträchtigt ihre persönliche Freiheit in einem erheblichen Maße und verletzt den Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Zwangsheiraten finden europaweit statt und es ist deshalb auch ein gesamteuropäisches Ziel, Frauen und Männer, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind, besser zu schützen und ihnen zu helfen.

In zahlreichen Diskussionen unterschiedlicher Gremien wurde immer wieder deutlich, wie wichtig es ist, von anderen europäischen Mitgliedsstaaten zu lernen. Wir brauchen abgestimmte Präventions- und Interventionsstrategien, um die Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene für die Wahrung und Durchsetzung von Menschenrechten weiterzuentwickeln. Dazu sind auch ein internationaler Fachaustausch sowie internationale Kooperationen notwendig.

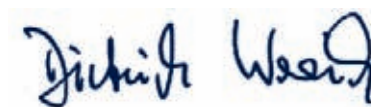
Die hier vorgelegten Handlungsempfehlungen sind das Ergebnis des zweijährigen Projektes „Aktiv gegen Zwangsheirat“, in dem wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsheiraten entwickelt haben. In diesem Projekt haben zum ersten Mal Regierungsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen aus London, Wien, Amsterdam, Utrecht, Stockholm, Istanbul,

Zug (Schweiz) und Hamburg zu diesem Thema erfolgreich zusammengearbeitet.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Projektpartnern sehr herzlich für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit während des Projektes bedanken. Die Empfehlungen, die wir in diesem Handlungsleitfaden gebündelt haben, sind das Ergebnis eines intensiven Austausches. Sie spiegeln praxiserprobte Beratungsansätze, Strategien und Konzepte auf den Ebenen Prävention und Intervention wider und decken eine große Reichweite ab.

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen richten sich in erster Linie an Entscheidungstragende aus Politik und Verwaltung. Ich hoffe, dass die Empfehlungen für sie als wichtige Impulsgeber dazu beitragen, neue innovative Handlungsansätze sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu entwickeln und umzusetzen.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam Zwangsheiraten energisch bekämpfen!



Dietrich Wersich
Senator für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz
Freie und Hansestadt Hamburg



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| I Einleitung | 9 |
| 1 Diskussion über Zwangsheiraten in Europa | 9 |
| 2 Das Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“ | 12 |
| 3 Problemverständnis | 13 |
| II Empfehlungen | 18 |
| 1 Empfehlung an die EU-Mitgliedsstaaten | 21 |
| 2 Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen | 22 |
| 2.1 Forschung über Zwangsheiraten | 22 |
| 2.2 Kooperation und Vernetzung | 23 |
| 2.3 Handlungsleitlinien | 26 |
| 3 Prävention | 27 |
| 3.1 Schulische und außerschulische Bildungsangebote als wichtiges Handlungsfeld | 27 |
| 3.1.1 Maßnahmen an Schulen für Schülerinnen und Schüler | 27 |
| 3.1.2 Maßnahmen für pädagogisches Personal an Schulen | 29 |
| 3.1.3 Maßnahmen für Eltern | 29 |
| 3.1.4 (Bildungs-)Maßnahmen zum Abbau tradierter Rollenbilder | 31 |
| 3.1.5 Empowermentangebote | 32 |
| 3.2 Sensibilisierung/Aufklärung der Öffentlichkeit: Informationskampagnen | 33 |
| 3.3 Gezielte Information von (Erst-)Zugewanderten – ein wichtiger integrationspolitischer Ansatz | 34 |
| 4 Intervention | 35 |
| 4.1 Interkulturelle Beratungsangebote | 35 |
| 4.2 Schutzeinrichtungen/Wohnprojekte | 37 |
| 4.3 Qualifizierung der Fachkräfte in Beratungs- und Schutzeinrichtungen | 40 |
| 4.4 Stärkung von Opferrechten bei Gericht | 40 |
| 4.5 Täterbezogene Interventionsstrategien | 42 |
| 5 Internationale Aktivitäten | 43 |
| III Ausblick | 47 |
| IV Appendix | 49 |
| Appendix I: Good practises from the Partners' Countries | 49 |
| Appendix II: Situation in the Partners' Countries | 75 |
| Appendix III: Partner Organisations | 83 |

Zwangsheiraten stellen schwere Verletzungen der Menschenrechte dar, die gegen internationales und gegen nationales Recht aller europäischen Staaten verstoßen. Sie lassen sich nicht auf bestimmte religiöse Traditionen zurückführen, sondern kommen in unterschiedlichen sozialen, ethnischen und kulturellen Kontexten überall auf der Welt und auch in Europa vor.

Die hier vorgelegten Handlungsempfehlungen sind das Ergebnis eines von der Europäischen Kommission im Rahmen des Daphne-Programms geförderten Projektes. Mit diesen Empfehlungen soll ein Beitrag zur Verhinderung von Zwangsheiraten und zur Entwicklung effektiver Hilfemaßnahmen geleistet werden. Die Empfehlungen beziehen sich in der Hauptsache auf Anregungen, die Fragen der Vorbereitung und Umsetzung – also den Kontext von Maßnahmen – betreffen (Abschnitt II.2), auf Ansätze der Prävention (Abschnitt II.3), der Inter-

vention (Abschnitt II.4) und der internationalen Aktivitäten (Abschnitt II.5). Ihnen vorangestellt sind Empfehlungen an die EU-Mitgliedstaaten (Abschnitt II.1)

Alle Empfehlungen und Anregungen sind aus einem intensiven Austausch zwischen den am Projekt beteiligten Partnern hervorgegangen; sie beruhen auf Erfahrungen, Praktiken und Handlungsansätzen der jeweiligen Partnerländer. Eine Auswahl der den Empfehlungen zugrunde liegenden Good Practices ist im Anhang enthalten.

Bevor die Empfehlungen im Einzelnen vorgestellt werden, sei zunächst kurz auf den Stand der einschlägigen Diskussion in Europa hingewiesen (I.1). Anschließend werden Zielsetzung und Arbeitsweise des Projektes „Aktiv gegen Zwangsheirat“ (I.2) sowie das gemeinsame Problemverständnis der Projektpartner (I.3) erläutert.

1 DISKUSSION ÜBER ZWANGSHEIRATEN IN EUROPA

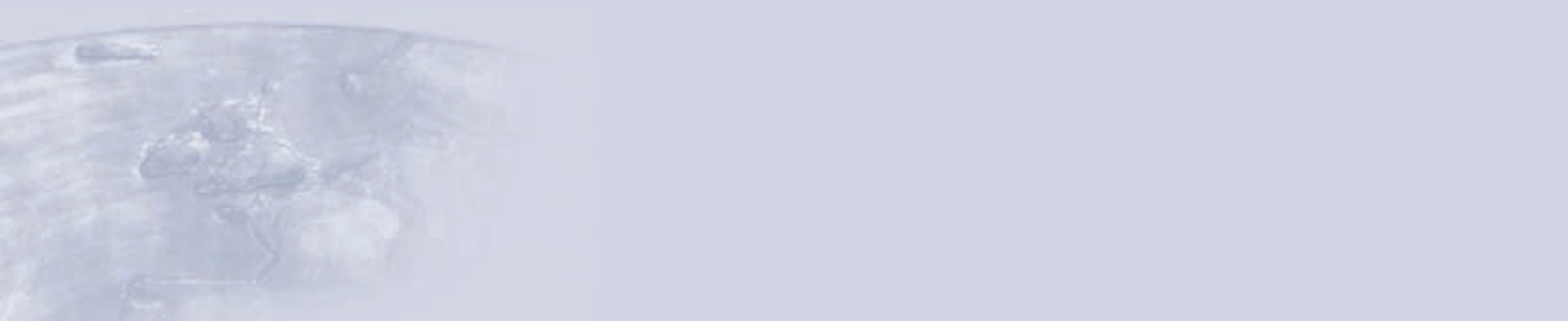
Erzwungene Heiraten wurden lange Zeit überwiegend von Nichtregierungsorganisationen, Fachleuten der Sozialen Arbeit und Wissenschaftler/innen diskutiert. Eine Reihe sogenannter „Ehrenmorde“ in verschiedenen europäischen Ländern, populärwissenschaftliche Publikationen sowie biographische Falldarstellungen¹ haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, das Thema

zum Gegenstand einer breiten öffentlichen und politischen Diskussion zu machen.

Diskutiert wird Zwangsheirat dabei unter verschiedenen Perspektiven: Im Kontext der Migrations- und Integrationsdebatte, im Zusammenhang mit innerfamiliärer Gewalt – und hier insbesondere unter dem Aspekt Gewalt gegen Frauen – sowie unter dem Aspekt der Menschenrechtsverletzungen.²

¹ Sanghera, Jasvinder „Shame“, Großbritannien 2007; Kelek, Necla, „Die fremde Braut“, Deutschland 2005

² So wird Zwangsheirat in einigen Ländern als eine Form traditions- beziehungsweise ehrbedingter Gewalt an Frauen angesehen („Honour related Violence“; so z.B. Schweden), während es in anderen Ländern im Rahmen von häuslicher Gewalt (wie bspw. in Österreich) oder unter beiden Aspekten (so u.a. Großbritannien) behandelt wird. In der Schweiz wiederum wird das Thema Zwangsheirat in erster Linie vor dem Hintergrund einer Menschenrechtsverletzung diskutiert.



Europäische Regierungen haben in den letzten Jahren eine Reihe von Situationsberichten, Strategiepapieren sowie Studien mit Empfehlungskatalogen veröffentlicht. Einige sozialwissenschaftliche Studien³ geben einen ersten Überblick über die vorhandene Datenlage und bereits existierende Interventionsstrategien in Europa. Das „European Resource Book“ über „Honour Related Violence“ – Kvinnoforum (2005) – behandelt Problemausmaß, gesetzliche Lage, Präventionsstrategien, Forschung und Beratungslandschaft bezüglich „ehrbedingter Gewalt gegen Frauen“ in sieben europäischen Ländern. Eine ausführliche Darstellung der internationalen Übereinkommen, entsprechenden Rechtsvorschriften, existierenden Hilfsstrukturen sowie Politiken und Ansätze in den verschiedenen europäischen Ländern enthält die Studie von Rude-Antoine (2005). Im Rahmen des Projektes haben die Partnerländer jeweils zwischenzeitlich eingetretene Ergänzungen/Aktualisierungen aufgeschrieben (siehe Appendix II).

Auf Ebene des **Europarats** ergingen die folgenden Empfehlungen zur Bekämpfung von Zwangsheiraten:

Mit **Recommendation rec(2002)5**⁴ empfahl das Ministerkomitee allen Mitgliedsstaaten, Zwangsehen, die ohne Einverständnis der betroffenen Personen geschlossen wurden, zu untersagen / verhindern.

Mit der **Resolution 1486 (2005)**⁵ forderte die Parlamentarische Versammlung des Europarats die Mitgliedsstaaten auf, ihre nationale Gesetzgebung dahingehend zu ändern, dass ein Mindestalter für die Ehe von 18 Jahren für beide Geschlechter gilt, jede Ehe verpflichtend vor einer zuständigen Stelle geschlossen werden muss und eine Standesbeamtin oder ein Standesbeamter im Fall des Zweifels am freien Willen der Partner mit ihnen ein Gespräch darüber führen soll. Zusätzlich sollen die Behörden das Recht haben, die Anerkennung einer im Ausland geschlossenen Zwangs- oder Kinderehe zu verweigern. Darüber hinaus soll die Annullierung einer Zwangsheirat vereinfacht und die Entscheidung der Gerichte innerhalb eines Jahres getroffen werden.

Mit **Recommendation 1723 (2005)**⁶ empfahl die Parlamentarische Versammlung dem Ministerkomitee, das zuständige zwischenstaatliche

³ U.a. Magistratsabteilung 57 (MA 57) – Frauenabteilung der Stadt Wien, (Hrsg.) (2006) Situationsbericht und Empfehlungskatalog: „Zwangsverheiratung und Arrangierte Ehen in Österreich mit besonderer Berücksichtigung Wiens“; Kvinnoforum (publ.) (2005): Honour Related Violence. European Resource Book and Good Practice, Based on the European project „Prevention of Violence against Women and Girls in Patriarchal Families“; Rude-Antoine, Edwige (2005), Forced Marriages in Council of Europe Member States. A Comparative Study of Legislation and Political Initiatives; Directorate General of Human Rights, Strasbourg; Ministry of Justice, – Sweden (2004): „Government Initiatives to Help Young People at Risk of Violence in the Name of Honour“; Philips, A./Dustin, M. (2004): „UK Initiatives on Forced Marriage – Regulation, Dialogue and Exit“; Home Office Communication Directorate, 2000; Ilkcaracan, Pinar (2000), Exploring the Context of Women’s Sexuality in Eastern Turkey, in: diesselbe (Hrsg.): Women and Sexuality in Muslim Societies, Istanbul, Women for Women’s Human Rights, S.299–244; Bartels, E. (2008), VU University of Amsterdam „Partner Choice“; Mirbach, Th./Müller, S./Triebel, K. (Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Hrsg. 2006), „Ergebnisse einer Befragung zu dem Thema Zwangsheirat in Hamburg“ – durchgeführt im Auftrag der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz in Hamburg

⁴ Europarat (2002), Empfehlung der Minister der Mitgliedsstaaten über den Schutz von Frauen vor Gewalt, S.16

⁵ Europarat (2005): Entschließung 1488 zu Zwangsheirat und Kinderehen

⁶ Europarat (2005): Empfehlung 1723 zu Zwangsheirat und Kinderehen

Komitee anzuweisen, eine sorgfältige Analyse von Zwangsheirat und Kinderehen durchzuführen und eine Strategie zu erarbeiten, die die Mitgliedsstaaten des Europarats ermutigt, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Durchführung altersgemäßer Aufklärungskampagnen an Schulen zur Information über Rechte, insbesondere dem Recht, den zukünftigen Ehepartner auszuwählen und das Recht, nicht unter 18 Jahren zu heiraten
- Aufklärung/Information der von Zwangsheirat Bedrohten über notwendige Sicherheitsvorkehrungen zur Verhinderung einer Zwangsehe
- Einrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten für Betroffene
- finanzielle Unterstützung von Beratungs- und Unterbringungseinrichtungen
- Hilfe für Opfer bei deren körperlicher und seelischer Wiederherstellung
- die Bestrafung der Täter und aller Tatbeteiligten
- eine Überprüfung der Anerkennung ausländischer Eheschließungen
- Schulungen und Trainingsmaßnahmen für Vertreter aus den Bereichen Justiz, Polizei, Soziales sowie aus dem diplomatischen und konsularischen Bereich

Die Empfehlungen der **Studie von Rude-Antoine (2005)**, die im Auftrag des Ausschusses für die

Gleichstellung von Frauen und Männern des Europarates erstellt wurde, entsprechen weitgehend den Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung. Sie betreffen die Bereiche Information, Sensibilisierung, Aufklärung, Schulungen, Trainingsmaßnahmen, rechtliche Reformen, Forschung, Strategien und Initiativen⁷.

Ebenso befasst sich die **Europäische Union** seit einigen Jahren umfassend mit der Problematik von Gewalt gegen Frauen und der Zwangsheiraten. So ist es nach der EU-Richtlinie 2003/86/EG den Mitgliedsstaaten zur Vermeidung von Zwangsehen möglich, das Zuzugsalter beim Ehegattennachzug für beide Ehepartner auf 21 Jahre festzusetzen. Das Ziel der Bekämpfung von Zwangsheiraten ist darüber hinaus ausdrücklich auch im „Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006–2010“ der EU-Kommission genannt.

Daneben verfolgt die Europäische Kommission die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auch mit Programmen wie insbesondere dem Daphne-Programm, das die Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie den Schutz von Risikogruppen zum Ziel hat. Im Rahmen dieses Programms wurden in den letzten Jahren Projekte zur Verhinderung von Zwangsheiraten durchgeführt.⁸

⁷ Rude-Antoine, Edwige (2005)

⁸ U. a. „Honour based violence – Honour killings, forced or early marriages – The SHERAZAD project“ (Project Ref. 2003-048-WYC); „Protection against violence in their families for young women of muslim origin in Germany – PAPATYA (Project Ref 1997-025-WC)“; „Prevention on family violence against young girls and women with Muslim backgrounds – Networking“ (Project Ref 1999-219-WC); NONAMUS – Rights belongs to every woman (Project Ref 2005-1-226-W) (weitere Informationen: http://ec.europa.eu/justice_home/daphnetoolkit)

2 DAS PROJEKT „AKTIV GEGEN ZWANGSHEIRAT“

Im Rahmen des Daphne-Programms hat die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) in Kooperation mit der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Hamburg, ein Projekt unter dem Titel „Aktiv gegen Zwangsheirat“ beantragt, das von März 2007 bis Mai 2009 von der europäischen Union gefördert wurde. Für die Konzeption des Projektes waren vor allem zwei Gesichtspunkte leitend. Auf der einen Seite ist das Thema „Zwangsheiraten“ in den westeuropäischen Ländern in der Vergangenheit kaum als eigenständige Frage behandelt worden; es wurde zumeist im Kontext von familiärer Gewalt bzw. im weiteren Zusammenhang von „Honour Related Violence“ aufgegriffen. Auf der anderen Seite wurden Ansatzpunkte einer Bekämpfung bislang überwiegend in zielgruppenspezifischen Sensibilisierungsmaßnahmen und in direkten Hilfestellungen für die Opfer gesehen. Vor diesem Hintergrund betonte das Projekt die politische Perspektive; es befasste sich mit der nach Politikbereichen unterschiedlichen Behandlung des Problems und richtete sich an Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung mit dem Ziel, zur Entwicklung verbesserter Verfahrensweisen für erfolgreiche Präventions- und Interventionsarbeit beizutragen. Ausdrücklich beabsichtigt war, eine transnationale Kooperation zu etablieren, bei der staatliche und nichtstaatliche Stellen zusammen arbeiten.

Wesentliche Ziele des Projektes waren:

- Sensibilisierung von Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung in Hamburg und Europa sowie die Verbesserung der Kenntnisse über das Thema Zwangsheirat
- Auswertung des aktuell vorhandenen Expertenwissens und Austausch von Best-Practice-Beispielen als Impulsgeber für eine Weiterentwicklung von Maßnahmen gegen Zwangsheiraten
- Erstellung dieses europäischen Leitfadens mit Empfehlungen zur Bekämpfung und Verhinderung von Zwangsheiraten

Zur Erreichung dieses Ziels haben folgende Regierungs- sowie Nichtregierungsorganisationen zusammengearbeitet:

- **Deutschland:** Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Hamburg
- **Deutschland:** Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Hamburg
- **Großbritannien:** Forced Marriage Unit, Foreign and Commonwealth Office, London
- **Österreich:** Magistratsabteilung 57 – Frauenabteilung der Stadt Wien
- **Niederlande:** MOVISIE, Utrecht, in Kooperation mit der VU Universität Amsterdam
- **Türkei:** „Women for Women’s Human Rights (WWHR) – NEW WAYS“, Istanbul
- **Schweden:** ROKS, Stockholm
- **Schweiz:** „zwangsheirat.ch“, Zug

Im Rahmen des Projektes ist es zu einer außerordentlich erfolgreichen Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gekommen. Hinsichtlich des europäischen Mehrwerts ist zu betonen, dass an dem Austausch – neben Organisationen aus fünf EU-Mitgliedstaaten – mit Partnern aus der Türkei und der Schweiz auch zwei Länder beteiligt waren, die nicht zur EU gehören.

Zentraler Bestandteil des Projektes war die Durchführung von Daphne-Konferenzen unter Einbeziehung der Medien und Fachöffentlichkeit vor

Ort durch jeden Projektpartner. Hieran nahmen insbesondere auch Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung teil. Bei jeder Konferenz wurden die spezifischen Hintergründe der Problematik

Zwangsheirat innerhalb des jeweiligen Landes sowie die regionalen und nationalen Ansätze zur Bekämpfung von Zwangsheirat vorgestellt und analysiert⁹.

3 PROBLEMVERSTÄNDNIS

Die im Rahmen des Projektes „Aktiv gegen Zwangsheirat“ – nach intensiven Diskussionen – formulierten Empfehlungen sind ein Ergebnis, das von allen Partnern getragen wird. Der damit erreichte Konsens kann nur angemessen gewürdigt werden, wenn man ihn vor dem Hintergrund der Besonderheiten der beteiligten Länder betrachtet. Die durchgeführten Konferenzen haben gezeigt, dass sich die Mitgliedsstaaten der EU bei der Entwicklung von umfassenden Ansätzen zur Bekämpfung der Zwangsverheiratung in sehr unterschiedlichen Stadien befinden. Einige Länder haben ein gut entwickeltes polizeiliches Vorgehen, andere haben engagierte Wissenschaftler, die das Problem primär in der Perspektive einer öffentlichen Debatte beleuchten, und wiederum andere verfügen über einen aktiven zivilgesellschaftlichen Sektor, der Zufluchtsmöglichkeiten für Opfer anbietet. Doch erst sehr wenige Länder haben angefangen, alle Akteure unter dem Dach der nationalen Regierungen zusammenzubringen.

Mit Blick auf diese spezifischen Gegebenheiten der beteiligten Länder ging es den beteiligten Partnern in erster Linie darum, eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln. Nicht die nationalen Besonderheiten – seien es Errungenschaften, seien

es Defizite – sollten betont werden. Ausgehend von bewährten Praktiken der einzelnen Länder sollten vielmehr Handlungsansätze und Verfahren der Bekämpfung von Zwangsverheiratung herausgearbeitet werden, die sich transferieren lassen.

Die Partner haben die jeweiligen Konferenzen dazu genutzt, mithilfe thematischer Gruppendiskussionen Leitfragen zu erörtern, denen die gemeinsamen Empfehlungen zuzuordnen wären. Im Zuge dieser Diskussionen bildeten sich einige übergreifende Aspekte heraus, die das gemeinsame Verständnis der Partner umschreiben – das betrifft gleichermaßen Gesichtspunkte des Problems Zwangsverheiratung selbst wie Ansatzpunkte zu dessen Bekämpfung. Im Folgenden werden diese übergreifenden Aspekte kurz umrissen.

Wissen über Zwangsheiraten in den Partnerländern

Zwar fehlt es an wissenschaftlich belastbarem Wissen über Ausmaß und Hintergrund von Zwangsheiraten, in den Partnerländern liegen jedoch eine Reihe von Umfragen und Erhebungen vor, die zumeist auf den Erkenntnissen über Beratungsfälle basieren. Dieses Wissen deckt sich weitgehend mit

⁹ Dokumentation aller Konferenzen auf der Projektwebsite unter <http://www.hamburg.de/eu-projekt/konferenzen>

Wissen über Zwangsheiraten in den Partnerländern

- Bei den Betroffenen handelt es sich zumeist um minderjährige Mädchen und junge Frauen. Aber es liegen auch Befunde vor, die zeigen, dass auch Jungen bzw. Männer von Zwangsheirat betroffen sind (z. B. in Großbritannien 15 %).
- Die Konsequenzen für die Betroffenen sind immens: Zwangsheiraten gehen häufig einher mit andauernder physischer und psychischer Gewalt gegenüber den Betroffenen. Sie bedeuten in der Regel auch die Einschränkung der persönlichen Entwicklung, die Verweigerung von Bildung, Berufsausübung und materieller Unabhängigkeit.
- Am häufigsten sind die Eltern als Hauptakteure für eine Zwangsheirat verantwortlich. Gewalt wird in der Regel durch die Familien der Betroffenen ausgeübt

Als Motiv für eine Zwangsheirat werden insbesondere genannt:

- Probleme mit der Erziehung; Kontrolle über unerwünschtes Verhalten/Sexualität der Kinder
- Verhinderung von unerwünschten Beziehungen der Kinder
- Wunsch nach ökonomischer Absicherung des eigenen Kindes
- Wunsch nach Absicherung eines behinderten Kindes
- Bewahrung von „Familienehre“ und „Tradition“
- Einhaltung familiärer Verpflichtungen/Eheversprechen
- Stärkung von Familienbindungen

den Erkenntnissen der Studie von Rude-Antoine (2005)¹⁰. Experten verfügen bereits über einen hohen Kenntnisstand, den sie durch Arbeitserfahrungen, geführte Interviews, Austausch mit anderen etc. gewonnen haben (siehe Kasten oben).

Definition von Zwangsheirat

Die Definition von Zwangsheirat¹¹ – das zeigt die vorliegende Literatur, ebenso wie die Ergebnisse dieses Daphne-Projektes – ist durchaus umstritten. Das liegt zum einen an dem Umstand, dass das

mit diesem Begriff hervorgehobene Moment des Zwangs¹² selbst wiederum interpretationsbedürftig ist und in verschiedenen kulturellen Kontexten auch unterschiedlich interpretiert wird. Zum anderen sind Zwangsheiraten von anderen Formen der Heiratsanbahnung wie der arrangierten Ehe zu unterscheiden. Insoweit ergeben sich Abgrenzungsschwierigkeiten. Eine eindeutige Differenzierung hängt vielfach von der Perspektive derjenigen ab, die sie vornehmen. Auch in den durchgeführten Konferenzen konnten derartige Differenzen beobachtet werden.¹³ Es verbleibt der Eindruck

¹⁰ Rude-Antoine, Edwige (2005)

¹¹ Dies war ein wesentlicher Diskussionspunkt der Auftaktkonferenz in Hamburg, vgl. Dokumentation unter <http://www.hamburg.de/eu-projekt/konferenzen>

¹² Ähnlich wie der korrespondierende Begriff der Gewalt; vgl. etwa Trotha, Trutz von (Hg.), 1997: Soziologie der Gewalt, Sonderheft 37 der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“. Opladen 1997

¹³ Dieses Spektrum unterschiedlicher Einordnungen zeigt sich beispielsweise im Vergleich der Konferenzen in Stockholm, London und Amsterdam; vgl. <http://www.hamburg.de/eu-projekt/konferenzen>

eines Kontinuums, in dem sehr feine Abstufungen existieren.¹⁴

Allerdings standen die Projektpartner nicht vor der Notwendigkeit der Erarbeitung einer alle Abstufungen berücksichtigenden Definition – wie es für ein Forschungsprojekt gewiss zwingend wäre – für die Entwicklung praxisbezogener Empfehlungen reichte es aus, sich auf eine Kerndefinition zu verständigen. Diese Definition musste einerseits vereinbar sein mit unterschiedlichen, jeweils kontextabhängigen Auslegungen, in denen sich die kulturellen und institutionellen Besonderheiten der beteiligten Länder spiegeln. Andererseits aber musste die Definition zugleich spezifisch genug sein, um einen inhaltlichen Konsens der Partner ausdrücken zu können. Nach intensiven Debatten einigten sich die Projektpartner auf die Formulierung, die auch von der Forced Marriage Unit, London, benutzt wird: „A marriage conducted without the valid consent of one or both parties where duress (emotional pressure and/or physical abuse) is a factor“¹⁵. Diese Definition legt den Fokus erkennbar auf das Phänomen der Gewalt und trifft keine Vorentscheidung über die ihr zugrunde liegenden Motive.

Erreichbarkeit der Betroffenen

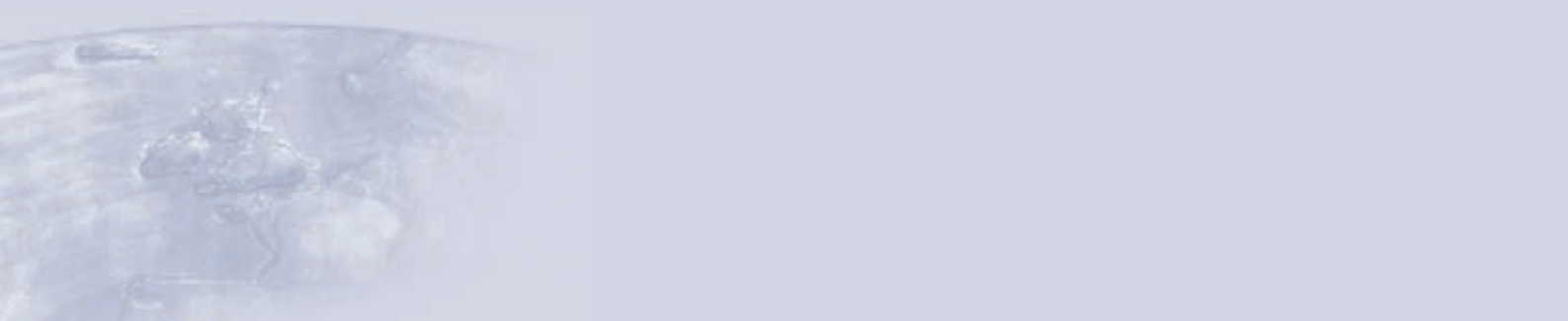
Zwangsheiraten können Menschen aus allen Communities betreffen und eine effektive Hilfe und Unterstützung setzt die Erreichbarkeit der Zielgruppe sowie den Zugang zu Unterstützungsangeboten voraus. Migrant/innen, ihre Communities und andere Minoritätengruppen werden häufig als „hard-to-reach populations“ bezeichnet, um die

sich engagiert bemüht werden muss. Sprachliche Verständigungsschwierigkeiten erschweren den Zugang zur Beratung, weil den Betroffenen häufig nicht ausreichend klar ist, was Beratung eigentlich bedeutet und was sich genau in Beratungsstellen abspielt. Zudem bestehen Unsicherheiten darüber, welchen Nutzen und konkrete Hilfestellungen die Betroffenen von einer Beratungsstelle erwarten können. Verstärkt werden diese Hemmschwellen durch Befürchtungen, dass die eigene Entscheidung nicht respektiert wird. Für Mädchen und junge Frauen, die im jeweiligen Aufnahmeland aufgewachsen sind, stellt weniger die Sprache als vielmehr eine kulturelle Schranke – in Form der Befürchtung vor einem mangelndem Respekt für die Herkunftskultur – die entscheidende Hürde dar.

Ob es nun um Fragen des Zugangs der Betroffenen zu konkreten Beratungs- und Unterstützungsleistungen geht oder um solche der Offenheit von Präventionsmaßnahmen – in den Diskussionen ist von den Projektpartnern immer wieder die Bedeutung der Einbindung der Migrantcommunities in die Aktivitäten zur Bekämpfung von Zwangsverheiratung unterstrichen worden. Es sollte daher nicht überraschen, dass nahezu in allen Empfehlungen immer auch Fragen des Zugangs zu den Betroffenen mitbedacht werden. In dieser Hinsicht werden von den Partnern Kooperation und Vernetzung, interkulturelle Kompetenz aller am Interventions- und Präventionsprozess beteiligten Akteure sowie die Einbindung von Migrantorganisationen und „Schlüsselpersonen“ aus den Communities und Religionsgemeinschaften als Voraussetzungen wirkungsvoller Bekämpfung von Zwangsverheiratung betont.

¹⁴ MA 57, Wien 2006, S.32; vgl. hierzu auch Tagungsdokumentation London

¹⁵ Eine Heirat, die ohne gültiges Einverständnis einer oder beider Parteien geschlossen wird und bei der Gewalt (emotionaler Druck und/oder körperliche Misshandlung eine Rolle spielt – Übers. d. d. Verf. in



Ansätze des Empowerment

Zwangsheiraten verwehren den Betroffenen elementare Menschenrechte, insbesondere das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben.

Aus der Perspektive der potenziell oder faktisch von Zwangsheirat Betroffenen ist es deshalb von zentraler Bedeutung, diese mit Empowermentangeboten so zu stärken, dass sie in der Lage sind, ihre Rechte auf ein selbstbestimmtes Leben auch tatsächlich wahrzunehmen.

Neben den staatlichen Schutz- und Gewährleistungspflichten gehört daher im Sinne eines umfassenden Menschenrechtsverständnisses auch die Verpflichtung des Staates, die Betroffenen durch Angebote im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe zu einer selbständigen Lebensführung zu motivieren. Dieses impliziert ferner, die Betroffenen zur Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten zu aktivieren.

In diesem Sinne fordern die Projektpartner die verstärkte Implementierung bzw. den Ausbau von Angeboten zum Empowerment, indem die entsprechenden Ressourcen hierfür in den Ländern bereit gestellt werden. Betroffene sind zu ermutigen, die ihnen optional zustehenden Bildungs-, Beratungs- und Einstiegsangebote in den Erwerbsarbeitsmarkt in Anspruch zu nehmen.

Integrationspolitik

Zwangsheiraten sind ein Problem, das nicht ausschließlich diejenigen betrifft, die nicht oder nicht ausreichend in den Partnerländern integriert sind. Sie finden vielmehr auch innerhalb finanziell gut situerter und gesellschaftlich integrierter Familien statt. Patriarchale Verhaltensweisen und die Diskriminierung von Frauen sind nicht ausschließlich an bestimmte soziale Schichten gebunden. Integrationspolitik muss folglich auch immer eine zielgerichtete Gleichstellungspolitik beinhalten. Nur so kann es

gelingen, Veränderungspotenziale bezüglich patriarchaler Strukturen und Traditionen innerhalb betroffener Migrantengemeinschaften sowie innerhalb der gesamten Gesellschaft in den jeweiligen Ländern aktiv herbeizuführen und umzusetzen.

Die Partner sind sich einig, dass alle Anstrengungen zu unternehmen sind, um zugewanderte und bereits eingewanderte Frauen und Männer und ihre Familien in das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in den jeweiligen Ländern der Europäischen Union zu integrieren. Vor allem der Zugang zu Bildung und Teilhabe am Erwerbsleben sind wichtige integrationspolitische Ziele, da die Führung eines selbstbestimmten Lebens und die Möglichkeiten der Teilhabe an den Ressourcen der Aufnahmegesellschaft hiervon sehr stark beeinflusst werden. So bestätigen alle Erfahrungen aus der Hilfe- und Beratungspraxis sowie Schilderungen von Betroffenen, dass gut ausgebildete Mädchen und junge Frauen sich leichter und zielgerichteter Zugang zu Unterstützungsstrukturen verschaffen.

Allerdings sollte nicht unerwähnt bleiben, dass das Verständnis von Integrationspolitik in Abhängigkeit von den administrativen und institutionellen Spezifika der am Projekt beteiligten Länder durchaus variiert. Aufgrund der unterschiedlichen strukturellen politischen und verwaltungsmäßigen Rahmenbedingungen sowie den Ausgangslagen von Zuwanderern in den jeweiligen europäischen Staaten haben sich die Partner darauf verständigt, keine speziellen integrationspolitischen Empfehlungen zu formulieren, sondern auf bewährte pragmatische Ansätze zu verweisen

Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements

Eingangs ist dargestellt worden, dass die Empfehlungen des Projektes ausdrücklich an politische und administrative Entscheidungsträger adressiert sind.

Diese Betonung der politischen Perspektive soll die Dimension der staatlichen Schutz- und Gewährleistungspflichten zum Ausdruck bringen. Das besagt jedoch nicht, dass eine wirksame Bekämpfung von Zwangsverheiratung allein Sache staatlicher Institutionen wäre. Im Gegenteil – wie schon die im Projekt angelegte Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zeigt, sind die Partner überzeugt, dass das Problem der Zwangsverheiratung nur in Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft effektiv angegangen werden kann. Konkret bedeutet das zum einen, dass Verwaltungen, Polizei und Justiz sich für eine Zusammenarbeit mit Initiativen des informellen Sektors öffnen müssen. Zum anderen ergibt sich daraus speziell die Notwendigkeit, Migrant*innenorganisationen in die Aufklärungs-, Beratungs- und Interventionsarbeit einzubinden. Die dafür erforderliche Form der Kooperation ist nicht selbstverständlich, sie verlangt Flexibilität in den Verfahren, um das Zusammenwirken von Professionellen und ehrenamtlich Engagierten zu ermöglichen. Und sie verlangt darüber hinaus eine Sensibilität für kulturelle Unterschiede zwischen Mehrheitsgesellschaft und den Vertretern der Migrant*innenorganisationen. Wie die in den Empfehlungen angesprochenen Good Practices zeigen, ist diese Kooperation eher realisierbar, wenn der zivilgesellschaftliche Sektor in dem entsprechenden Land über stabile Traditionen verfügt, wie das z. B. in Schweden der Fall ist.

Auslandsaktivitäten

Ein weiteres Handlungsfeld sind die Aktivitäten der diplomatischen und konsularischen Auslandsvertretungen, wenn Betroffene zum Zwecke der Zwangsverheiratung gegen ihren Willen oder unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in ihre Herkunftsländer verschleppt und dort gewaltsam festgehalten

werden. Vor allem in Hinblick auf die vielfältigen Aktivitäten und die Hilfen, die die britische Forced Marriage Unit in diesen Fällen vorhält, erfolgte die Diskussion der Partner über dieses Thema. Die Projektpartner waren sich darüber einig, dass entsprechende Hilfestellungen im Ausland von allen Mitgliedsstaaten angeboten werden müssten.

In dem Zusammenhang wurde auch über die besondere Problemlage der jungen Menschen diskutiert, die nicht die Staatsbürgerschaft des Landes besitzen, in dem sie aufgewachsen sind. Auslandsvertretungen können zwar eigenen Staatsangehörigen Schutz und Unterstützung vor Ort anbieten. Problematisch ist dagegen die Unterstützung für Betroffene mit Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes – sowie in einigen Mitgliedsstaaten auch die Unterstützung von Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit.

Um diese Problematik aufzulösen und den Umfang der Möglichkeiten der Hilfeleistungen bei Heiratsverschleppung von Botschaften zu erweitern, wurden Fragen der Modifizierung des Staatsbürgerrechts diskutiert: Eine Änderung sollte dahingehend erfolgen, dass das Geburtsortprinzip gilt, wonach die jeweilige Staatsbürgerschaft des Landes verliehen wird, in dem die Betroffenen geboren wurden. Allerdings ist in den Diskussionen unter den Partnern auch deutlich geworden, dass das Thema der Staatsbürgerschaft mit all seinen Implikationen für Fragen der Integration und der Bekämpfung von Zwangsheirat gerade angesichts der Unterschiedlichkeit der Rechtssysteme in den beteiligten Ländern zu komplex ist, als dass es in einem Projekt hätte behandelt werden können, das sich breit um eine Bestandsaufnahme und die Formulierung praktischer Maßnahmen bemüht hat.



EMPFEHLUNG AN DIE EU-MITGLIEDSSTAATEN

- 1 — Alle nationalen Regierungen in Europa sollten Arbeitsgruppen einsetzen. Diese Arbeitsgruppen sind dafür zu nutzen, in Zusammenarbeit mit NRO's mehr Wissen über das Ausmaß des Problems, vorhandene Hilfen und wirksame Präventionsstrategien zu erlangen. Die Ergebnisse sollten in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden.
- 2 — Einer der EU-Mitgliedstaaten, der die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union im Jahr 2010 innehat, sollte das Thema Zwangsheirat auf die Agenda für ein informelles Ratstreffen setzen, um die oben genannten Ergebnisberichte zu diskutieren.

VORBEREITUNG UND UMSETZUNG VON MASSNAHMEN

- 3 — Fälle von Zwangsheirat sollten standardisiert dokumentiert werden.
- 4 — Alle implementierten Maßnahmen sind zu evaluieren.
- 5 — Die übergreifende institutionelle Vernetzung und Zusammenarbeit ist bei der Bearbeitung von Einzelfällen von Zwangsheirat sicherzustellen.
- 6 — Lokale Koordinierungs- und Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sollten eingerichtet werden.
- 7 — Es sollten in enger Kooperation mit nicht staatlichen Organisationen Handlungsleitlinien für unterschiedliche Berufsgruppen zum professionellen Umgang mit von Zwangsheirat betroffenen Personen entwickelt werden.

PRÄVENTION

- 8 — Zwangsheirat sollte Gegenstand des Schulunterrichts sein.
- 9 — Informationsmaterial ist an Schulen zu verteilen.
- 10 — Lehrerinnen und Lehrer sowie sonstiges pädagogisches Personal an Schulen sollte qualifiziert werden, damit sie Risikofaktoren für Zwangsheiraten erkennen und adäquat reagieren können.
- 11 — Maßnahmen kultursensibler Elternarbeit sollten entwickelt und gefördert werden.
- 12 — Projekte und Ansätze für eine kultursensible und gendergerechte Arbeit mit Jungen sollten gefördert werden, um traditionelle Rollenbilder abzubauen.
- 13 — Es sollten lokale oder regionale Trainingsmaßnahmen zur Stärkung der eigenen Ressourcen/Kompetenzen sowie zur Aufklärung über gesetzliche Rechte durchgeführt werden.
- 14 — Informations-Kampagnen sollten unter Berücksichtigung des Fachwissens von Migrantenorganisationen und Nichtregierungsorganisationen organisiert werden.

Empfehlungen

- 15** — Neuzugewanderten Menschen sollten Willkommenspakete mit gezielten Informationen über Beratungsstellen, Unterstützungsangebote und Hilfe in Notfällen für von Zwangsheirat Betroffene zur Verfügung gestellt werden.

INTERVENTION

- 16** — Die Beratung ist zielgruppenspezifisch, interkulturell und mehrsprachig auszurichten.
- 17** — Spezielle mehrsprachige Telefon-Hotlines sind einzurichten.
- 18** — Für bereits bestehende Schutzeinrichtungen sind spezielle Betreuungs- und Schutzkonzepte zu entwickeln. Die Einrichtung von speziellen Schutz- und Kriseneinrichtungen für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Personen sollte gefördert werden.
- 19** — Es sollten betreute Wohnprojekte entwickelt und gefördert werden.
- 20** — Mitarbeitende bestehender Beratungseinrichtungen und Hotlines sind für die Problematik Zwangsheirat durch gezielte Trainings zu sensibilisieren und fortzubilden.
- 21** — Rechtliche und psychosoziale Prozessbegleitung sollten ab Beginn eines Ermittlungsverfahrens sichergestellt sein.
- 22** — Die Einschaltung geschulter Gerichtsdolmetscher/innen ist erforderlich.
- 23** — Täterprogramme/Täterbezogene Interventionsstrategien sollten überprüft werden, ob sie den spezifischen Problemlagen von Migrantinnen und Migranten und dem besonderen Schutzbedürfnis der Opfer gerecht werden.

INTERNATIONALE AKTIVITÄTEN

- 24** — Vertrauliche Beratung und Information über die Gefahr einer im Ausland drohenden Zwangsverheiratung müssen vorgehalten werden.
- 25** — Eine effektive Unterstützung durch die zuständigen Botschaften im Gastland ist den Betroffenen zur Verfügung zu stellen.
- 26** — EU-Regierungen sollten, wenn nötig, Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Mitgliedsstaaten in Drittländern unterstützen.
- 27** — Nationale und/oder lokale Behörden sollen mit Botschaften, Behörden und Nichtregierungsorganisationen aus Herkunftsländern der besonders von Zwangsheirat gefährdeten Personen zusammen arbeiten. Dabei sollten Projekte und Sensibilisierungsmaßnahmen im Ausland finanziert und unterstützt werden.
- 28** — Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die sich im Kampf gegen Zwangsheirat engagieren, sollten ein festes Netzwerk bilden.
- 29** — Die Sicherstellung von Unterstützungsleistungen für Betroffene in den Nachbarstaaten sollte durch multilaterale Vereinbarungen gewährleistet werden.

Auf der Grundlage der dargestellten Diskussion entwickelten die Partner die nachfolgenden Empfehlungen, deren Schwerpunkt sich auf konkrete Handlungsansätze in den Bereichen Prävention und Intervention beziehen. Diese richten sich in erster Linie an Regierungen, lokale und kommunale Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen.

Vorweg haben die Projektpartner sich jedoch auf eine übergreifende Empfehlung geeinigt, die

sich – unter Einbezug und in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen – ausschließlich auf die Ebene der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten bezieht. Dabei haben sich die Partner von der Überlegung leiten lassen, die EU-Ratspräsidentschaft für eine stärkere Sensibilisierung der nationalen Regierungen für die Problematik von Zwangsverheiratung zu nutzen.

1 EMPFEHLUNG AN DIE EU-MITGLIEDSSTAATEN

Um den staatlichen Handlungsauftrag zu unterstreichen und zur Vorbereitung und Weiterentwicklung von weiteren länderspezifischen Aktionen sollten alle Regierungen Europas nationale Arbeitsgruppen mit transparenten Handlungsaufträgen einrichten.

Die wechselnde EU-Ratspräsidentschaft stellt auch die Gelegenheit dar, die weitere Befassung mit der Thematik Zwangsheirat voranzubringen.

Daher sollte die Regierung eines Mitgliedstaates, die die Präsidentschaft übernimmt, ermutigt werden, das Thema weiter auf EU-Ebene zu verfolgen. Die Partner einigten sich deshalb auf die nachstehende Empfehlungen:

Empfohlene Maßnahmen

1 Alle nationalen Regierungen in Europa sollten Arbeitsgruppen einsetzen. Diese Arbeitsgruppen sind dafür zu nutzen, in Zusammenarbeit mit NRO's mehr Wissen über das Ausmaß des Problems, vorhandene Hilfen und wirksame Präventionsstrategien zu erlangen. Die Ergebnisse sollten in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden.

2 Einer der EU-Mitgliedstaaten, der die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union im Jahr 2010 innehat, sollte das Thema Zwangsheirat auf die Agenda für ein informelles Ratstreffen setzen, um die oben genannten Ergebnisberichte zu diskutieren.



2 VORBEREITUNG UND UMSETZUNG VON MASSNAHMEN

In den Diskussionen der Projektpartner ergaben sich zunächst Gesichtspunkte, die sich weniger auf spezifische Maßnahmen bezogen, sondern eher Voraussetzungen betrafen, um Maßnahmen wirkungsvoll umsetzen zu können. Vereinfacht gesprochen lässt sich sagen, dass eine Bekämpfung von Zwangsheiraten ohne hinreichendes Wissen über Ursachen, Verbreitung und Erscheinungsformen des Problems schwer möglich ist. Die Empfehlungen richten sich in diesem Zusammenhang auf eine intensivere Forschung, systematische Dokumentation von Fällen und schließlich die Evaluierung von Maßnahmen bzw. Programmen. Die Verbreitung von Wissen ist erforderlich, um allen an dem Hilfeprozess Beteiligten eine weitgehende Handlungssicherheit zu verschaffen. Zuständig wären in diesem Zusammenhang in erster Linie die nationalen Regierungen im Rahmen der jeweiligen Forschungsförderung (Forschung über Zwangsheirat, Ziff. II.2.1).

Ebenso hat sich in den am Projekt beteiligten Ländern gezeigt, dass die Umsetzung von Maßnahmen im hohen Maße von der Kooperationsbereitschaft zwischen unterschiedlichen Akteuren (staatlichen Institutionen, Wohlfahrtsorganisationen und der Zivilgesellschaft) abhängt. Je nach Ausrichtung der Maßnahmen kann diese Kooperation in institutionalisierter (z.B. Gremien) oder lockerer Form (Netzwerken) erfolgen. Die Sicherstellung gut funktionierender und effektiver Kooperationsstrukturen ist auf allen Ebenen von großer Bedeutung – auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, zwischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen und unter Einbezug von Migrantenorganisationen (Kooperation und Vernetzung Ziff. II.2.2). Schließlich sollte nicht übersehen werden, dass die Verbreitung von

professionellem Wissen und Informationen über Verfahren, Anlaufstellen und Rechte einer systematischen Praxis bedarf, bei der es wiederum auf übergreifende Kooperation ankommt (Handlungsleitlinien, Ziff. II.2.3).

2.1 Forschung über Zwangsheiraten

Standardisierte Dokumentationen

Experten verfügen bereits jetzt über einen hohen Kenntnisstand, den sie durch Arbeitserfahrungen, geführte Interviews, Austausch mit anderen etc. gewonnen haben. Zudem existieren eine Reihe von Erhebungen, meist basierend auf dem vorhandenen Wissen über Beratungsfälle. Gleichzeitig fehlt es aber bislang noch immer an fundiertem Forschungswissen über Ausmaß, Hintergrund bzw. wesentliche Faktoren, die zu Zwangsheiraten führen.

Das liegt zum einen an den methodischen Schwierigkeiten, mit vertretbarem Aufwand einen vertrauensbasierten Zugang zu den Betroffenen zu finden. Zum anderen verlangt die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Problem ein hohes Maß an politischer Sensibilität, weil Zwangsheiraten in öffentlichen Diskussionen vielfach mit ethnisierenden Stereotypen assoziiert werden.

Bislang beruhen Erhebungen und Auswertungen von Daten aufgrund unterschiedlicher Dokumentationssysteme. Diese können als nicht repräsentativ gelten.

Das implizite Wissen von einschlägigen Praktikern sollte daher methodisch erhoben werden, um belastbare und vergleichbare Befunde über Umfang, Verbreitung und Betroffenheit von Zwangsheiraten sowie einen Einblick in die Lebenswelt von Personen mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Der Einsatz standardisierter Erhebungsverfahren ist dabei ein wichtiger Schritt.

Empfohlene Maßnahme

3 — Fälle von Zwangsheirat sollten standardisiert dokumentiert werden.

Standardisierte Erhebungen betreffen Expertinnen und Experten aus Beratungsstellen und anderen Einrichtungen, die als Anlaufstelle für Betroffene gelten können. Ohne sie ist eine einheitliche Erhebung – national wie auch europaweit – nicht möglich.

Dies bedeutet, dass für alle Einrichtungen standardisierte Erhebungsbögen zu erstellen sind, die für den Einsatz während bzw. im direkten Zusammenhang mit der Beratung geeignet sind. Dabei ist die vertrauliche Behandlung der Daten zu gewährleisten.

Ein wirkungsvolles Instrument hierfür sind Workshops, in denen gemeinsam mit Experten aus Politik und Verwaltung, Forschung sowie der Beratungsarbeit die wesentlichen Fragestellungen erarbeitet und auf ihre praktikable Anwendbarkeit hin überprüft werden können.

Evaluierung

Zur Sicherstellung, dass implementierte Maßnahmen effektiv und erfolgreich sind, ist eine kontinuierliche Evaluation notwendig. Erforderlich ist insbesondere auch die Überprüfung der Umsetzung sämtlicher nationaler und regionaler Aktionspläne. Nur so kann sichergestellt werden, dass in Aktionsplänen vorgesehene Maßnahmen umgesetzt werden. Und nur die laufende

Überprüfung kann dazu beitragen, dass Maßnahmen entsprechend korrigiert und verbessert werden können, soweit dies notwendig ist.

Empfohlene Maßnahme

4 — Alle implementierten Maßnahmen sind zu evaluieren.

2.2 Kooperation und Vernetzung

Entscheidend für den Erfolg beim Vorgehen gegen Zwangsverheiratungen ist eine konsequente Kooperations- und Vernetzungsarbeit. Dies bestätigen alle Studien und Erfahrungsberichte der Partnerländer. Von Zwangsheirat betroffene oder bedrohte Personen sind mit verschiedenen Problemlagen konfrontiert. Diese betreffen jeweils unterschiedliche Hilfesysteme. Abhängig von der Komplexität des Einzelfalles sind daher unterschiedliche Professionen und Einrichtungen involviert.

Staatliche Stellen haben daher eine koordinierte Vorgehensweise aller an der Intervention im Einzelfall beteiligten Institutionen sicherzustellen – möglichst im Rahmen eines Case-Management-Ansatzes. Ein derartiges Vorgehen erleichtert die Transparenz über und damit den Zugang zum Hilfesystem für die Betroffenen.

Empfohlene Maßnahme

5 — Die übergreifende institutionelle Vernetzung und Zusammenarbeit ist bei der Bearbeitung von Einzelfällen von Zwangsheirat sicherzustellen.

Sicherstellung bedeutet, ausreichende Ressourcen für den Auf- bzw. weiteren Ausbau von bestehenden Netzwerken zur Verfügung zu stellen. Dabei sind die institutionellen Ressourcen optimal zu nutzen und die für den Einzelfall notwendigen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen zu beteiligen.

Eine strukturell verankerte institutionelle Vernetzung und Zusammenarbeit kann durch Arbeitsgruppen oder regelmäßige Runde Tische erreicht werden.

Empfohlene Maßnahme

6

Lokale Koordinierungs- und Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sollten eingerichtet werden.

Diese kommen nicht nur der Einzelfallbearbeitung zu Gute, sondern werden auch für die Weiterentwicklung sowie Umsetzung von innovativen Programmen und wirksamen Maßnahmen auf der präventiven Ebene benötigt.

Hierbei sind die nachstehenden Zielsetzungen von besonderer Bedeutung:

- Entwicklung oder Weiterentwicklung von Konzepten und interdisziplinärer Strategien zur engmaschigen Zusammenarbeit auf der Ebene der Intervention.
- Regelmäßiger Erfahrungsaustausch zur Verbesserung der interdisziplinären Fachlichkeit und Erhöhung der Sensibilität

- Optimierung vorhandener Hilfs- und Unterstützungsangebote
- Entwicklung von Handlungs- und Beratungsstandards (siehe Handlungsleitfäden)

Die Task Force in Wien ist ein gutes Beispiel für eine strukturell verankerte Kooperation auf regionaler Ebene:

Wien: Arbeitsgruppe der Wiener Stadtverwaltung
Die interne Arbeitsgruppe „Zwangsheirat“ wurde von der Frauenstadträtin als Koordinierungs- und Arbeitsgruppe innerhalb der Wiener Stadtverwaltung eingesetzt. Die Teilnehmenden sind Vertreter/innen der Magistratsabteilungen, an die sich von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene typischerweise wenden. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, ein optimales Betreuungs- und Interventionsnetz in der Stadtverwaltung zu erarbeiten.

Good Practice aus Österreich, s. Appendix I, S.49

Erfahrungen aus dem Projekt haben darüber hinaus gezeigt, dass das größte Hindernis für eine wirkungsvolle Partnerschaftsarbeit im fehlenden Bewusstsein und Verständnis für eine Reihe von Sachverhalten besteht, die mit Migrantengemeinschaften zu tun haben. Bislang ist die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen lückenhaft. Beteiligt sind zwar häufig Beratungseinrichtungen für Migrantinnen, nicht aber die Migrantenverbände, die die politische Vertretung dieser Bevölkerungsgruppe darstellen.¹⁶

Weitere Hindernisse, die eine wirkungsvolle Partnerschaftsarbeit erschweren sind: Unterschied-

¹⁶ Barbara Kavemann, „Erfahrungen mit Interventionsprojekten zum Schutz von Frauen vor Gewalt. Folgerungen für eine wirksame Strategie zur Überwindung von Zwangsverheiratung“, S.283, in „Zwangsverheiratungen in Deutschland“, Band 1 Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

liche Definitionen von Zwangsheirat und andere durch Ehrenvorstellungen motivierte Straftaten, das Fehlen von Schulungen und Ressourcen sowie potenziell unterschiedliche Vorgehensweisen auf lokaler und nationaler Ebene zur Bekämpfung des Problems.¹⁷

Es haben sich nach den Erfahrungen der Projektpartner folgende Verfahrensweisen für den Aufbau und als Basis einer kontinuierlichen Zusammenarbeit bewährt:

- Eine sorgfältige Auswahl der Bündnispartner, insbesondere der Zusammenschluss zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus dem schulischen, gesundheitlichen, sozialen Bereichen, der Polizei, den Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen sowie der Justiz mit den jeweiligen Gerichten, zu einem strukturell verankerten Netzwerk
- Die Einbeziehung von Migrantenorganisationen; Kultur- und Moscheevereine
- Einigung auf eine Definition von Zwangsheirat, um das zu bearbeitende Thema festzulegen¹⁸
- Zieldefinitionen und Vereinbarung von Arbeitszielen des Netzwerks – z.B. Erarbeitung von Handlungsleitfäden
- Berührungspunkte der einzelnen Stellen/Einrichtungen mit dem Thema Zwangsheirat sollten identifiziert und bereits vorhandene Ressourcen und Expertisen für eine umfassende Bestandsaufnahme aufgezeigt werden¹⁹
- Ermittlung der konkreten Interventionsabläufe, die für eine ausreichende Sicherheit und den Schutz notwendig sind

- Klare Kooperations- und Kommunikationsvereinbarungen zwischen den Netzwerkpartnern, insbesondere in Hinblick auf Zuständigkeiten, Handlungsabläufe sowie Datenweitergabe
- Kontinuierlicher Erfahrungsaustausch und gegenseitige Information über Best Practices

Es gibt dennoch Betroffene, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht an Einrichtungen der Hilfesysteme in den jeweiligen Ländern wenden. Sie finden häufig eher Zugang zu Netzwerken, in denen sie sich als Experten in eigener Angelegenheit einbringen können. Sie suchen dort den Erfahrungsaustausch mit anderen Betroffenen und können ohne professionelle Hilfe durch Externe ihre eigenen Ressourcen aktivieren. Derartige „Surviver-Netzwerke“ bilden einen wichtigen Baustein in der Angebotslandschaft und sind somit von staatlichen Einrichtungen zu unterstützen.

Karma Nirvana: Selbsthilfenetzwerk, „Honour Network“

Die Organisation „Karma Nirvana“ und die FMU haben ein Selbsthilfenetzwerk eingerichtet, um diejenigen zu unterstützen, die Gewalt im Namen der Ehre erlitten haben und die von Zwangsheirat betroffen sind. Opfern, die unter Umständen unter extremer Isolation und Einsamkeit bis hin zum Verlust des Selbstwertgefühls leiden, steht eine Hotline zur Verfügung.

Good Practice aus Großbritannien, s. Appendix I, S.51

¹⁷ vgl. Dokumentation der Daphne-Konferenz in London „Partnerschaftsarbeit gegen Zwangsverheiratungen im Vereinigten Königreich und im Ausland“, Workshop 2: „Hindernisse bei der Partnerschaftsarbeit“, <http://www.hamburg.de/eu-projekt/konferenzen>

¹⁸ vgl. auch Dokumentation Daphne-Konferenz Wien, S.30, <http://www.hamburg.de/eu-projekt/konferenzen>

¹⁹ vgl. auch Dokumentation Daphne-Konferenz Wien, S.30, <http://www.hamburg.de/eu-projekt/konferenzen>

2.3 Handlungsleitlinien

Lehrerinnen und Lehrer an Schulen, Mitarbeitende der Polizei, aus Einrichtungen des Kinderschutzes, Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen von sozialen Diensten, Fachkräfte von Gesundheitsberufen sind Berufsgruppen, die vor allem mit von Zwangsheirat (potentiell) Betroffenen in Kontakt kommen. Damit sie in der Lage sind, im Rahmen ihres Auftrags entsprechenden Warnsignalen nachzugehen bzw. bestimmte Gefährdungslagen überhaupt wahrzunehmen und effektiv Hilfe bieten zu können, müssen diese Berufsgruppen sensibilisiert und in einer Krisensituation handlungsfähig sein.

Dies kann insbesondere erreicht werden durch Handreichungen für unterschiedliche Berufsgruppen. Sie dienen auch der Transparenz über bestehende Netzwerke und Hilfesysteme.

Empfohlene Maßnahme

7

Es sollten in enger Kooperation mit nicht staatlichen Organisationen Handlungsleitlinien für unterschiedliche Berufsgruppen zum professionellen Umgang mit von Zwangsheirat betroffenen Personen entwickelt werden.

Handlungsleitfäden sollten eine Orientierung bieten, die in der Krisensituation Hilfe und Sicherheit im Umgang mit der gestellten Aufgabe darstellt, eine bessere Risikoeinschätzung und die bestmögliche professionelle Intervention ermöglicht.

Aufgrund der Heterogenität der Professionen sowohl in Bezug auf Arbeitsansatz als auch

in Bezug auf den Arbeitsauftrag hat die Erfahrung gezeigt, dass ein professionsübergreifender Handlungsleitfaden weder möglich noch sinnvoll ist. Daher sollten Handlungsleitfäden erarbeitet werden, die auf die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten und speziellen Anforderungen abgestimmt sind.²⁰

Darüber hinaus hat sich in der Praxis insbesondere die Berücksichtigung der nachstehenden Inhalte bewährt:

- Eine Definition von Zwangsheirat und ihrer Unterscheidungsmerkmale von arrangierten Ehen, eine Beschreibung der Risikofaktoren und der möglichen Gefährdungssituation der Betroffenen durch ihre Familienmitglieder;
- Eine Beschreibung der Rechte der Betroffenen sowie der jeweiligen staatlichen Eingriffsmöglichkeiten der unterschiedlichen Institutionen;
- Eine Auflistung von lokalen und nationalen Schutz- und Unterstützungseinrichtungen;
- Ein Sicherheitsplan sowohl für die von Zwangsheirat Betroffenen als auch für die jeweiligen unterstützenden Berufsgruppen;
- Eine Darstellung eines exemplarischen Fallbeispiels an dem die Interventionsmöglichkeiten und die jeweiligen Kooperationsstrukturen länderspezifisch veranschaulicht werden.

Weiter sollte für die flächendeckende verbindliche Verteilung und Schulungen der Berufsgruppen in der Handhabung der Handreichungen gesorgt werden.

Die Forced Marriage Unit, Großbritannien, hat in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien und staatlichen Einrichtungen zielgruppenspezifische Handlungsleitlinien für unterschiedliche Professionen verfasst, welche die konkreten Warnsignale

²⁰ Vgl. Dokumentation, Daphne-Konferenz Wien, S. 31

und Handlungsschritte für die entsprechenden Fachkräfte exemplarisch auflisten:

Großbritannien: Handlungsleitlinien

Seit 2004 werden stufenweise Praxisanleitungen für Polizei, Beschäftigte im Gesundheitswesen, Erzieher und Sozialarbeiter bereitgestellt. Seit dem Frühjahr 2009 werden diese überarbeitet. Im November 2008

wurden Handlungsleitlinien in England und Wales für Beschäftigte, die mit Opfern von Zwangsheirat arbeiten, gesetzlich verpflichtend. Die Anleitungen legen die strategische Verantwortung von Einrichtungen und Institutionen fest, die möglicherweise mit Zwangsheiratsfällen zu tun haben.

Good Practice aus Großbritannien,
s. Appendix I, S.52

3 PRÄVENTION

Vorrangiges Ziel bei der Bekämpfung von Zwangsheiraten ist es stets, das diese erst gar nicht stattfinden. Insofern sind gesetzgeberische Maßnahmen allein nicht ausreichend. Vielmehr ist es notwendig, dass auch in der Öffentlichkeit das Bewusstsein geschaffen wird, dass Zwangsverheiratungen als Menschenrechtsverletzung von staatlicher Stelle nicht toleriert werden dürfen. Vor diesem Hintergrund halten die Projektpartner besondere Anstrengungen in der Prävention für notwendig.

Schulen und außerschulische Bildungsangebote stellen einen wichtigen Ort der Bewusstseinsbildung dar. Hier können sowohl betroffene Mädchen und Jungen noch vor einer Verheiratung als auch die Eltern mit spezifischen Angeboten erreicht werden. Zielgruppenspezifische Aufklärung und Sensibilisierung gehören zu den wichtigen Elementen effektiver Präventionsstrategien. Dies betrifft Kinder und Jugendliche, pädagogische Fachkräfte, Eltern, aber auch die Migrantengemeinschaften selbst, um langfristig Einstellungsänderungen innerhalb der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Dabei ist vor allem die Einbindung von Schlüsselpersonen aus den Communities oder Religions-

gemeinschaften von essentieller Bedeutung für die Akzeptanz und das Gelingen sämtlicher präventiver Maßnahmen. Gleichzeitig besteht über sie die Möglichkeit, Einfluss auf Entscheidungen der Familienangehörigen zu nehmen, um eine Zwangsverheiratung zu verhindern.

Nicht zuletzt müssen Anstrengungen unternommen werden, die es den betroffenen Personen ermöglicht, gleichberechtigt am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine effektive Präventionsstrategie.

3.1 Schulische und außerschulische Bildungsangebote als wichtiges Handlungsfeld

3.1.1 Maßnahmen an Schulen für Schülerinnen und Schüler

Schulen sind ein öffentlicher Ort, an dem sich Jugendliche ohne den direkten Einfluss und die Kontrolle der Familie aufhalten. Hier verbringen sie einen großen Teil ihrer Zeit.

Die Schule eröffnet daher Wege, von Zwangsheirat Betroffene oder Bedrohte frühzeitig zu

erreichen. Gleichzeitig können Schulfreundinnen und Schulfreunde/Mitschüler/innen als Verbündete gewonnen werden.

Ferner bietet Schule den Freiraum und den Rahmen für Jugendliche, sich mit der Bedeutung von Ehe und Partnerschaft auseinanderzusetzen. In diesem Zusammenhang ist es auch möglich, ihnen eine klare Vorstellung über das Ausmaß der Risiken und Konsequenzen des Eingehens einer ungewollten Ehe zu vermitteln, Handlungsalternativen aufzuzeigen und einen Zugang zu weiterer professioneller Hilfe zu eröffnen.

Insofern sollten die genannten Themen in den Unterrichtsalltag integriert werden.

Empfohlene Maßnahme

8 — Zwangsheirat sollte Gegenstand des Schulunterrichts sein.

Die Vermittlung des Themas Zwangsheirat im Rahmen des Schulunterrichts kann über allgemeine Fragen zu selbstbestimmter Partnerschaftswahl, Sexualität und sexueller Identität erfolgen. Dies ermöglicht einen positiven und offenen Zugang zu der Thematik.

Darüber hinaus kann das Thema Zwangsheirat im Rahmen von spezifischen Schulprojekten in den Unterricht integriert werden. Dieser Ansatz wird beispielsweise in Österreich/Wien durch den Verein „Orient Express“ angeboten:

„Orient Express“ – Workshops in Schulen

„Orient Express“ bietet Workshops an Schulen/Klassen an, in denen Jugendliche umfassend über die Rechtslage, über die Thematik Zwangsheirat und Gewalt sowie über mögliche Hilfen informiert

werden. Schülerinnen und Schüler sollen darin bestärkt werden, Nein zu sagen, auch wenn der Druck seitens der Familie sehr groß ist.

Anhand positiver Beispiele werden Perspektiven exemplarisch aufgezeigt, wie junge Menschen selbst Einfluss auf die Gestaltung ihrer Zukunft nehmen können.

Good Practice aus Österreich,
s. Appendix I, S.52

Ein wichtiger Aspekt bei der Behandlung des Themas Zwangsheiraten in Schulen ist auch der Zeitpunkt: Heiraten können gerade in den Sommerferien besondere Bedeutung erlangen, wenn Jugendliche (mit oder ohne ihr Wissen) im Ausland verheiratet werden sollen. Entsprechend muss sichergestellt werden, dass Jugendliche rechtzeitig vorher die notwendigen Informationen über drohenden Gefahren bei Auslandsreisen erhalten und mögliche Vorsichtsmaßnahmen in die Wege geleitet werden können.

Empfohlene Maßnahme

Informationsmaterial ist an Schulen zu verteilen.

9

Informationsmaterial können z.B. Flyer, Broschüren, Postkarten und Plakate sein, die über das Thema Zwangsheirat aufklären, aber auch die Auseinandersetzung mit dem Thema fördern. Diese Materialien sollten jugendgerecht aufgearbeitet und leicht zugänglich sein.

Vor allem sollte sichergestellt sein, dass die Informationsmaterialien auf vorhandene Hilfeeinrichtungen und mögliche Ansprechpartner/innen für betroffene Jugendliche hinweisen.

3.1.2 Maßnahmen für pädagogisches Personal an Schulen

Qualitative Untersuchungen zeigen, dass Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen außerfamiliärer Unterstützung eine bedeutende Rolle zukommt. Jedenfalls stellen sie wichtige Bezugspersonen im Leben der Jugendlichen dar. Daher kann im konkreten Anlassfall ihre Reaktion entscheidend für den weiteren Verlauf des Verheiraturprozesses sein. Falsche Reaktionen von Lehrer/innen können die Betroffenen zusätzlich gefährden.

Lehrer/innen sowie das pädagogische Personal insgesamt an Schulen müssen daher unbedingt umfassend zum Thema Zwangsheirat aufgeklärt und sensibilisiert werden.

Empfohlene Maßnahme

10

Lehrerinnen und Lehrer sowie sonstiges pädagogisches Personal an Schulen sollte qualifiziert werden, damit sie Risikofaktoren für Zwangsheiraten erkennen und adäquat reagieren können.

Dies kann erreicht werden, indem den Lehrkräften Handlungsleitfäden zur Verfügung gestellt werden und sie durch Weiterbildungsangebote auch befähigt werden, diese anzuwenden.

In Schweden werden Trainingsangebote für Lehrkräfte institutionalisiert angeboten:

Institutionalisierte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte

In Östergötland werden staatliche Fördergelder für jährlich etwa 100 Fortbildungsangebote in den Themenfeldern Zwangsheirat sowie Gewalt im Namen der Ehre verwendet.

Good Practice aus Schweden, s. Appendix I, S.53

3.1.3 Maßnahmen für Eltern

Am häufigsten sind die Eltern als Hauptakteure für eine Zwangsheirat verantwortlich. Die Motive für die Verheiratung ihrer Töchter und Söhne sind vielfältig.

Insbesondere die Angst vor dem Identitätsverlust in der Migration, Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen können zu strengeren und behütenderen Erziehungsstilen führen. Teilweise werden Verheiratungen von jungen Frauen und Männern von deren Eltern als „Disziplinierungsmaßnahmen“ eingesetzt. Durch eine Verheiratung erhoffen sich die Eltern, dass ihre Söhne verantwortungsbewusst und selbstständig werden und sie die Kontrolle über Freiheit und Sexualität der Töchter erlangen können. Sie setzen Zwangsverheiratungen als Mittel ein, insbesondere um Verhaltensweisen zu unterdrücken, die in ihren Augen sehr verwestlicht sind (Rauchen, Trinken, sexuelle Promiskuität, Homosexualität).²¹

²¹ vgl. auch Tagungsdokumentation Daphne-Konferenz London, S.3, workshop 1: „Motivationen und Risikofaktoren“, <http://www.hamburg.de/eu-projekt/konferenzen>

Viele Eltern fehlt es darüber hinaus an Wissen über das jeweilige Rechtssystem und ein damit verbundenes Rechts- und Unrechtsbewusstsein. Sie sind der Meinung, für ihre Kinder mit der Wahl des Ehepartners/der Ehepartnerin etwas Gutes zu tun.

Eine systematische kultursensible Elternarbeit ist daher von zentraler Bedeutung.

Empfohlene Maßnahme

11

Maßnahmen kultursensibler Elternarbeit sollten entwickelt und gefördert werden.

Ziel der zu entwickelnden Maßnahmen sollte dabei vor allem die Stärkung der Erziehungskompetenzen, die Förderung der Partizipation am gesellschaftlichen Leben der Aufnahmegesellschaft und die Reduzierung von Fremdheitsgefühlen sein. Die Maßnahmen sollten Eltern aufklären, sie für die Bedürfnisse ihrer Kinder sensibilisieren, sie aktivieren, sich mit Schule und Erziehungsfragen auseinander zu setzen sowie die Kommunikation mit der Schule und ihren Kindern verbessern.

Mögliche Maßnahmen könnten sein:

■ Einbeziehung der Mütter als wichtige Schlüsselpersonen

Da häufig vor allem die Mütter für die Kindererziehung verantwortlich sind, sind sie für die Präventionsarbeit wichtige Schlüsselpersonen, die es zu gewinnen gilt. Es ist lebenswichtig, die Mütter, die oft selbst Opfer sind und nun als Mitverantwortliche (Täterinnen) auftreten, zu sensibilisieren und zu stärken, damit sie ihre von Zwangsheirat bedrohten Kinder gegenüber den

männlichen Familienmitgliedern besser verteidigen bzw. schützen können. Um dies zu erreichen organisiert in Österreich der Verein „Orient Express“ einen Workshop unter dem Titel „Hilfe! Ich will noch nicht heiraten!“

„Orient Express“: Mutter-Tochter-Workshops

Anhand von Fallbeispielen und Rollenspielen wird den Müttern klar gezeigt, warum Zwangsheirat eine schreckliche Form von Gewalt ist. Ziel ist es, Mütter zu stärken, an der Seite ihrer Töchter zu stehen. Gleichzeitig werden die Mütter über die Rechtslage informiert.

Good Practice aus Österreich,
s. Appendix I, S. 54

■ Informationsveranstaltungen

Informationsveranstaltungen in Schulen zu schul- und erziehungsspezifischen Themen könnten ein weiterer möglicher Zugangsweg sein. In speziellen Kursen könnten darüber hinaus Informationen über das Rechtssystem, Erziehungsfragen sowie über das gesellschaftliche Leben in der Aufnahmegesellschaft vermittelt werden. Diesen Ansatz verfolgt zum Beispiel Schweden:

„Save the Children“ – FUGA – method by Sonia Sherefay.

Ziel dieser Methode ist es, das Verständnis über die Schwedische Gesellschaft sowie über das Familienleben in Schweden fördern.

Good Practice aus Schweden, s. Appendix I, S. 55

■ Förderung niedrigschwelliger Initiativen

Sinnvoll könnte es auch sein, niedrigschwellige Initiativen zu fördern, die das soziale Netzwerk vor Ort stärken, in dem sich Eltern gegenseitig

in Erziehungsfragen unterstützen. Diesen Gedanken greifen in Deutschland z.B. die sogenannten „Elterntalks“ in Bayern auf.²²

3.1.4 (Bildungs-)Maßnahmen zum Abbau tradierter Rollenbilder

Zwangsverheiratungen sind Ausdruck ungleicher Geschlechterverhältnisse.

Die Verwirklichung von Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Gesellschaft ist daher eng verbunden mit einem umfassenden Prozess, traditionelle Rollenbilder abzubauen. Dies betrifft sowohl Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund.

In Hinblick auf Frauen und Männer mit Migrationshintergrund können Geschlechterrollen durch die gesellschaftlichen Verhältnisse des Aufnahmelandes sowie durch die Migrationssituation selbst mit bedingt sein. Weiblichkeits- und Männlichkeitsbilder werden im Verlauf des Migrationsprozesses herausgefordert, in Frage gestellt, abgeschwächt, neu gestaltet oder verstärkt. Vor allem für Migrantinnen und Migranten stellt sich die Notwendigkeit, ihre Geschlechtsrolle im Aufnahmeland neu zu definieren.

Hier muss eine gendergerechte Bildungsförderung ansetzen. Dabei sollte eine zielgerichtete Gleichstellungspolitik auch Männer als Partner und Adressaten ansprechen. Hierbei gilt es bereits frühzeitig die Sozialisation von Jungen in den Blick zu nehmen. Dies geschieht bislang noch nicht in ausreichendem Maße.

Empfohlene Maßnahme

Projekte und Ansätze für eine kultursensible und gendergerechte Arbeit mit Jungen sollten gefördert werden, um traditionelle Rollenbilder abzubauen.

12

Ein wichtiger Ansatz ist dabei, ein Bewusstsein für die eigene Männlichkeit zu entwickeln, sich mit Männlichkeitsbildern auseinanderzusetzen – insbesondere auch mit der eigenen sexuellen Orientierung. Diesen Ansatz verfolgt zum Beispiel in Schweden das Projekt NORMal.

„NORMal“ – Jugenarbeit an Schulen

Arbeit mit Jungen an weiterführenden Schulen. Im Fokus steht die Diskussion um Geschlechterverhältnisse.

Good Practice aus Schweden, s. Appendix I, S.56

Zur Unterstützung von Projekten und Maßnahmen, die das Ziel haben, rollenspezifische Festlegungen und Einengungen abzubauen, gehört auch, dass Jugenarbeit nicht überwiegend in einem Zusammenhang mit Gewalt steht, sondern dass sich Jungen in einer Vielzahl von Rollen wahrnehmen können. Jungen könnten statt in der Rolle des „Hüters der Ehre“ der Schwester als Unterstützer in der Wahrnehmung ihrer Rechte auf eine selbstbestimmte Lebensführung gewonnen werden.

So werden in Schweden junge Männer im Stockholmer Jugendzentrum Fryshuset ausgebildet, damit sie Gleichaltrige in Schulen und Jugendzentren unter

²² vgl. hierzu Appendix I: Auszug aus der Tagungsdokumentation der Daphne-Konferenz in Hamburg

dem Motto „Mut ist es, für die Freiheit meiner Schwester zu kämpfen“ über das Ehrverständnis bei Gruppen mit Migrationshintergrund sowie dessen Folgen aufklären können.

„Sharaf Heroes“,

Fryshuset – Kurse für junge Männer

Das Projekt richtet sich an junge Männer mit Migrationshintergrund. Die Arbeit ist im Wesentlichen präventiv auf die Änderung von Einstellungen orientiert.

Wesentliche Idee ist der Aufbau eines Netzwerkes für junge Männer, das auf die Verbesserung des Wissens über Menschenrechte bei jungen Menschen hinarbeitet und dabei als Gegenkraft zu Ehrbezogener Unterdrückung wirkt.

Good Practice aus Schweden, s. Appendix I, S. 56

3.1.5 Empowermentangebote

Zwangsverheiratungen verwehren den betroffenen Personen ein elementares Menschenrecht, nämlich das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Mangelndes Selbstwertgefühl aufgrund von Gewalterfahrungen, Diskriminierung und Unterdrückung verhindern bei vielen Betroffenen eine Wahrnehmung ihrer elementaren Rechte. Es ist daher eine vordringliche Aufgabe, potentiell und tatsächlich von Zwangsheirat Betroffene zu stärken, ihr Recht auf freie Partnerwahl und ein selbstbestimmtes Leben zu realisieren. Hierzu ist es notwendig, Angebote verstärkt zu implementieren bzw. weiter auszubauen. Als strukturell verankerte Angebote haben sich insoweit flächendeckende Menschenrechts-Trainingsmaßnahmen bewährt, die zur Verbesserung der individuellen Situation der Betroffenen und auch zu gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen im Geschlechterverhältnis beitragen.

Empfohlene Maßnahme

Es sollten lokale oder regionale Trainingsmaßnahmen zur Stärkung der eigenen Ressourcen/Kompetenzen sowie zur Aufklärung über gesetzmäßige Rechte durchgeführt werden.

13

Die Trainingsmaßnahmen sollen zum Ziel haben, die Betroffenen dabei zu unterstützen, eigene Ressourcen zu mobilisieren, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und eine Erweiterung ihrer Handlungsoptionen herbeizuführen. Sie sollten sich grundsätzlich an Betroffene unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen Bildungskontexten richten, da sämtliche Schichten und Altersgruppen betroffen sind. Zu den Inhalten sollte insbesondere die Vermittlung der verbrieften Rechte in Hinblick freie Partnerwahl, Inanspruchnahme von Bildungs-, Beratungs- und Einstiegsangeboten in den Erwerbsarbeitsmarkt sowie insbesondere das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gehören. Ein weiterer Schwerpunkt sollte die Stärkung der kommunikativen Fähigkeiten sein. Darüber hinaus sollten Teilnehmende ermutigt werden, ihrerseits Trainingskurse als Multiplikatoren selbst anzubieten. Dadurch vergrößert sich der Kreis der informierten und gestärkten Frauen und Männer stetig.

Türkei: Women for Women's Human Rights (WWHR) – NEW WAYS: Menschenrechte – Trainingsprogramm für Frauen

WWHR bietet flächendeckend in der Türkei Empowermentkurse für Frauen an, bei denen gerade diese Aspekte Berücksichtigung finden.

Good Practice aus der Türkei,
s. Appendix I, S. 57

3.2 Sensibilisierung / Aufklärung der Öffentlichkeit: Informationskampagnen

Im Rahmen der Entwicklung von Präventionsstrategien ist es wichtig, neben berufsspezifischen Zielgruppen und den Betroffenen auch die breitere Öffentlichkeit für die Thematik zu sensibilisieren.

Das Thema Zwangsheirat wird vielfach in der öffentlichen Diskussion mit ethnischen Stereotypen assoziiert. Die Folge sind verzerrte Wahrnehmungen in der Mehrheitsgesellschaft über dieses Phänomen. Die inhaltliche Auseinandersetzung verlangt daher ein hohes Maß an politischer Sensibilität. Dies ist im Rahmen einer differenzierten Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit zu berücksichtigen. Dabei ist wesentlich, das Thema Zwangsheirat weiter zu enttabuisieren, ohne mit Hilfe von stereotypen Zuschreibungen einzelne Migrantengruppen zu stigmatisieren.

Informationskampagnen können die Grundlage für eine breite gesellschaftliche Debatte über Fragen der freien Partnerwahl, Gleichberechtigung von Frauen und Männer sowie Ehrvorstellungen sein. Dies kann wiederum auch zu Einstellungsänderungen innerhalb der Migrantengruppen führen. Vor diesem Hintergrund ist eine enge Zusammenarbeit mit den Migrantengruppen dringend notwendig.

Empfohlene Maßnahme

14

Informations-Kampagnen sollten unter Berücksichtigung des Fachwissens von Migrantengruppen und Nichtregierungsorganisationen organisiert werden.

Informationskampagnen erfordern klare Informationen ohne generelle Verurteilungen und Zuschreibungen. Sie sollten daher zum einen darstellen dass Menschen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Zugehörigkeit betroffen sind und zum anderen das breite Spektrum sozialer und thematischer Aspekte, die beim Thema Zwangsheirat eine Rolle spielen, aufzeigen: z.B.: die Betroffenheit nicht nur von Frauen, sondern auch von Männern; die Herausforderungen der Integration; das Verständnis für eine freie und selbstbestimmte Partnerwahl sowie die Betroffenheit von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendercommunities.

„zwangsheirat.ch – ein Programm verankert Menschenrechte“: Postkartenaktion

„zwangsheirat.ch“ hat 8 unterschiedliche Postkarten mit individuellen Statements entwickelt, die diese Aspekte aufgreifen und an verschiedensten Orten verteilt werden können.

Good Practice aus der Schweiz,
s. Appendix I, S. 60

Ein gelungenes Beispiel für eine zielgruppenspezifische Aufklärungsarbeit, in dem Migrantengruppen nicht nur einbezogen sind, sondern die Initiative gerade von Ihnen ausgeht, ist SPIOR.

SPIOR und die Stadt Rotterdam:

Hand in Hand gegen Zwangsheirat

Diese Initiative hat zum Ziel, über eine verstärkte Aufklärung durch muslimische Organisationen dem Verbot von Zwangsheiraten mehr Geltung innerhalb der muslimischen Bevölkerung zu verschaffen.

Good Practice aus den Niederlanden,
s. Appendix I, S. 61

3.3 Gezielte Information von (Erst-)Zugewanderten – ein wichtiger integrationspolitischer Ansatz

Viele zugewanderte oder bereits in der Mehrheitsgesellschaft lebende Menschen haben keine oder nicht ausreichende Informationen über das Land, in das sie zugewandert sind. Gerade für von Zwangsheirat Betroffene ist es sehr wichtig, dass sie in ihrer Muttersprache über bestehenden Hilfsmöglichkeiten und staatliche und nichtstaatliche Unterstützungssysteme informiert werden. Hierdurch werden zudem die Voraussetzungen geschaffen, dass Migrantinnen/innen an den sozialen Unterstützungssystemen der Aufnahmegesellschaft partizipieren können, was gleichermaßen ein wichtiger Schritt zur gesellschaftlichen und sozialen Integration der Betroffenen ist.

Empfohlene Maßnahme

15

Neuzugewanderten Menschen sollten Willkommenspakete mit gezielten Informationen über Beratungsstellen, Unterstützungsangebote und Hilfe in Notfällen für von Zwangsheirat Betroffene zur Verfügung gestellt werden.

Folgende Aspekte sollten dabei berücksichtigt werden:

- Die Willkommenspakete sollten mehrsprachig sein sowie Ansprechpartner und Adressenlisten von Beratungsstellen und wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens enthalten
- Die für Zuwanderer zuständigen staatlichen Stellen sollten für eine breite Verteilung an die Zielgruppe sorgen

- Spezifische – geschlechtergetrennte – Informationsabende zu spezifischen Themenstellungen, z.B. über das Unterstützungssystem bei erlittener Gewalt und Hilfe in akuten Notfällen sollten begleitend angeboten werden

Das Willkommenspaket aus Wien bietet ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung dieser Aspekte:

Wien: Willkommenspakete

Das Willkommenspaket hat zum Ziel, erste Integrationsbemühungen von Neuzugewanderten zu unterstützen. Es besteht aus drei Elementen: den Willkommensmappen; „Orientierungsgesprächen“ in den Sprachen der Willkommensmappen; speziellen „Orientierungsgesprächen“ für Frauen in Kooperation mit Frauen-NRO's. Es enthält zahlreiche Informationen aus den unterschiedlichen Bereichen des täglichen Lebens und Kontaktadressen.

Good Practice aus Österreich, s. Appendix I, S. 62



4 INTERVENTION

Wie eingangs betont, stellen Zwangsheiraten eine schwere Menschenrechtsverletzung dar. Dabei ist meist nicht nur das Recht auf die Freiheit der Eheschließung tangiert – meist steht die erzwungene Heirat – insbesondere bei Frauen – auch im Kontext mit Verletzungen des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und körperliche Integrität, des Rechts auf physische und psychische Gesundheit. Gleichzeitig begründen die Menschenrechte Schutz- und Gewährleistungsrechte für die Staaten: Vor allem müssen diese die Betroffenen aktiv vor der Verletzung ihrer Rechte durch Dritte schützen – und zwar auch dann, wenn diese Verletzungen im privaten Bereich stattfinden.²³

Die Staaten sind mithin verpflichtet, den Menschen, die zur Heirat gezwungen wurden oder werden, schnelle und effektive Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen. Dabei ist es erforderlich, dass Angebote leicht erreichbar, gut aufeinander abgestimmt und an die Bedürfnisse der betroffenen Personen angepasst sind, sowie zudem die besondere Gefährdungslage berücksichtigen.

Von großer Bedeutung für den Schutz und die Sicherheit der Betroffenen ist in diesem Zusammenhang die lückenlose Geheimhaltung ihrer Daten von allen an dem Interventionsprozess oder der Strafverfolgung beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen.

Die nachfolgenden Empfehlungen verzichten bewusst auf rechtliche Reformvorschläge, sondern greifen in erster Linie die Diskussion hinsichtlich erforderlicher Beratungs- und Schutzeinrichtungen

auf (II.4.1. – II.4.3). Darüber hinaus finden sich Vorschläge zum Schutz der Opfer im Gerichtsverfahren (II.4.4) und zur Überprüfung täterbezogener Interventionsstrategien (II.4.5).

4.1 Interkulturelle Beratungsangebote

Das Thema Zwangsheirat ist vielfach stark schambesetzt, da es hier auch um sehr intime Fragen wie Sexualität, sexuelle Identität, familiäre Bindungen oder persönliche Lebensentwürfe geht. Hinzu kommen häufig starke Schuldgefühle, die innerfamiliäre Harmonie gestört zu haben oder für die Zerrüttung der Familie verantwortlich zu sein. Betroffenen fällt es daher schwer, sich an eine außenstehende Person oder Beratungseinrichtung zu wenden. Dies gilt für Frauen und Männer gleichermaßen.

Oft stellt auch die sprachliche Verständigung ein Problem dar, das den Zugang zur Beratung erschwert. In vielen Beratungsstellen existieren immer noch zu wenig Beraterinnen oder Berater mit Migrationshintergrund. Für die Betroffenen, die im Aufnahmeland aufgewachsen sind, stellt wiederum weniger die Sprache als vielmehr mangelnder Respekt für die Herkunftskultur der Betroffenen eine besondere Zugangshürde dar.

Die von Zwangsheirat betroffenen Menschen benötigen Angebote, die es ihnen ermöglichen, in ihrer Sprache über ihre Notlage sprechen zu können, die sie in ihrer eigenen Identität anerkennen, ihr Streben nach Freiheit unterstützen und ihnen

²³ vgl. zu den unterschiedlichen Formen strafrechtlicher Sanktionen in den europäischen Staaten Rude-Antoine, Edwige (2005). S.42: „Few countries have made forced marriage a specific criminal offence. In most countries forced marriage can be punished by means of the penalties for the various forms of criminal behaviour it can involve“.

mit Sympathie begegnen²⁴. Sie brauchen Beratungsangebote, die nicht von ihnen verlangen, ihre kulturelle Zugehörigkeit zu verleugnen.

Staatliche Stellen haben daher die strukturellen Bedingungen zu schaffen, die eine effektive Beratung dieser Zielgruppe ermöglichen.

Empfohlene Maßnahme

16

Die Beratung ist zielgruppenspezifisch, interkulturell und mehrsprachig auszurichten.

Die **zielgruppenspezifische Ausrichtung** bedeutet, dass Beratungskonzepte individuell auf die betroffenen Zielgruppen auszurichten sind, um Beratung, Begleitung und Unterstützung bedarfsgerecht anzubieten. Es ist also auch die unterschiedliche Betroffenheit von Mädchen und Frauen oder von Jungen und Männern, von Jüngeren oder von Älteren Betroffenen, von Personen mit oder ohne Kinder, mit oder ohne eigene Immigrationerfahrung, zu berücksichtigen.

Zu einem **interkulturellen Beratungsansatz** gehört neben der Mehrsprachigkeit insbesondere das Wissen über unterschiedliche kulturelle Identitäten und Wertesysteme, Traditionen und religiöse Vorstellungen. Zudem sollte Wissen über die soziale und politische Situation, die Bedeutung von Familie und Geschlechterbeziehungen in den Herkunftsländern der Betroffenen oder ihrer Eltern, Kenntnisse der migrationspezifischen Problemlagen sowie über Entwurzelungs- und Diskriminierungserfahrungen vorhanden sein. Dies

ist für die Einschätzung der Lebens- und Gefährdungssituation und der ambivalenten Konfliktlage der Betroffenen außerordentlich wichtig. Hierzu gehört es auch, den Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund zu erhöhen, die Ausbildung von spezialisierten Beraterinnen und Beratern zu forcieren sowie die Finanzierung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern sicherzustellen.²⁵

Mit diesem Ansatz fördert Hamburg zwei niedrigschwellige interkulturelle Beratungsstellen:

LÂLE und i.bera

– Interkulturelle Beratungszentren

LÂLE und i.bera bieten von Zwangsheirat Betroffenen kostenlos eine muttersprachliche und kultursensible Beratung auf freiwilliger Basis an. Die Beratungsstellen sind an langjährig bestehende Integrationszentren mit guten Kontakten in die Community angebunden.

Die Finanzierung durch die Freie und Hansestadt Hamburg stellt auch den notwendigen Auf- und Ausbau von Kooperationsstrukturen sicher.

Good Practice aus Deutschland,
s. Appendix I, S.64

Bei dem Angebot von Beratung stellt sich ein weiteres Problem: Ein großer Anteil der Ratsuchenden unterliegt einer extrem hohen sozialen Kontrolle, die es ihnen erheblich erschwert, eine externe Beratungseinrichtung aufzusuchen.

Niedrigschwellige Angebote sind daher unbedingt erforderlich. Insoweit haben sich mehrsprachige Telefon-Hotlines als Erleichterung für den Zugang zu Beratung erwiesen.

²⁴ vgl. Rude-Antoine, Edwige (2005) S.53

²⁵ vgl. hierzu MA 57, Wien 2006, S.185

Empfohlene Maßnahme

17

Spezielle mehrsprachige Telefon-Hotlines sind einzurichten.

Hotlines können eine erste Krisenintervention leisten, die Hemmschwellen zum Aufsuchen spezialisierter Beratungsstellen oder Einrichtungen abbauen sowie Wegweiser im Hilfesystem sein.

Allerdings kann eine telefonische Beratung angesichts bestehender Sprachprobleme ohne persönlichen Kontakt eine zusätzliche Erschwernis in der Verständigung darstellen. Eine Anbindung an bereits bestehende Einrichtungen oder an ein bestehendes Netzwerk hat sich daher hier sehr bewährt. Hierfür bietet die schwedische Organisation „Terrafem“, die auch 5 auf Frauen mit Migrationshintergrund spezialisierte Frauenhäuser betreibt, ein gutes Beispiel:

Terrafem:

nationale Telefon-Hotline mit 43 Sprachen

Terrafem bietet in 43 Sprachen telefonische Beratung an. Hierfür hat die Organisation eine nationale Rufnummer eingerichtet, welche sich weder auf dem Handy noch auf der Rechnung zurückverfolgen lässt.

Good Practice aus Schweden, s. Appendix I, S. 65

Darüber hinaus deutet viel darauf hin, dass Online-Beratungsangebote vor allem für Jugendliche leichten Zugang zu Beratung und Information bieten können. Computer sind ein Medium, zu

dem gerade Jugendliche ganz selbstverständlichen Zugang haben und über den sie von überall – auch anonym – auf Beratungen zugreifen können.

4.2 Schutzeinrichtungen/Wohnprojekte

Wenn Frauen und Mädchen gezwungen werden, gegen ihren Willen zu heiraten, bleibt ihnen häufig als letzter Ausweg nur noch der Bruch mit ihrer Familie und die Flucht in ein Frauenhaus bzw. eine andere Schutzeinrichtung. Diese Einrichtungen bieten grundsätzlich einen sicheren Zufluchtsort. Sie sind daher weiterhin zu unterstützen.²⁶

Allerdings unterscheiden sich die Problemlagen und Unterstützungsbedarfe bei drohender Zwangsheirat oft von der Situation der Frauen und Mädchen, die üblicherweise in Schutzeinrichtungen aufgenommen werden: Betroffene sehen ihre Flucht häufig als Ehrverlust für die Familie und befürchten Gewalt bis hin zur Tötung. Gleichzeitig berichten Expertinnen aus der Praxis, dass Eltern/Familienangehörige vielfache Anstrengungen entwickeln, um die Betroffenen zu einer Rückkehr zu bewegen: „durch intensive Suche, massive Drohungen, emotionale Erpressung, große Versprechungen, aber auch Anzeigen bei der Polizei oder den Versuch, weibliche Familienangehörige auf der Spur der Geflohenen in eine Schutzeinrichtung einzuschleusen“²⁷.

Die Betroffenen befinden sich also in einer subjektiv wie objektiv existentiell bedrohlichen Situation, die sie überdies in vielen Fällen zu einem Abbruch aller sozialen Kontakte zwingt. Außerdem

²⁶ vgl. Europarat (2005), Empfehlung 1723

²⁷ Corinna Ter-Nedden „Zwangsverheiratung: Erfahrungen in der praktischen Unterstützung Betroffener und Empfehlungen für Politik und Verwaltung“ in „Zwangsverheiratung in Deutschland“, hsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

handelt es sich bei den noch nicht oder gerade erst verheirateten Frauen meist um sehr junge Frauen, die eng in ihre Familie eingebunden bislang wenig selbstständig gelebt haben. Vor diesem Hintergrund werden bestehende Betreuungskonzepte zum Teil als unzureichend angesehen.

Mit Zwangsheirat konfrontierte Mädchen und junge Frauen benötigen daher eine angepasste Betreuung und Unterbringung, die der möglichen Überforderung durch das plötzliche Fehlen des familiären Umfeldes entgegenkommt. Allerdings ist es problematisch, wenn Unterbringungsmöglichkeiten an einer Altersgrenze orientiert sind (Frauenhäuser für volljährige Frauen; Kinderschutzeinrichtungen für Minderjährige), da auch junge volljährige Frauen Unterstützung in dem Prozess des Selbständigwerdens und im Umgang mit dem Fehlen des familiären Umfeldes brauchen – auch wenn dies möglicherweise nur vorübergehend ist.²⁸

Darüber hinaus fehlen spezielle Betreuungsangebote für Jungen und junge Männer. Auch für sie kann der Bruch mit der Familie anstehen und eine schnelle anonyme Unterbringung notwendig sein.

Empfohlene Maßnahme

18

Für bereits bestehende Schutzeinrichtungen sind spezielle Betreuungs- und Schutzkonzepte zu entwickeln.

Die Einrichtung von speziellen Schutz- und Kriseneinrichtungen für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Personen sollte gefördert werden.

Für die Entwicklung von speziellen Betreuungs- und Schutzkonzepten bedeutet dies vor allem:

- Sicherstellung von Anonymität – auch für die Mitarbeitenden
- Sicherstellung einer intensiven psychosozialen Betreuung, die der möglichen Überforderung durch das plötzliche Fehlen des familiären Umfeldes entgegenkommt
- Entwicklung und Implementierung spezieller Schutzmaßnahmen für von Zwangsheirat Betroffene sowie für die Berater/innen und Betreuer/innen
- interkulturelle Sensibilität der Mitarbeitenden, um die Konflikt- und Gefährdungslage sowie die Ambivalenzen der Betroffenen richtig einschätzen zu können

Ein gutes Beispiel hierfür sind die Kriseneinrichtung PAPATYA, unterstützt von Berlin, sowie die ebenfalls spezifisch ausgerichteten Schutzeinrichtungen von Terrafem, Somaya und Women's network. Diese Einrichtungen bieten umgehende Sicherheit und Schutz und nehmen eine Gefährdungsanalyse vor. Gemeinsam in einem interkulturellen Team wird mit der Betroffenen nach langfristigen Perspektiven für nach dem Aufenthalt gesucht.

PAPATYA – anonyme Kriseneinrichtung für junge Migrantinnen

PAPATYA bietet Schutz und Hilfe für Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund, die aufgrund kultureller und familiärer Konflikte von zu Hause geflohen sind und von ihren Familien bedroht werden. Ein interkulturelles Team von türkischen, kurdischen und deutschen

²⁸ vgl. MA 57, Wien 2006, S. 129

Sozialpädagoginnen/Psychologin betreut die Mädchen rund um die Uhr.

Good Practice aus Deutschland, s. Appendix I, S.66

Terrafem, Somaya, Women's network – spezielle Schutzeinrichtungen für Frauen, die von Gewalt im Namen der Ehre und Zwangsheiraten betroffen sind.

Die drei Organisationen bieten spezifisch auf die Zielgruppe ausgerichtet Schutzunterkünfte für sowohl kurz- als auch langfristige Unterbringung an. Die Unterkünfte sind sowohl untereinander als auch mit lokalen und staatlichen Behörden gut vernetzt.

Good Practice aus Schweden, s. Appendix I, S.65

Förderung von Anschlussperspektiven/Wohnprojekten

Frauenhäuser und Kriseneinrichtungen sind in der Regel nicht für längerfristige Unterbringungen konzipiert. Haben sich Betroffene aber entgegen dem Willen der Eltern/der Familie für ein eigenständiges Leben entschieden, ist meist langfristige Unterstützung in der Problem- und Alltagsbewältigung sowie bei der Vorbereitung auf eine eigenständige Lebensführung notwendig.

Empfohlene Maßnahme

Es sollten betreute Wohnprojekte entwickelt und gefördert werden.

19

Darunter können sozialpädagogisch betreute Lebens- und Wohnmöglichkeiten verstanden werden. So können Wohngemeinschaften ein erster Lebensraum außerhalb der Familie sein, wo die Jugendlichen/jungen Erwachsenen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und in Hinblick auf eine eigenverantwortliche Lebensführung gestärkt werden. Dies beinhaltet u. a. Hilfestellungen bei der Organisation des Haushalts, Unterstützung bei der Suche nach einer Schule oder Ausbildungsstelle und Hilfe beim Umgang mit Ämtern. Einen solchen Ansatz verfolgt z. B. in Deutschland das Wohnprojekt ROSA in Stuttgart.²⁹

Darüber hinaus können Gastfamilien (foster-families) eine gute Möglichkeit sein, den betroffenen eine längerfristig angelegte Perspektive zu bieten. Hierzu bedarf es allerdings der Entwicklung von speziellen Betreuungs- und Schutzkonzepten für die Gastfamilie.

²⁹ <http://www.eva-stuttgart.de/rosa.html>

4.3 Qualifizierung der Fachkräfte in Beratungs- und Schutzeinrichtungen

Die kompetente und einvernehmliche Einschätzung und Beurteilung der Bedarfs- und Gefährdungslage der Betroffenen bildet die entscheidende Grundlage des weiteren Hilfeprozesses. Hierzu bedarf es bei bestehenden Beratungseinrichtungen gezielter Fortbildungsmaßnahmen über die Problematik Zwangsheirat.

Empfohlene Maßnahme

20

Mitarbeitende bestehender Beratungseinrichtungen und Hotlines sind für die Problematik Zwangsheirat durch gezielte Trainings zu sensibilisieren und fortzubilden.

Themen der Fortbildungsangebote sollten sein:

- Soziale und rechtliche Fragen im Rahmen von Zwangsheirat
- Grundlegende Fragen interkultureller Kompetenz, insbesondere Wissensvermittlung zum Thema Migration und Integration
- Möglichkeiten für einen verbesserten Zugang der von Zwangsheirat betroffenen Personen zu Schutz- und Beratungsangeboten

4.4 Stärkung von Opferrechten bei Gericht

Gerichtsverfahren stellen eine schwere Belastung für die betroffenen Opfer dar. Der gesamte Prozess

ist mit immensen Ängsten und Unsicherheiten verbunden. Denn häufig sind sich die Betroffenen ihrer Verfahrensrechte sowie der Möglichkeit, Unterstützung zu erhalten, nicht bewusst.

Für eine umfassende Aufklärung und Unterstützung ist daher Sorge zu tragen.³⁰

Wie oben aufgezeigt, betrifft dies in besonderem Maße die Frauen und Mädchen, die aus oder vor einer angedrohten Zwangsheirat fliehen und während der laufenden Verfahren und nach deren Abschluss ernsthaft bedroht sein können.

Hinzu kommt, dass es insbesondere im Strafverfahren im Kontext von Zwangsheiraten häufig zu „Aussage-gegen-Aussage“-Situationen kommt, in denen sich die Opfer einer kritischen Prüfung ihrer Glaubwürdigkeit ausgesetzt sehen. Zudem tragen nicht ausreichend geschulte Richter/innen bzw. Staatsanwält/innen oder Mitarbeitende der Polizei oftmals zu einer Steigerung der Belastungen bei.

Eine qualifizierte Prozessbegleitung ist daher notwendig, um die Betroffenen über ihre Rechte und die prozessualen Abläufe aufzuklären sowie sie stabilisierend zu unterstützen.

Empfohlene Maßnahme

Rechtliche und psychosoziale Prozessbegleitung sollten ab Beginn eines Ermittlungsverfahrens sichergestellt sein.

21

Hierbei ist unbedingt zu beachten, dass ein sensibler Umgang mit den Daten der gefährdeten Personen unbedingt erforderlich ist. Nicht anonymisierte

³⁰ vgl. auch Rat der EU: 2001/220/JI; Rahmenbeschluss des Rates vom 15. März 2001 über die Stellung des Opfers im Strafverfahren (Amtsblatt Nr. L082 vom 22/03/2001) und Rec. (2006) 8 of the Committee of Ministers to member states on assistance to crime victims

personenbezogene Daten in Ermittlungsakten können eine Sicherheitslücke sein, durch die Aufenthaltsort oder betreuende Schutzeinrichtung identifiziert werden können.

Außerdem erfordert die rechtliche und psychosoziale Unterstützung eine intensive Kooperation zwischen den Beratungseinrichtungen des Opferschutzes sowie juristischen Prozessbegleitern – vor allem in Hinblick auf die Entwicklung eines individuellen Sicherheitskonzeptes.

Kostenfreie psychosoziale und rechtliche Unterstützung

In Österreich haben Opfer von Gewalt seit dem 1. Januar 2006 Anspruch auf freie psychosoziale und rechtliche Unterstützung während des Strafverfahrens. Die Kosten der rechtlichen und psychosozialen Unterstützung trägt das Österreichische Bundesjustizministerium.

Good Practice aus Österreich, s. Appendix I, S. 67

Unabhängige Beraterinnen und Berater zu häuslicher Gewalt (Independent Domestic Violence Advisors – IDVAs)

In Großbritannien wurde ein Netzwerk von IDVAs etabliert, um alle Opfer von häuslicher Gewalt – einschließlich der Opfer von Zwangsheirat – zu unterstützen. Die IDVAs sind bei den Sondergerichten für häusliche Gewalt (specialist domestic violence courts), die an vielen Standorten in Großbritannien eingerichtet wurden, angebunden. Sie bieten Opfern insbesondere Rechtsbeistand wie z. B. Prozessbegleitung an.

Good Practice aus Großbritannien

In Fällen, in denen eine Übersetzung notwendig ist, zeigt sich, dass anstelle von vereidigten Dolmetscher/innen manchmal Verwandte oder

Dolmetscher/innen hinzugezogen werden, die entweder nicht verlässlich objektiv oder nicht hinreichend qualifiziert sind.

Empfohlene Maßnahme

Die Einschaltung geschulter Gerichtsdolmetscher/innen ist erforderlich.

22

Vorschlag zur weiteren rechtlichen Diskussion

Auch wenn die Partner sich darauf geeinigt haben, keine spezifischen rechtlichen Empfehlungen zu geben, soll an dieser Stelle kurz auf einen Ansatz aus Großbritannien hingewiesen werden. Dort trat während der Projektlaufzeit ein zivilrechtliches Gesetz zur Durchsetzung von Opferrechten in Kraft, das für die Diskussion um die Weiterentwicklung von Rechtsvorschriften im Kontext von Zwangsheiraten interessante Denkanstöße liefern kann.

„Civil Protection Act“

Der britische „Forced Marriage (Civil Protection) Act 2007“ trat am 25. November 2008 in Kraft. Dieses Gesetz ermächtigt die Familiengerichte, „Forced Marriage Protection Orders“ (Zwangsheiratsschutzanordnungen) zu erlassen. Diese können eingesetzt werden, um Zwangsheiraten zu verhindern und um Versuche zu unterbinden, eine Person in eine Heirat zu zwingen. Soweit eine Zwangsheirat bereits stattgefunden hat, kann das Gericht dieses Gesetz anwenden, um Opfer zu schützen und diese aus der Situation herauszuholen.

Maßnahme in Großbritannien,
s. Appendix I, S. 69

4.5 Täterbezogene Interventionsstrategien

Die Täterkonstellationen im Kontext von Zwangsheirat sind sehr komplex und stellen daher für die Entwicklung effektiver Interventionsstrategien eine große Herausforderung dar. Häufig handelt es sich nicht um Einzeltäter, sondern Gewalt und Zwang werden typischerweise im Familienzusammenhang ausgeübt. Diese sehr komplexen Familienstrukturen müssen wiederum in ihrem jeweiligen kulturellen Kontext gesehen werden. Dieser Problemlage wird bislang in Europa noch nicht ausreichend Rechnung getragen. Unter Täterarbeit wurden bislang nur Maßnahmen verstanden, die sich mit Gewalthandlungen von Männern gegenüber ihren (Ex-)Partnerinnen befassen. Insoweit gibt es nur wenige Bausteine für Täterprogramme, die sich gezielt an Männer mit Migrationshintergrund wenden. Der Familienkontext – also auch die Frauen als Täterinnen – sowie die Einbindung in die jeweilige Community – bleibt dabei weitgehend unberücksichtigt.

Die Arbeit mit Tätern und Täterinnen erschöpft sich jedoch nicht nur in Anti-Gewalt-Trainingskursen oder in Täterprogrammen, deren Zugang über staatliche (oft gerichtliche) Auflagen oder auf freiwilliger Basis erfolgt. Vielmehr sind alle mit dem Thema Zwangsheirat involvierten Institutionen gefordert, auf Zwangshandlungen und Gewalt zu reagieren, um sie zu beenden und die Verantwortlichen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit ihrem Verhalten zu bewegen.

Es ist daher notwendig, kulturspezifische täterbezogene Interventionsstrategien für Einzelpersonen oder Gruppen, die daran beteiligt sind, jemand in eine Heirat zu zwingen, zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln. Dabei sind neben dem Justizbereich auch die Sozial-, Familien- und Jugendpolitik gefordert. Ziel ist, eine nachhaltige Verhaltensänderung zu bewirken.

Empfohlene Maßnahme

Täterprogramme / Täterbezogene Interventionsstrategien sollten überprüft werden, ob sie den spezifischen Problemlagen von Migrantinnen und Migranten und dem besonderen Schutzbedürfnis der Opfer gerecht werden.

23

Hierbei ist erforderlich, dass Regierungsorganisationen und NRO's des Opferschutzes, der Täterarbeit sowie Migrantenorganisationen gemeinsam Anforderungen an täterbezogene Interventionsstrategien entwickeln. Dabei sollte es um Fragen notwendiger Kooperationsstrukturen, Gefahrenanalyse, Kinderschutz, Zugangswege, Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen sowie die interkulturelle Qualifikation der Mitarbeitenden gehen. Ein zentraler Punkt sollte die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Methoden sein, die bereits in Interventionsstrategien Anwendung finden.

Hierbei ist zu beachten, dass zum Teil in der Fachwelt jede Form von Mediation mit den Familien der Opfer von Zwangsheirat als extrem gefährlich angesehen wird. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass Mediation die Opfer einem hohen Risiko aussetzt und in Extremfällen zu Gewalt und Mord im Namen der Ehre führen kann. Großbritannien kann daher keiner Empfehlung zustimmen, die in irgendeiner Weise Mediation als ein Mittel zur Lösung in Zwangsheiratfällen befürwortet.

5 INTERNATIONALE AKTIVITÄTEN

Zwangsheiraten treten weltweit und in allen EU-Mitgliedsstaaten auf. Es ist daher notwendig, dass das Thema weiterhin auf der Tagesordnung multilateraler Foren steht.

In Europäischen Ländern weisen Zwangsverheiraturfälle vielfach einen Auslandsbezug auf. Dies betrifft zum einen die Fälle, in denen junge Menschen zum Zwecke einer Zwangsehe in das Herkunftsland ihrer Eltern verschleppt werden. Zum anderen betrifft dies die Fälle, in denen ein Ehepartner/eine Ehepartnerin aus einem Drittstaat im Rahmen der Familienzusammenführung einen Aufenthaltstitel im jeweiligen EU-Mitgliedsstaat erhalten soll.

Anstrengungen zur Verhinderung und effektiven Unterstützung der Betroffenen müssen daher auch international unternommen werden. Hierzu gehören die Hilfeerbringung im Herkunftsland sowie ein internationaler Austausch von Informationen, Wissen und Erfahrung.

Informationen über Auslandsreisen

Besonders dramatisch stellt sich die Situation für betroffene Mädchen oder Jungen dar, die gegen ihren ausdrücklichen Willen oder unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von ihren Eltern/anderen Familienangehörigen in deren Herkunftsländer verschleppt und dort gewaltsam festgehalten werden.

Um dies zu verhindern, muss bereits im Vorfeld eingegriffen werden: Den potentiell betroffenen Jugendlichen müssen die Gefahren bewusst sein und sie müssen in die Lage versetzt werden, sich auch in diesen Fällen Hilfe zu organisieren.

Empfohlene Maßnahme

Vertrauliche Beratung und Information über die Gefahr einer im Ausland drohenden Zwangsverheiratung müssen vorgehalten werden.

24

Die Mädchen und Jungen müssen darüber informiert sein, dass Auslandsreisen in das Herkunftsland unter dem Vorwand von Familienurlauben oder Verwandtenbesuche für Verheiratungen genutzt werden können. Solche Informationen sind u. a. über die Schulen bereitzustellen, und dort insbesondere vor den Sommerferien, da zu diesem Zeitpunkt die Gefährdung besonders hoch ist.

Nicht nur die Gefahr selbst, sondern vor allem auch mögliche Vorsichtsmaßnahmen, die die Jugendlichen im Falle einer befürchteten Auslandsverheiratung treffen können, sind Ihnen detailliert zur Verfügung zu stellen. Dies betrifft u. a. das Hinterlassen von Telefonnummern, Auslandsadressen und Rückkehrdatum bei Freunden, die Mitnahme eines zweiten Handys, die rechtzeitige Information über zuständige Botschaften und weitere Anlaufstellen, bei denen notfalls im Ausland Hilfe zu erhalten ist.

Konsularische Unterstützung für Betroffene

Botschaften und Konsulate, die vor Ort Kenntnis davon erhalten, dass Personen ungewollt im Ausland verheiratet und festgehalten werden, sind daher gefordert, ihren Staatsangehörigen alle notwendige Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen.³¹

³¹ vgl. auch Recommendation Rec(2006) 8 of the Committee of Ministers to member states on assistance to crime victims

Empfohlene Maßnahme

Eine effektive Unterstützung durch die zuständigen Botschaften im Gastland ist den Betroffenen zur Verfügung zu stellen.

Die Unterstützungsangebote können vielfältig sein. Hierzu gehören insbesondere das Ausstellen neuer Reisepapiere sowie die Unterstützung bei Rückflügen, aber auch konkrete Hilfestellungen vor Ort.

Ein gutes Beispiel für konsularische Unterstützungsleistungen bietet die Forced Marriage Unit (FMU) des Britischen Außen- und Innenministeriums.

Großbritannien, FMU:

Konsularische Unterstützung

Wenn die FMU Kenntnis davon erhält, dass ein/e Britische/r Staatsbürger/in im Ausland in die Ehe gezwungen werden soll oder bereits wurde, prüft sie verschiedene Möglichkeiten der konsularischen Unterstützung. Diese reichen von Klagen vor den Gerichten in Großbritannien bis hin zu Rettungsmissionen im Ausland und Unterstützung bei Rückkehrflügen.

Good Practice aus Großbritannien,
s. Appendix I, S. 69

Folgende Aspekte sind bei der konsularischen Unterstützung und insbesondere bei Rückholaktionen von Bedeutung:

- Für Botschaftsangehörige müssen Fortbildungen über die Thematik Zwangsheirat und ihre folgenschweren Auswirkungen angeboten werden
- Es sollten Anstrengungen unternommen werden, für die Betroffenen nach ihrer Rückkehr Unterkunft und nachfolgende Hilfe bereitzustellen

- Soweit nötig, müssen die Betroffenen an spezialisierte Beratungsangebote und Unterstützungsgruppen weiterverwiesen werden

In einer besonderen Problemlage befinden sich die jungen Menschen, die nicht die Staatsangehörigkeit des Landes besitzen, in dem sie aufgewachsen sind. Dies betrifft in hoher Anzahl vor allem Betroffene aus den europäischen Ländern, in denen die Staatsangehörigkeit nicht nach dem Territorialprinzip gewährt wird. Insbesondere in diesen Ländern sollte daher geprüft werden, ob unter Beachtung völkerrechtlicher Vereinbarungen/internationaler Abkommen sowie der eigenen nationalen Regelungen die Rückkehr in das bisherige Aufenthaltsland ermöglicht werden kann.

Es kann vorkommen, dass Betroffene in einen Drittstaat verschleppt werden, in dem keine Auslandsvertretung des eigenen Landes existiert. Gleichwohl sollten die EU-Regierungen auch in diesen Fällen sicherstellen, dass den Betroffenen über andere EU-Staaten konsularische Unterstützung zuteil wird.

Empfohlene Maßnahme

EU-Regierungen sollten, wenn nötig, Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Mitgliedsstaaten in Drittländern unterstützen.

Internationale Kooperation und Wissenstransfer

Um eine schnelle und effektive Unterstützung der Betroffenen zu gewährleisten ist es notwendig, dass nationale und/oder lokale Behörden Kooperationsbeziehungen zu Behörden und NRO's in Herkunftsländern aufbauen und unterhalten.

NRO's verfügen zum einen über viel Erfahrung mit dem Thema Zwangsheirat und zum anderen häufig auch über sehr gute internationale Kontakte.

In ein solches Netzwerk sind die Botschaftsmitarbeiter/innen vor Ort einzubeziehen. Diese müssen auf ein gutes und professionelles Netzwerk von Unterstützungsmöglichkeiten zurückgreifen können, z.B. für die Organisation von Schutzunterkünften bis zum schnellen und gut organisierten Rettungsflug der Betroffenen in ihre bisherigen Aufenthaltsländer.

Darüber hinaus sind sowohl der internationale Austausch von Experten als auch der Aufbau von Expertengremien vor Ort zu fördern, um hierdurch die gegenseitige Handlungskompetenz zu stärken.

Empfohlene Maßnahme

27

Nationale und/oder lokale Behörden sollen mit Botschaften, Behörden und Nichtregierungsorganisationen aus Herkunftsländern der besonders von Zwangsheirat gefährdeten Personen zusammen arbeiten.

Dabei sollten Projekte und Sensibilisierungsmaßnahmen im Ausland finanziert und unterstützt werden.

Auch in dieser Hinsicht haben sich die guten Erfahrungen der britischen „Forced Marriage Unit“ bewährt, die schon seit 2005 fallbezogen solche Kooperationen zu örtlichen NRO's sowie zu Regierungsvertretern, der örtlichen Polizei und anderen Schlüsselpersonen, insb. Communityleadern, pflegt. Darüber hinaus unterstützen die High Commissions in Pakistan, Bangladesh und Indien Aufklärungsarbeit vor Ort.

Großbritannien, FMU: Finanzierung von Schutzunterkünften und Sensibilisierungsmaßnahmen

Mit dem Geld werden Projekte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit bei der Durchführung vielfältiger Maßnahmen wie bspw. Community Workshops, mobiles Theater, Vorträge, Plakate im öffentlichen Personenverkehr und Fernsehdebatten unterstützt. In Pakistan und in Bangladesh finanziert die britische Regierung zudem Schutzunterkünfte.

Good Practice aus Großbritannien,
s. Appendix I, S.71

Ein weiteres gutes Beispiel für eine berufsspezifische internationale Vernetzung gibt die NRO SSR in den Niederlanden und in Marokko:

SSR: transnationales Netzwerk

von Rechtsanwält/innen und Sozialarbeiter/innen
Das Netzwerk arbeitet mit marokkanischen Frauen und Kindern in den Niederlanden sowie in Marokko.

Good Practice aus den Niederlanden,
s. Appendix I, S.72

Die an den nationalen Arbeitsgruppen (1. Empfehlung) teilnehmenden Expert/innen und Institutionen können wichtige Ansprechpersonen in der transnationalen Kooperation in Fällen von Zwangsheirat sein.

Darüber hinaus können beim internationalen Austausch von Wissen und Erfahrung Parlamentsabgeordnete eine wichtige Rolle einnehmen, indem sie Gesetze so gestalten, dass diese Form der Gewalt entsprechend bekämpft wird und die Rechte der Opfer gesetzlich gesichert werden. Besonders die Zusammenarbeit mit Abgeordneten anderer nationaler Parlamente kann sicherstellen, dass Handlungsmöglichkeiten, Maßnahmen und Good Practices ausgetauscht werden, um so

Anregungen und Hilfe zu geben und zu bekommen, wie man die Gesetze, politische Programme im jeweiligen Land effektiver gestalten kann.

Empfohlene Maßnahme

28

Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die sich im Kampf gegen Zwangsheirat engagieren, sollten ein festes Netzwerk bilden.

Vorbild hierfür könnte das Projekt des Europarats „Parlamente vereint bei der Bekämpfung der häuslichen Gewalt gegen Frauen“ (2006–2008) sein, das die Parlamentarische Versammlung des Europarats in Zusammenarbeit mit den Mitglieds- und Beobachterstaaten sowie verschiedenen nationalen und internationalen parlamentarischen Versammlungen (vor allem dem Europäischen Parlament,

dem Nordischen Rat und der Interparlamentarischen Union) ins Leben gerufen hat.³²

Es kann vorkommen, dass von Zwangsheirat Betroffene im Aufenthaltsland nicht sicher untergebracht werden können. Eine sichere Unterbringung muss dann möglicherweise in einem Nachbarstaat gewährleistet werden.

Es ist daher notwendig, dass im Wege von bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen oder Kooperationsbeziehungen, die Unterbringung sowie der Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen im jeweiligen Partnerland sichergestellt ist.

Empfohlene Maßnahme

Die Sicherstellung von Unterstützungsleistungen für Betroffene in den Nachbarstaaten sollte durch multilaterale Vereinbarungen gewährleistet werden.

29

³² Europarat, Parlamentarische Versammlung AS/EG (2008) 27 23 June 2008: „Parliaments united in combating domestic violence against women: the results of the Council of Europe campaign and the outlook for the future“, <http://www.coe.int/t/pace/campaign/stopviolence>

Alle Mitgliedsstaaten des Europarates und der Europäischen Union haben internationale Abkommen, die auch das Thema Zwangsheirat betreffen, unterschrieben und ratifiziert. Damit sind die Staaten die Verpflichtung eingegangen, aktiv Schutz- und Vorbeugungsmaßnahmen gegen Zwangsverheiratungen zu ergreifen. Außerdem wird auf europäischer Ebene die Thematik Zwangsheirat seit einigen Jahren in den unterschiedlichen Gremien diskutiert und es sind bereits eine Reihe von Vorschlägen zu ihrer Bekämpfung erarbeitet worden. Hieraus lässt sich ein gemeinsamer Wille erkennen, die Problematik mit gezielten Aktionen und Strategien auch auf europäischer Ebene zu bekämpfen.

Die bisher ergriffenen Initiativen in den jeweiligen Ländern sind sehr unterschiedlich, einige Mitgliedsstaaten haben Aktionspläne, die zielgerichtete Maßnahmen auf der Ebene der Prävention sowie Intervention vorsehen und die bereits weitgehend umgesetzt wurden. Andere Staaten sind dagegen erst dabei, konkrete Aktionen und Maßnahmen zu entwickeln und zu implementieren. Neben den rechtlichen Instrumenten werden vor allem wirksame Präventions- und Interventionsangebote sowie zwischen den Akteuren abgestimmte Handlungsstrategien benötigt.

Das Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“ möchte mit den vorliegenden Handlungsempfehlungen dazu beitragen, dass sowohl auf nationaler als auch auf europäischer sowie internationaler Ebene, neue innovative Handlungsansätze entwickelt werden.

Hierfür bieten sich viele in der Praxis erprobte Maßnahmen und abgestimmte Vorgehensweisen innerhalb der Partnerländer als Impulsgeber an.

Darüber hinaus kann dieser Leitfaden als Matrix für die Überprüfung und Weiterentwicklung bereits bestehender Strukturen, Strategien und

Angebote auf ihre zielgruppenspezifische Wirksamkeit dienen.

Der Handlungsleitfaden verdeutlicht an einigen Stellen, dass eine wirksame Bekämpfung von Zwangsheiraten nur dann erfolgreich sein kann, wenn entsprechende Strategien in eine innovative Gleichstellungs- und Integrationspolitik auf europäischer Ebene eingebettet sind. Aus diesem Grunde erhoffen sich alle Projektpartner, dass die Ergebnisse dieses Projekt die weiteren Diskussionen in diesen Politikbereichen europaweit beflügeln.

Das Projekt hat zudem gezeigt, dass ein ausgeprägtes Interesse an einem internationalen Fachaustausch sowie an einer internationalen Kooperation vorhanden ist. Dieses wurde vor allem daran sichtbar, dass die Schweiz und die Türkei als assoziierte Mitglieder an dem Projekt teilnahmen und dass Vertreter staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen durch die die Konferenzen begleitende Medienarbeit auf das Projekt aufmerksam wurden. Das führte dazu, dass sich der Kreis der am dem Projekt und den Fachkonferenzen interessierten staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen stets vergrößerte. So besuchten beispielsweise Vertreter aus Norwegen die Fachkonferenzen in Istanbul und Amsterdam.

Das sind insgesamt gute Voraussetzungen, die gemeinsame internationale Bekämpfung von Zwangsheiraten auszubauen, wie sie der vorliegende Handlungsleitfaden empfiehlt.

Appendix I

Good practises from the Partners' Countries

IV

COOPERATION AND NETWORKING (II.2.2)

Austria: Internal Working Group on Forced Marriage of the Vienna City Administration

On the basis of the recommendations formulated in the study “Situation Report & Catalogue of Recommendations – Forced and Arranged Marriages in Austria with special account taken of Vienna”, a “working group on forced marriage” was established by the Executive City Councillor charged with women’s issues as an internal coordination and working group of the Vienna City Administration.

Timetable

The working group took up its activities in April 2007 under the aegis of Municipal Department 57 (Women’s Department of the City of Vienna).

By November 2008 the working group participants had conducted a total of eight working meetings.

During this period other governmental and extern institutions were invited to some working group sessions. These meetings served the purpose of exchanging experience and reflecting on existing cooperation activities.

Participants of the internal working group

The participants of the internal working group on forced marriage of the Vienna City Administration are representatives of municipal departments to which persons affected or threatened by forced marriage might turn to. These include Municipal Department 11 (Youth and Family Office), Municipal Department 13 (Education, Out-of-School Activities for Young People), Municipal Department 15 (Public Health Services of the City of Vienna), Municipal Department 17 (Integration and Diversity), Municipal Department 35 (Immigration, Citizenship, and Registry Offices), Municipal Department 57 (Promotion

and Coordination of Women’s Issues), the Vienna Children’s and Young Persons’ Representative, the Vienna Board of Education and the Vienna Women’s Health Programme.

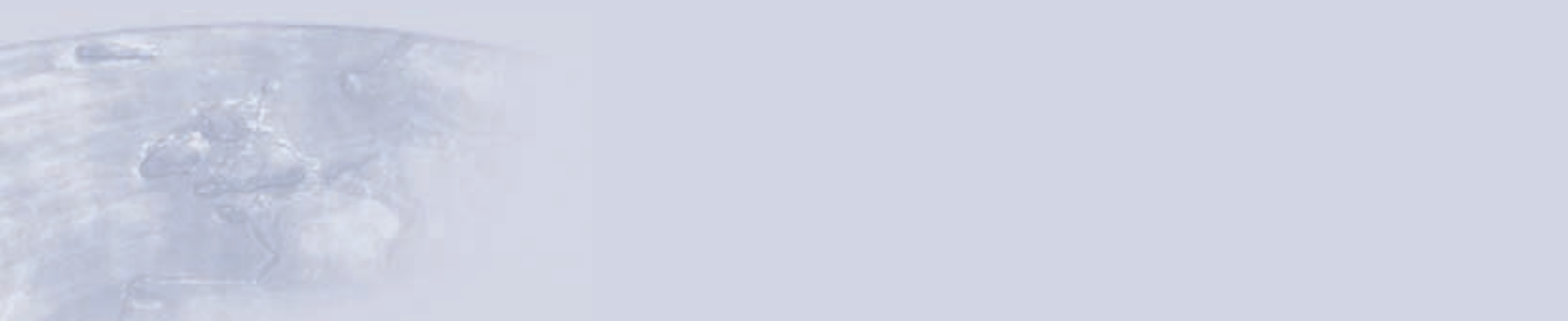
Objectives of the approach

The objectives of the working group followed the key recommendations of the study “Forced and Arranged Marriages in Austria with special account taken of Vienna”; above all, persons affected or threatened by forced marriage were to be provided with an optimised assistance and intervention network within the Vienna City Administration.

The working group was to agree on a definition of what constitutes a forced marriage, i.e. to clarify the outlines of the issue to be tackled. Instances of when the individual departments come into contact with the phenomenon of forced marriage were to be pinpointed, and the existing resources and expertise available within the Vienna City Administration were to be identified with the twofold objective of obtaining an overview and ascertaining which measures still need to be taken to be able to safeguard optimum support for persons affected or threatened by forced marriage. Moreover, the working group also set itself the task of planning and implementing a uniform statistical record of cases of forced marriage. In addition, action guidelines were to be developed to offer the staff of the respective municipal departments some basic orientation and help to enable them to react and intervene adequately and professionally.

Data collection

The study “Situation Report & Catalogue of Recommendations – Forced and Arranged Marriages in



Austria with special account taken of Vienna” likewise emphasised the importance of comparable data derived from fine-tuned, standardised and uniform documentation and data capturing. After some discussion, the members of the working Group agreed, when talking about cases of forced marriage, to distinguish between imminent and actually contracted forced marriages and to statistically record both these items. Of course there was awareness that multiple counts will happen and in fact are inevitable. However, the group agreed that the multiple counts to be expected would lose their relevance in view of the – certainly much higher – estimated number of (not reported or captured) cases.

Furthermore the working group was not solely motivated by obtaining concrete figures but mainly by creating awareness, greater sensitivity and actual “recognition” for the problem of forced marriage through documentation and data capturing.

Since 1 January 2008, the municipal departments and divisions represented in the working group have been statistically recording cases of “imminent forced marriage” and “actually contracted forced marriage” as the two applicable categories.

Action guidelines

Another important objective of the working group was to develop action guidelines to handle cases of forced marriage. These action guidelines were to provide some orientation that would provide the municipal staff faced with actual critical situations with help and greater reliability in tackling the problem, thus ensuring the best possible professional management of such situations. Due to the heterogeneous composition of the municipal departments participating in the working group with respect to their approach, mission and

competencies, it was realised that ONE set of action guidelines for all municipal departments is neither possible nor useful. Every department represented in the working group thus developed its own action guidelines, in keeping with the different intervention possibilities and specific requirements.

Sensitisation measures

Internal sensitisation within the individual municipal departments was attained simply by having working group participants communicate the topics and measures discussed in the meetings to their respective offices, thus informing their colleagues. Moreover, the development of action guidelines by the individual departments led to an in-depth confrontation of the issue of forced marriage. Statistical recording and the application of the action guidelines kept the issue of forced marriage in the field of attention; thus the sensitisation and, above all, learning process will continue in the future.

Through the working group, it was realised that the departments and divisions of the City of Vienna have already amassed a significant body of specialised knowledge and expertise relating to forced marriage. Each of the municipal departments represented in the working group has prepared a schedule of training programmes and lectures on its specialised knowledge for the various other departments involved; several of these internal training and sensitisation courses have already taken place.

Sensitising wide circles outside the Vienna City Administration is another major concern of the working group.

Service folder on forced marriage

Another awareness-creating measure envisaged by the working group on forced marriage is the

compilation of an information and service folder on forced marriage. The folder “Heiraten ohne Zwang” (Marriage without Constraint) is to promote awareness creation, information and sensitisation relating to this issue. It was developed for persons affected or threatened by forced marriage as well as for multipliers, contains thematically relevant information and lists key contact points in Vienna. The folder is available at municipal offices and institutions such as schools, youth centres, counselling points, etc. in order to reach the greatest number possible of multipliers and, of course, persons affected or threatened by forced marriage.

The future of the working group on forced marriage

Two or three networking meetings per year will continue to be held; it is also planned to invite other counselling points and institutions confronted with the issue of forced marriage as well as the working party on forced marriage for an exchange of expertise and to build new cooperation ties. Other desiderata include networking

and cooperation with representatives of the police and judiciary.

Target groups of the approach

The target group of this approach are primarily victims of forced marriage, who get in contact with various departments of the Viennese City Administration.

Moreover all participating departments are target groups of this approach because via the work within the working group they had to look into the subject of forced marriage and dispute on it respectively gain knowledge and new approaches.

Contact Person

Barbara Michalek
Head of the 24-hours Women's Emergency
Hotline of the City of Vienna
Phone: +43 (1) 4000 - 835 41
E-mail: barbara.michalek@wien.gv.at

COOPERATION AND NETWORKING (II.2.2)

UK: “Honour Network” (Karma Nirvana)

Karma Nirvana is an Asian men and women's project staffed by 18 volunteers, all of whom are survivors of forced marriage and honour-based violence. In 2008 the Forced Marriage Unit contributed funds towards the setting-up of Karma Nirvana's Honour Network Helpline

offering 24 hour advice for actual and potential victims of forced marriage.

Further information

www.karmanirvana.org.uk

GUIDELINES (II.2.3)

UK: Guidelines for Professionals (FMU)

The Forced Marriage Unit, in conjunction with relevant agencies and NGO's, has produced individual, single-volume practice guidelines for Police, Health, Social Work and Education professionals to follow when dealing with potential and actual victims of forced marriage. These guidelines outline the fundamentals of handling forced marriage cases, from recognising the symptoms, to dealing with victims, multi-agency working, and what to do if a victim has travelled overseas.

Under the Forced Marriage (Civil Protection) Act 2007, the government issued statutory guidance in November 2008 setting out strategic responsibilities of agencies in England and Wales

who may be involved with handling cases of forced marriage. The guidance aims to ensure a consistent and sensitive standard of service is being provided by all UK agencies with statutory duties of protection.

As of Spring 2009, officials are revising and up-dating the existing non-statutory practice guidelines for front line staff, which will be re-issued in a single volume later in the year.

Further information:

www.fco.gov.uk/en/fco-in-action/nationals/forced-marriage-unit/info-for-professionals

MEASURES TARGETED AT SCHOOL PUPILS (II.3.1.1)

Austria: School Workshops (Orient Express)

The association "Orient Express", is a specialised institution to fight the phenomenon of forced marriage. The association runs a women's counselling and service centre as well as a centre for various courses and classes. The staff members of the multicultural counselling team are also native speakers of clients' mother tongues. The clients thus assisted are migrants and their relatives, mostly from Turkey and countries from the Arabic-speaking region.

The association "Orient Express" has been focusing in particular on the problem of forced marriage by organising prevention, information and awareness creation measures. One of such a measure takes the form of school workshops in

order to reach potential clients before marriage. The school workshops of "Orient Express" take place at school, in the classroom, for pupils aged 13 to 18. The workshops are first agreed with the school and planned in consultation with the school or class teacher. For every group, one teaching unit of approx. 50 minutes is set aside for the workshop, although this may be extended to two teaching units. The number of participants should not exceed 20 to be able to discuss the issue within the group. The counsellors of "Orient Express" offer background information about the legal situation in Austria as well as about all facilities young people may turn to for assistance, drawing the youngsters' attention clearly

to the intrinsic link between forced marriage and violence.

“Orient Express” wants to strengthen the students’ inner capabilities to say no, even if they are exposed to massive pressure by their families. Positive examples are cited to highlight perspectives and possibilities for young people to shape their future for themselves.

The workshops comprise the following thematic areas:

- Forced marriage – background and traditional aspects
- What is forced marriage?
- Why do forced marriages happen?
- How are counselling sessions organised?
- How can forced marriages be prevented?
- What can you do if it actually happens?
What institutions can help you?
- How can you help yourself or a friend?

“Orient Express” provides the young people with information sheets of the various institutions and essential phone numbers. They are also given

stickers with the phone number of their counselling point to help them memorise the number.

These workshops allow policy makers to reach potentially affected young people (above all girls and young women) and their friends who can play an important role in supporting victims of forced marriages. The awareness of young people can be best and most lastingly stimulated through schools and youth organisations, i.e. environments where young people spend a lot of their time. Working with girls (and boys) before marriage is essential, since they have no clear understanding of the extent of the risk and consequences, and interventions are still “easier” in this phase. The best period for these workshops is before the summer holidays, when the question of marriage may acquire importance for families.

Contact

Orient Express

Contact persons: Sevim Gedik, Sibel Öksüz

Phone: +43 (1) 728 97 25

E-mail: office@orientexpress-wien.com

MEASURES FOR EDUCATIONAL PROFESSIONALS WORKING IN SCHOOLS (II.3.1.2)

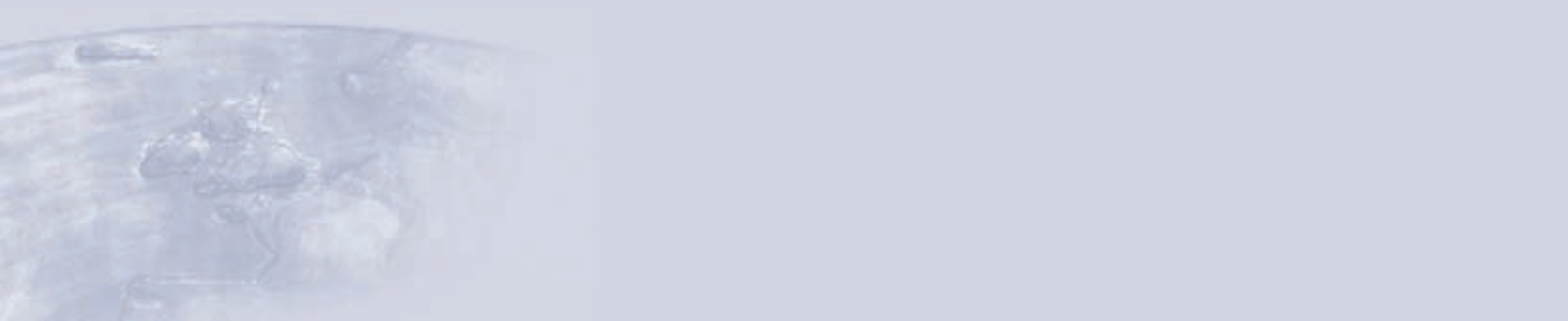
Sweden: A National Assignment against Honour Related Violence in Sweden

The regional county of Östergötland has since 2003 worked with an assignment from the Swedish Government, to work preventive against honour related violence including forced marriage on national level. Until 2008 has 13 million SEK been given out to these efforts.

The national effort mainly consists of contribution for financing projects, which are working all over Sweden. Until 2008 30 projects have been

granted. The projects are e.g. worked with trainings in the municipalities on forced marriage, but also changing of attitudes among young men.

The county of Östergötland also functions as a support in trainings and cooperation. There have been almost 100 trainings events every year since 2003. The priorities in the trainings have been concentrated on forced marriages in the field of honour related violence.



In the assignment from the Government the NGO's have an important role in the preventive work against forced marriages. The NGO's are always invited to take part in the trainings and NGO's also have their own projects on forced marriages.

As a result from the work in Sweden on forced marriages the authorities and municipalities have

become much better, when they meet young women who are exposed to forced marriages, even though the demand to get more knowledge is still big. An evaluation shows that even more education is necessary on honour related violence and forced marriages in the whole of Sweden.

MEASURES AIMED AT PARENTS/ INVOLVING MOTHERS AS IMPORTANT KEY PERSONS (II.3.1.3)

Austria: Mother-Daughters-Workshops (Orient Express)

(Excerpt of the documentation of the Daphne Conference in Vienna, March 27th 2008, p.60. <http://www.hamburg.de/eu-project/konferenzen>)

Parents

The association "Orient Express" has set itself the task of tackling a highly complex phenomenon here it was clear from the outset that prevention work would be extremely difficult. We want to prevent, eradicate and totally abolish forced marriages.

To combat ancient traditions and social norms is an extremely arduous endeavour. Escaping from a forced marriage does not only mean running away from a violent husband or father but also cutting the line with established customs, the entire family and even one's society as whole.

It is imperative for us to involve the parents and above all to win over the girls' mothers. Mothers, who often were victims themselves and now are about to become perpetrators, must absolutely be sensitised and strengthened to be able to better defend their daughters threatened by a forced marriage against the male family members.

To attain that goal, "Orient Express" has developed the workshop "Help! I don't want to marry yet!"

The workshop is designed for two target groups:

- girls (starting at age 13, as potential victims)
- women (mothers as "potential co-perpetrators")

How do we work with mothers?

Concrete examples and role playing are used to show clearly why this custom is a terrible form of violence.

It is stressed explicitly that the mothers should be at their daughters' side to give them moral support and courage. The mothers are informed about the legal situation.

How do we work with girls?

The girls meet to voice their problems with their families and with society, to speak about their wishes, dreams and hopes but also to express concerns and fears. We support and coach them in this process of awareness creation. We inform

them about the social background of this inhuman practice.

It is emphasised that forced marriage is not a game but in fact cancels a girl's whole childhood from one moment to the next. The girls are informed about institutions that can offer help, assistance and moral support.

While we probably cannot reach all women through this workshop, the association "Orient Express" does consider it a viable starting-point. Further workshops, meetings and discussions are necessary to win over more mothers to protect their daughters.

Additional workshops, meetings and discussions – also for potentially affected persons – are moreover necessary so that the association "Orient Express" can communicate essential information to these girls and strengthen their capabilities to put up resistance and say a decisive "no".

Contact

Orient Express
Contact persons: Sevim Gedik, Sibel Öksüz
Phone: + 43 (1) 728 97 25
E-mail: office@orientexpress-wien.com

MEASURES AIMED AT PARENTS / INFORMATION EVENTS (II.3.1.3)

Sweden: Save the Children (The "FUGA-Method" developed by Sonia Sherefay)

The FUGA-method is directed to parents who come from other countries and have children in the kindergarten or in primary schools. This education is mostly evening courses.

Facts

The method gives facts on Swedish legislation, the social law, bringing up children and the social life in Sweden.

Experiences

The participants have the opportunity to watch Swedish movies, read Swedish news papers and so on. Then they can give their opinions of their experiences.

Realization

The participants will now in their mother tongue write or describe their feelings, new

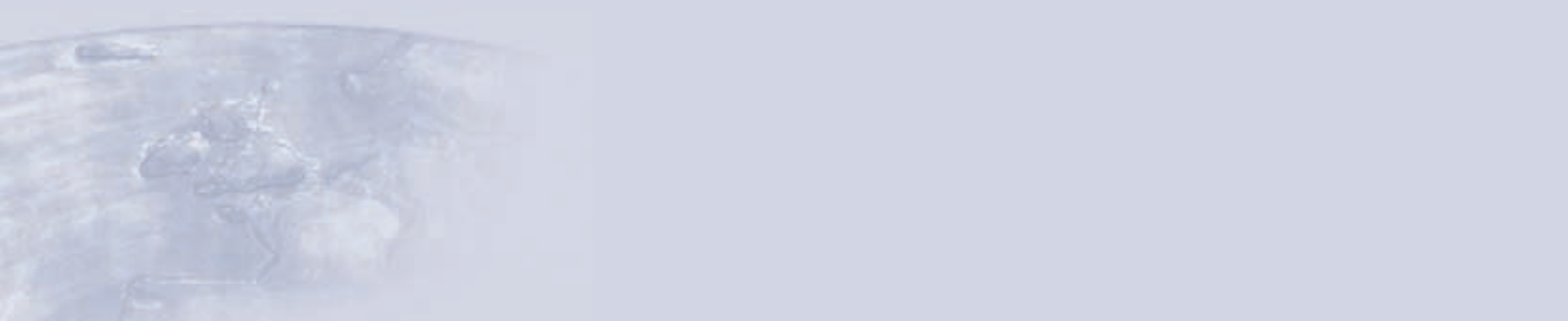
knowledge, values and the experiences they have achieved.

Analyses

Every theme ends with discussions about:

- What have been learned?
- How did we learn?
- Have the experiences empowered and enriched our knowledge?
- Have we got better understanding?
- Have we made own discoveries, own experiences?
- How do we go further?

This FUGA-method has been successfully worked with since 1997.



MEASURES AIMED AT PARENTS / SUPPORT FOR OPEN-DOOR INITIATIVES (II.3.1.3)

Germany: Parents Talk (Bavaria, Germany)

In Bavaria so-called “Parents Talks” have been established where numerous people from migrant backgrounds do volunteer work. The idea behind the “Parents Talks” is that parents give advice to other parents, they meet privately in groups and discuss questions related to bringing up children. The people leading these discussion groups are volunteers who have children of their own and who received training from professionals in 21 locations to enable them to carry out this task. The project has been coordinated by two voluntary organisations, and numerous towns and country areas have

been reached by the project. At the end of 2006, 62% of those taking part in the “Parents Talks” were migrants. This was due to the fact that the “social-work pressure“ was missing and those participating had no problems in opening their doors of their homes to others. Thus the service is open access, effective and a good example of meaningful prevention of forced marriage and for successfully involving migrants in volunteer work.

(Excerpt of the documentation of the Daphne Conference in Hamburg, June 13th 2007, p.61. <http://www.hamburg.de/eu-project>)

EDUCATIONAL MEASURES TO TRANSFORM TRADITIONAL ROLE MODELS (II.3.1.4)

Sweden: Work with Boys in Schools (NORMal)

Preventing violence by working with gender equality together with men and boys. The aim is to receive social justice. Girls and women are treated injustice in the society and NORMal works with getting a change.

NORMal works with changing men and masculinities in:

- Understanding gender and power

- Young masculinities
- Violence

Changing men and masculinities is possible. NORMal works with young boys from secondary schools. They go to camps and have trainings and discussions for starting up a process among the boys.

Sweden: Courses for Young Men (“Sharaf Heroes”, Fryshuset)

Fryshuset has within their organisation started up Sharaf Heroes; they focus on young men from patriarchal cultures. The work is mainly of a pre-

ventive nature, dealing with changes in attitudes. The main idea is to build a young network that works towards improving other young people’s

knowledge of human rights and thereby counter-acting honour related repression.

Sharaf Heroe's work is directed to young men from 17 years, who live within the honour culture. The aim is to change the young men's attitude through their own engagement.

Sharaf Heroes work in several cities in Sweden, and they are well known, as good examples in working with forced marriages.

Further Information

www.fryshuset.se

EMPOWERMENT STRATEGIES (II.3.1.5)

Turkey: Human Rights Education Program (HREP) for Women (Women for Women's Human Rights (WWHR) – NEW WAYS)

Women's Human Rights Education Program (HREP) was developed by Women for Women's Human Rights – NEW WAYS through a series of pilot applications between 1995–97, first in the shantytown areas of Istanbul, then in the South-eastern region of Turkey, in Diyarbakir, Urfa and Gaziantep. During this time, a number of training materials were produced, including a comprehensive 330 page trainers' manual, illustrated brochures on legal rights, sexual and reproductive health and rights, a video on domestic violence and sexual abuse in the family, and a series of research reports and books on the findings of WWHR's action research. In 2006 WWHR – NEW WAYS produced the "Purple Series", a 12 episode documentary TV series based on HREP about women's empowerment in collaboration with NTV, a leading Turkish TV station. The series telling life stories of participants of HREP and how they were able to change their lives in private matters and public spheres. Many of the women featured are victims of early and forced marriages.

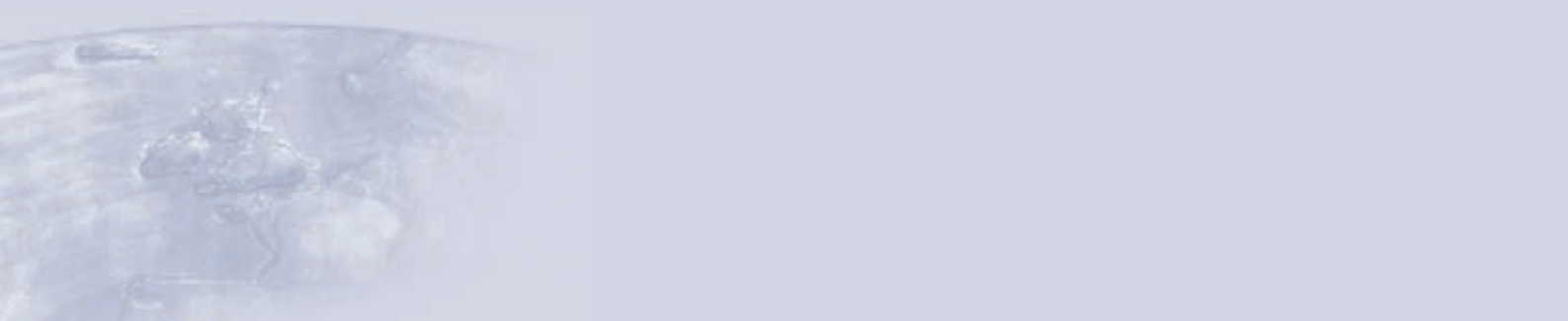
The "Purple Series" serves also as a visual resource and outreach tool on women's human rights.

Goals of the Program

The main hypothesis underlying this program is that: if women are given the opportunity to learn their rights and acquire the necessary skills to take action, they might begin to "do something" individually and/or collectively, such as speak out against an infringement of a right. This program aims to equip women for social change by helping them become "citizens" who hold the government accountable and who work as "partners" with other actors in civil society and the public sector towards meaningful participation in a democratic society.

The goals of the program are:

- a) to create awareness of global norms and national laws on human rights and women's human rights;
- b) to encourage social action leading to remedy of violations of women's human rights, as well as to promote greater respect and application of those rights by both the state and society;
- c) to fill the gap left by the limited efforts of the state in creating awareness and education programs on human rights and women's human rights.



Objectives of the Program

The main objectives of the program are as follows:

- To enable women to gain awareness of their rights as equal citizens;
- To support women in developing strategies for the implementation of their legal rights in daily life;
- To raise women's consciousness of how customary practices, i.e. "unwritten" laws, often limit or violate their rights;
- To provide basis from which women can discuss and create action plans to change these practices and written and unwritten laws;
- To create a safe environment in which women can share their own life experiences with one another and determine common and pressing problems in an atmosphere of solidarity;
- To enable women to view themselves as active individuals in the process of social change, at both local and national levels;
- To enable women to develop personal and collective grassroots organizational skills, which will assist them in mobilizing to confront the problems and needs they identify;
- To support grassroots organizing efforts developing between women.

Subject Matter

The Women's Human Rights Education Program consists of a minimum of 16 participatory workshops, in which a diverse range of issues is discussed depending on the specific needs of each local group.

The Workshops:

1. Greeting Session; Introduction of the Women's Human Rights Education Program; Needs Assessment
2. Women's Human Rights

3. Constitutional and Civil Rights
4. Violence against Women and Domestic Violence
5. Strategies against Violence
6. Women's Economic Rights – Section 1
7. Women's Economic Rights – Section 2
8. Communication Skills – Section 1
9. Communication Skills – Section 2
10. Gender Sensitive Parenting and Rights of the Child
11. Women and Sexuality – Section 1
12. Women and Sexuality – Section 2
13. Reproductive Rights
14. Women and Politics
15. Feminism and the Women's Movement
16. Women's Grassroots Organizing

Partnership with the General Directorate for Social Services

Since 1998, this program is being implemented with the collaboration of a Turkish governmental agency, the General Directorate for Social Services and Child Protection (SHCEK). WWHR – NEW WAYS has expanded the program to women living in different regions of Turkey through the Directorate's community centers. WWHR – NEW WAYS has conducted trainer training for the social workers of the community centers who in turn have started offering training to women at the community centers under close supervision and monitoring of WWHR – NEW WAYS. The cooperation proved to be very yielding. The partnership created the possibility for the sustainable and widespread implementation of the Women's Human Rights Education Program at the grassroots level. The first "trainer training" was held in Ankara which was followed by 5 more, the last one being in 2008. A total of 116 social workers have participated in the trainer training and 17 grass roots

organisations have formed in 12 provinces. Some of these organisations like Van Women's Association (VAKAD) and the Canakkale Association to Promote Women's Labour (ELDER) have become key actors in their communities and active members of the women's movement in Turkey.

Since the latest trainer training in 2008, the program has expanded to 42 provinces in 7 geographical regions of Turkey. The primary target group of the trainer trainings has been the social workers who work in the community centres. Besides the community centers, the program has also been held in other units of the General Directorate for Social Services such as women's shelters, girls' orphanages, kindergartens, and rehabilitation centers, and was also conducted after request with units of female police officers and health service personnel. In 2009 HREP will be implemented with female leaders of workers unions and female religious advisers as requested by the ministry of religious affairs in Ankara.

Approximately 6000 women and girls have so far participated in WWHR – NEW WAYS' Women's Human Rights Education Program and far more women and girls have been reached to information brochures and the Purple Series.

According to an External Evaluation Research on HREP conducted by an independent research team in 2002, the impact of HREP on participants is:

- 93 % of them have improved their self-confidence;
- 63 % have stopped domestic violence while 22 % have reduced it;
- 88 % became resource people in their communities;
- 74 % started participating more equally in decision-making in the family;

- 43 % started participating actively in the labor market;
- 72 % their husband's attitude and behaviour towards them changed positively;
- 54 % restarted their interrupted formal or non formal education;
- 90 % gained knowledge on their political, civil and economic rights.

Contact

Women for Women's Human Rights – NEW WAYS

Inönü Caddesi, 29/6 Saadet Apt, Gümüssuyu

Istanbul/Turkey (34437)

Phone: +90 (212) 251 00 29

Fax: +90 (212) 251 00 65

E-mail: newways@wwhr.org

www.wwhr.org



INFORMATION CAMPAIGNS / AWARENESS RAISING OF THE PUBLIC (II.3 .2)

Switzerland: Postcards (Zwangsheirat.ch – a Human Rights-based Programme)

“zwangsheirat.ch – ein Programm verankert Menschenrechte (a program to enshrine human right)” has published a set of postcards consisting of 8 different motives and individual statements, as an integral part of a multi-annual and differentiated task (activity) to raise awareness and do educational work in the public.

As information medium, postcards are suitable for pointing out different and complex set of problems. On the one hand you are able to show several connected aspects related with the issue concisely with one statement. On the other hand through the combination of illustration and lettering it is possible not only to combine but also to emphasize the messages. Furthermore through a deliberate selection of motives, statements and language you can address a diverse target audience, different groups within the (im-)migrant community as well as the respective majority society.

Concretely, postcards can be distributed to public authorities and administration, social workers, social organizations (institutions/services), teachers, tutors, students, migrant organizations, opinion leaders (key personalities) as well as the general public (on the street, on events). They not only serve for an immediate awareness raising by the stakeholders mentioned but also to undertake prevention work e.g. at school.

At the conception of the postcards “zwangsheirat.ch” get inspired by the exemplars from a Swedish (“Be a man, take care of your sister.”) and a German Project (“Honor is to fight for my sister’s freedom!”).

We had the claim to develop several differing postcards to reproduce the minority groups which are affected and to describe the different nature

of relationships and themes connected with it. We wanted to accentuate that people with different ethnic and religious affiliation can be affected and that in this set of problems a wide range of social and thematic aspects are playing a role: for example the concernment not only of women but also of men, the understanding between generations about free choice of partnership, forcing someone to stay in a marriage, the challenge of the 2nd and 3rd generation from different cultures to integrate, the respect among siblings and homosexuality. This plurality encourages reflecting carefully in a wide context about forced marriage in the Diaspora. In a differentiated sensitization work and awareness training the purpose always has to express the complexity of this set of problems.

Contact

Ylfete Fanaj, E-mail: y.fanaj@gmail.com

Marlène Schenk, E-mail: schenk.m@gmail.com

E-mail: info@zwangsheirat.ch

INFORMATION CAMPAIGNS / AWARENESS RAISING OF THE PUBLIC (II.3.2)

Netherlands: Hand in Hand against Forced Marriage (SPIOR and the City of Rotterdam)

SPIOR³³ is the umbrella organization of 58 mosques and other Islamic organisations (like youth and women's associations) in Rotterdam and neighbouring towns, in the Netherlands. SPIOR aims to promote the participation of Muslims in Dutch society. To achieve this, it develops projects and activities in fields like education, employment, empowerment of self organisations, and women's emancipation.

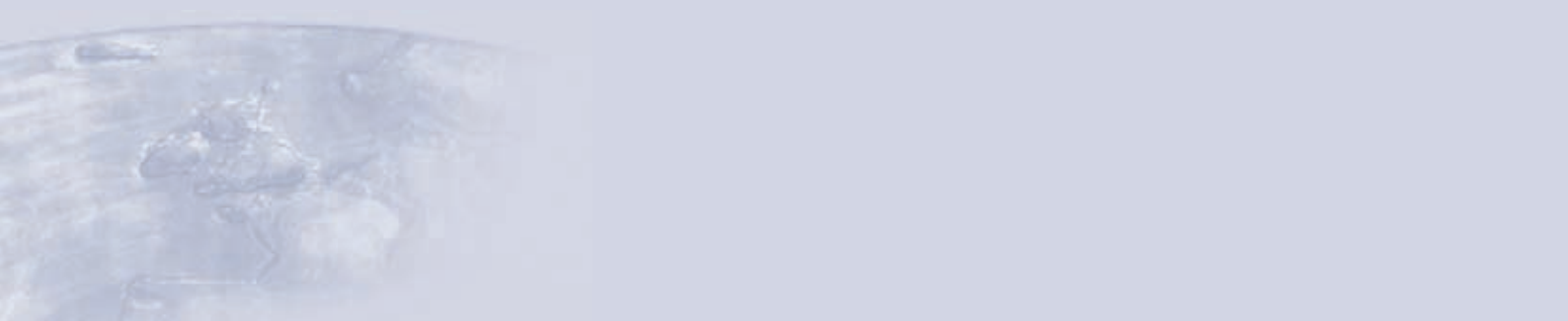
One of the issues that SPIOR addresses is the problem of forced marriages, a cultural tradition that is present also among Muslim communities. Though nobody knows exact numbers, it is known that forced marriages are still quite a common practice among certain ethnic minorities. It does not necessarily happen with physical force, but it is a more subtle process of psychological pressure and force from family and community. SPIOR noticed that especially previous to the summer holidays, Muslim girls run away from home out of fear of being forced into marriage while on vacation in their parents' country of origin. Having run away from home, they are faced with many problems. Often times, it is very difficult to return to their family and community. Further more, a lot of forced marriages end in problems and divorce, having severe negative effects for both partners (but especially the women involved) and any children.

That is why SPIOR started a project to prevent forced marriages among Muslim communities by educating people and raising awareness. In

SPIOR's approach the Islamic identity is used for this purpose. Though some Muslims think that the parents should choose their children's spouse, as an order of Islam, it is actually forbidden in Islam. A marriage is only valid according to Islam if both man and woman assent to it of their own free will. Though parents or other people may introduce potential partners to each other, they must always have the option to say "no". Furthermore, it is actually recommended that the man and woman involved get to know each other before making this decision. These and other aspects from Islamic sources are used to educate people and change cultural traditions that hinder especially women's emancipation. Another important aspect of SPIOR's approach is that the whole community is involved. The problem does not only affect girls, but also boys, fathers and mothers. An important theme is improving the communication between parents and their children about these and other issues, because the lack of effective communication between them is a large part of the problem. Also, imams and scholars are involved in the projects.

In 2004–2005 SPIOR implemented the project "A woman's right is in her own hands" ("Het recht van de vrouw ligt in haar eigen hand"). During this project, a conference for Muslim girls was held (with about 125 participants from all over the country) and ten meetings for parents (with more than 600 participants). All participants wanted more meetings about the subject. Furthermore, SPIOR was asked by Muslim boys

³³ The Dutch abbreviation for Foundation Platform Islamic Organizations Rijnmond; Rijnmond is the area of Rotterdam and neighbouring towns.



and professionals working with young people to organise meetings for them as well. Based on these results, SPIOR started a new project on the subject in September 2006, called “Hand in hand against forced marriages” (“Hand in hand tegen huwelijksdwang”). During this project, which runs until the end of 2007, four meetings for Muslim boys were organised (with information and discussion) as well as two discussion meetings for Muslim girls and boys together, and six meetings for Muslim parents and youth together are being organised at the moment. Also, SPIOR organised five meetings about the subject in other parts of the country, in cooperation with local partner organisations. The project was closed with a conference for professionals who are confronted with forced marriages in their work. At the conference, a publication

‘Hand in hand against forced marriages’ was presented with explanations and recommendations for a broad public, the muslim population in the Netherlands. This publication is translated in English, French, German, Spanish, Italian, Turkish and Arabic and will be spread out with help of an European Muslim network all over those countries to raise awareness.

Contact

Teilingerstraat 122, Postbus 3031
3003 AA Rotterdam, Nederland,
Marianne Vorthore, E-mail: m.vorthoren@spior.nl
Phone: +31 (10) 466 69 89
Fax: +31 (10) 466 62 79
www.spior.nl

INFORMATION TARGETED AT (NEW) IMMIGRANTS – AN IMPORTANT INTEGRATION POLICY APPROACH (II.3.3)

Austria: Welcome Packages “Welcome in Vienna” (Vienna)

The City of Vienna aims to help all new immigrants in getting a good start in Vienna. Getting started is often difficult. Getting started in a new country and a new city can be even more difficult. That is why the City of Vienna has been offering a welcome package as a special form of support since the year 2002. It is sent automatically to new immigrants who got their first residence permits from the Municipal Department for Immigration, Citizenship and Registry Offices.

This welcome package provides useful information to all immigrants and supports them in their first integration efforts but it also offers the opportunity to communicate to newcomers

Austrian legal standards, local norms and values. Information on their rights as well as on expectations they will be confronted with is seen as a fundamental prerequisite for the facilitation of the integration process of newcomers.

The package consists of three parts

Welcome Folder: It includes a welcome letter from the Mayor and the Executive City Councillor for Integration, a city map of Vienna and several folders. In a total of 10 chapters the Welcome Folder contains relevant information about working, living, traffic, social insurance, child care, school, health, equal rights for women and

men and contact addresses of consultation centres, other important institutions and offices.

A separate chapter provides all newcomers with additional information on women's rights and services for women which have not been addressed in other chapters. This chapter contains clear statements about the equality of women and men in all spheres of society, the equal role of women and men in partnerships (also with regard to child-care and housekeeping tasks) and the prohibition of all forms of domestic violence. Women and girls are encouraged to know their rights and to make their own decisions in life. A list of advisory facilities and associations providing services particularly for migrants and offering multilingual counselling on a broad range of topics such as legal matters, social issues, psychology, education, or the labour market is part of this chapter which is aimed to empower female immigrants.

The Welcome Folder is a practical reference work that can be used for all questions concerning the everyday life in Vienna. It is published in the languages most frequently spoken by newcomers in Vienna: Arabic, Bosnian/Croatian/Serbian, English, German and Turkish.

Orientation Talks: The Welcome folder also includes an invitation to an orientation meeting. New immigrants can receive information in small

groups in a pleasant atmosphere, get answers to their individual questions, and obtain help. These meetings are held by people who immigrated to Vienna themselves. Therefore they know the questions and problems newcomers have to deal with from their own experience.

There are specialised orientation talks for women which are carried in collaboration with women's NGO's and the "waff – Vienna Employment Promotion Fund". Child-care is offered to allow as many women as possible to participate and be informed about women-specific issues and support.

Magazine "Welt & Stadt": The magazine "Welt & Stadt" offers information on important issues such as further education, language courses, health care and leisure time facilities in Vienna.

There will be some changes in the arrangement of the welcome package in near future. The orientation talks will be replaced by individual mentorings (Begleitung) for new immigrants.

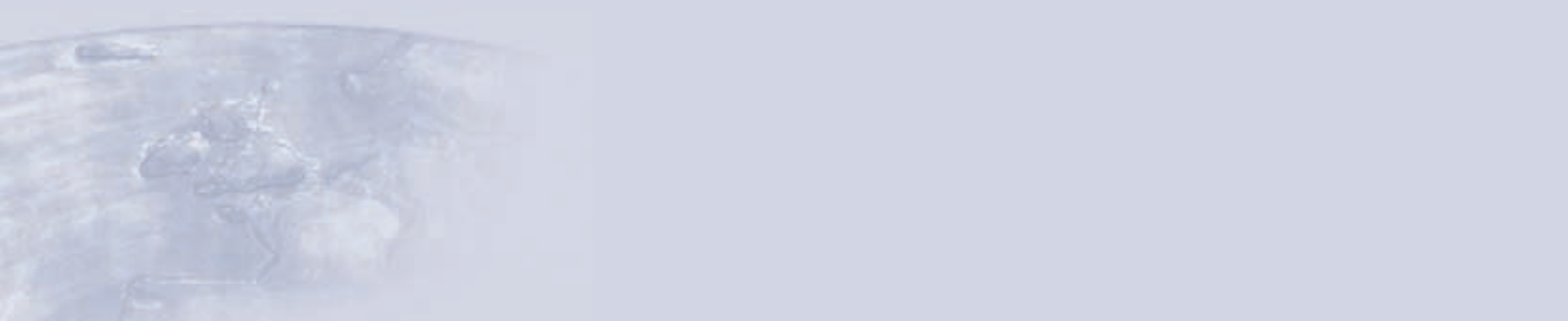
Contact:

Municipal Department 35 (MA 35)
– Immigration, Citizenship and Registry Offices
Contact person: Elisabeth Assmair
Phone: +43 (1) 4000 - 350 19
E-mail: service@ma35.wien.gv.at

FURTHER POSSIBLE MEASURES FOR INTEGRATION (FROM SWITZERLAND)

- Integration from the beginning in form of a welcome culture and reception package for new residents. Systematic informations with a welcome package as for example in Vienna. This package include informations about rights and

duties as habitant and many other useful facts about education, advanced trainings, professional progressing, housing conditions, assurances, cultural and association offerings as well as residence authorisations.



- Acquisition of language for communication and self-realisation
- There should be enough and good courses for different target groups.
- The right of free partner choice can be also a class issue in language and integration courses.
- Empowerment and support of migrant organisations, especially opinion formers
- Opinion formers have a specific know-how and their engagement against forced marriage is important for authenticity. These persons are also important for a better awareness training and prevention work.
- Accept and advance human capital for a better labour market integration and professional mobility for a higher independence in according to the diaspora community
- Anti-discrimination projects against xenophobia and racism to ameliorate the multilateral integration process. Protection for discrimination and right for equal treatment is also important for medias.
- Right of residence and the right of return for persons who are affected of forced marriage.
- A good protection is naturalisation. That's why the naturalisation for the second and third generation should be facilitated. And in general no discrimination in giving residence authorisation.
- For the family reunion a minimum age of 18 years for husbands as the general minimum age for marriage should be. There has to be equality before the law.
- For a balanced living composition and against the formation of ghettos a controlled living policy is necessary

In the whole a progressive integration policy should contain measures for equal starting chances, equal access to work, habitation and health, equal rights and responsibility and equal participation. In this perspective integration is a cross-sectional task. In analogy to gender mainstreaming we have to reach an integration mainstreaming.

INTERCULTURAL COUNSELLING PROVISIONS (II.4.1)

Germany: Two Intercultural Counselling Services for Migrant Victims of Domestic Violence and Forced Marriage (i.bera und LÂLE) in Hamburg

The Ministry for Social and Family Affairs, Health and Consumer Protection in Hamburg is funding two intercultural counselling services for migrants affected by domestic violence and forced marriage within the scope of the implementation of the Hamburg action plan to combat forced marriage and the integration action plan for migrants. This service is offered by two integration centres in Hamburg, hereby ensuring easily

accessible counselling to the target group. The service is targeted at minors and adult women and men from an migrant background, who may be foreign or German nationals and who are victims of domestic violence or affected by a threatened or actual forced marriage. The service offers individualised culturally-sensitive counselling in the client's own language and is voluntary and free of charge.

Besides individual counselling and crisis intervention, information is given regarding the legal, medical and therapeutic possibilities available. Working together with the victims, means and perspectives are developed to lead the victims out of a spiral of violence and subordination towards a self-determined life. The service is accompanied by empowerment training for victims where their self-confidence and self-esteem is strengthened, thus enabling them to maintain a self-determined lifestyle.

Both counselling facilities also offer training programmes specifically organised for education professionals in schools, youth work professionals and staff from other counselling agencies. The aim is to provide professionals from other agencies with reliable practice guidance in dealing with the specific problems of the target group, so that they can quickly assist and cooperate according to their respective responsibilities.

A further important field of activity is the establishment and development of existing and new regional and national cooperation structures

by means of intensive cooperation with the respective youth authorities and youth work agencies, refuges and counselling services within the voluntary sector.

In addition, both services within the scope of implementing the Hamburg Action Plan to Combat Forced Marriage are organising themed discussion evenings on the issues of domestic violence and forced marriage for the general public, in order to raise awareness for the problems faced by the target group.

Contact

Interkulturelle Beratungsstelle LALE in der IKB e. V.
Rendsburger Straße 10, D-20359 Hamburg
Phone: +49 (40) 72 96 32 - 26 / - 25
E-mail: lale@ikb-frauen.de

Interkulturelle Beratungsstelle i.bera
Hospitalstraße 109, D-22767 Hamburg
Phone: +49 (40) 238 55 83 23
E-mail: i.bera@verikom.de

INTERCULTURAL COUNSELLING PROVISIONS (II.4.1) AND REFUGES / HOUSING PROJECTS (II.4.2)

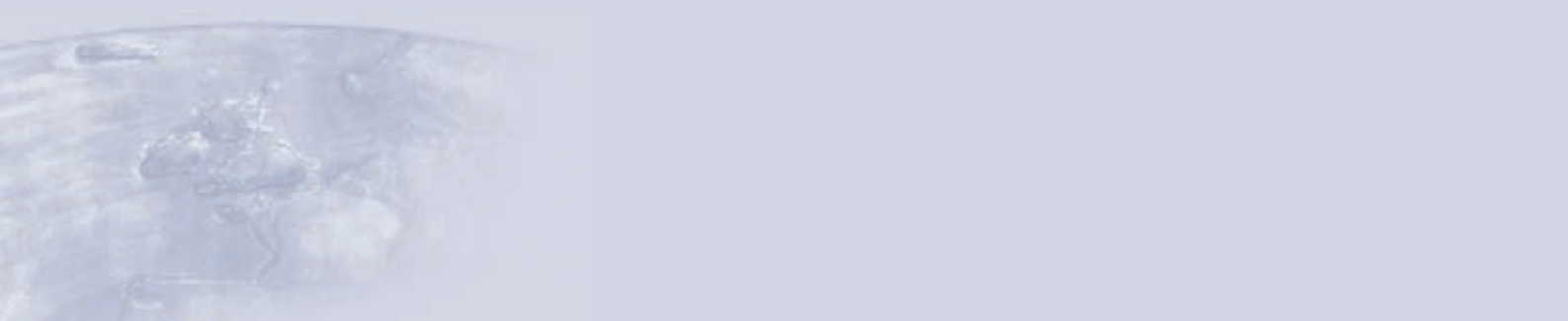
Sweden: National Telephone hotline and Shelters in Sweden (ROKS)

The Swedish Government has created an action plan, how to deal with honour related violence and forced marriages. This action plan orders how the Swedish authorities and NGO's shall work in the field honour related violence.

There is a national hot-line Kvinnofridslinjen, where women who are subjected to violence and threats get support and help. This national hot-line

gives advice where women can get safety housing, help with interpreters and contacts with authorities such as police, social service etc. Kvinnofridslinjen also support women who suffer from honour related violence.

The national organisation for women's shelters and young women's shelters in Sweden, Roks was established in 1984. Roks is the largest



organisation in Sweden working with men's violence against women and children. Roks has 100 shelters as members in their organisation, all NGO's. One important task for Roks is to provide further education to the shelters' members through seminars and weekend courses. Every shelter meet women who are subjected to honour related violence, and among Roks' shelters there is one shelter Terrafem, which works only with women, who are suffering from honour related violence. Terrafem has five specialized shelters, and they give support for migrant women of all ages. At present they give support and advice in about 43 languages. Terrafem offers a place of refuge for women and can also give legal advice in about 25 languages. Terrafem has a national helpline.

The Women's Network is a specialized counselling and protecting organisation. They can offer counselling and safety housing for women and young women, they work together with the social service and other NGO's. They have foster families for the help seeking women.

Somaya a NGO is a member of SKR. They give help and support for migrant women. The women

working at Somaya are muslim women, and they give help and support in nine languages.

Gryning is a counselling centre in Gothenburg. They give help and support to women of all ages who are subjected to honour related violence. They are specialized in giving help to minors. Gryning works close with authorities, and is financed by the municipality.

All these mentioned organisations are all together a big network. This network works together on all levels in Sweden. The network also works close with authorities such as the police, social service and the health care.

In the Nordic countries there is a good cooperation between the different countries. The Nordic countries have special agreements for working together. And often when a woman from Sweden has to move to another country, it is quite easy to support her to move to another Nordic country. She gets the same help at the shelters, which mostly are NGO's, and the cooperation is functioning with the authorities.

REFUGES / HOUSING PROJECTS (II.4.2)

Germany: Shelter for Girls and Young Women with a Background of Migration (PAPATYA)

PAPATYA, an anonymous crisis and transitional center in Berlin was founded in 1986. PAPATYA offers protection and help for girls and young women who have fled from home as a result of family conflicts. PAPATYA can provide immediate intake and round-the-clock-service at a secret address.

A team of Turkish, Kurdish and German social workers and a psychologist takes care of the girls.

PAPATYA takes in girls aged 13 to 21 years. Admission into the crisis center occurs according to KJHG. The girls can stay for a transitional period of up to two months, in individual cases longer. PAPATYA can shelter up to 9 girls at a time, about 60 come every year.

PAPATYA is a small NGO, the main funding is provided by the City of Berlin.

The staff is taking the girls' side, but also stimulating contacts with the family. It centres on the wishes of the girls, but takes their ambivalence concerning their family into consideration. It uses the self-support potential of the girls group and offers all-round support concerning medical, judicial, financial and educational issues in order to build up a starting point for a better future for the girls. Apart from safety, the empowerment of the girls is an important aim. Each girl is encouraged to search for her perspective on her life, her past and her future and is supported to make her voice heard. Papatya's concept of an only-female place with strict curfew regulations is suited to soothe the parents' fears and to support the possibility for family talks. During the stay at Papatya an assessment of the danger posed by the family is made and expertise is available for the long-term placement of the girls.

In addition to the shelter, Papatya offers internet counselling in Turkish and German since about 5 years (virtual counselling center SIBEL).

Experience shows the internet to be an anonymous, low threshold approach, which opens doors into the support system, especially for young women who are being fenced in by their families.

Who can turn to us?

- Girls under threat from honour related violence
- Girls faced by an arranged or forced marriage
- Girls who fear being sent back to the countries of their parents
- Girls suffering from abuse or sexual violence
- Pregnant girls
- Girls in need of a safe refuge.

Contact

Jugendnotdienst, Mindener Str. 14, D-10589 Berlin

Phone: +49 (30) 61 00 62

E-mail: info@papatya.org

www.papatya.org

Internet Counselling: SIBEL, E-mail: beratung@papatya.org

STRENGTHENING VICTIM'S RIGHTS IN THE COURTS (II.4.4)

Austria: Free-of-charge Psychological and Legal Assistance

during the Penal Trial – Description of the approach/taken measures

In Austria, certain victims of violence are entitled to **free-of-charge psychosocial and legal assistance during the penal trial** (§ 66 Abs. 2 of Penal Code). This measure is aimed at reducing the stress suffered by victims of violence during criminal proceedings. Support is to be individually fine-tuned to each victim's needs; this can be achieved through close co-operation between psychosocial and legal assistants.

Psychosocial assistance during trials includes:

- Information about possible legal steps and procedures, compensation for damages and other claims, and rights and responsibilities in a criminal proceeding
- Support in deciding whether to report the act to the police or not
- Accompaniment to the police, to court, to lawyers and to legal experts (gerichtliche GutachterInnen)

- Coordination with all relevant persons and institutions, e.g. lawyers, youth welfare office, etc.

Legal assistance during trials includes:

- Legal advice by a lawyer
- Legal representation (Rechtsanwaltliche Vertretung vor Gericht)

The following persons have a legal title to psychosocial and legal assistance during the trial:

- victims of sexual and violent offences, victims of “persistent pursuit” (Art. 107a of Penal Code) and victims of “threatening serious bodily harm” (“Gefährliche Drohung”, Art. 107 of Penal Code). The offence must have been committed with intention;
- close relatives (e.g. parents, children, spouses, partners, brothers and sisters) of a person, who was killed by a criminal offence and
- other relatives (e.g. cousins, nieces, nephews) who have witnessed the homicide.

The entitled persons have to be informed about the conditions of psychosocial and legal assistance and about institutions that offer this support right before their first police questioning. Moreover they have to be informed if the public prosecutor stops a proceeding and abandons prosecution and they have to be informed ex officio about the release of the suspected person(s) before the court decision at first instance.

The costs of the legal and psychosocial assistance are borne by the Austrian Federal Ministry of Justice. The Austrian Federal Ministry of Justice concludes contracts (so called “Förderverträge”) with victim protection institutions who offer psychosocial assistance and pays the lawyers who offer the legal assistance.

Objectives of the approach

Traditionally criminal proceedings are focused on the perpetrator and focused on proving his guilt or innocence. Beginning with the year 1987 a series of measures to improve the legal position of victims were introduced in Austria. This took account on the fact that court proceedings constitute an especially stressful and difficult experience for victims of violence, which necessitates a sensitive and respectful approach.

The whole process going from the decision to make a report at the police to making this report and going through the penal or civil proceeding is mostly connected to immense fears and insecurities. Persons affected by forced marriage in particular need all the measures offered by legal and psychosocial assistance in order to minimise the feelings of insecurity triggered by the criminal trial and the stress of being once more confronted with the experience of violence.

With the implementation of legal and psychosocial assistance the Austrian legislator enforced the active role of victims in a criminal proceeding and so tried a compromise between public prosecution and victim support.

Legal and psychosocial assistance must work in the area of conflict between victim support and public prosecution. Institutions, working in the field of victim support, must approach the realities of criminal proceedings, authorities working in the field of justice must use new measures to improve the legal position of victims and to deal with their exceptional circumstances.

Target groups of the approach

The target groups of this approach are primarily victims of violent offences. Other target groups of the psychosocial and legal assistance are legal authorities as the police, the public prosecutor and

judges. They have to ensure that victims are treated according to their rights within the instrument of psychosocial and legal assistance. Of course also victim support and counselling centres offering the psychosocial assistance and lawyers offering the legal assistance are target groups.

Contact

Barbara Michalek
Head of the 24-hours Women's Emergency
Hotline of the City of Vienna
Phone: +43 (1) 4000 - 835 41
E-mail: barbara.michalek@wien.gv.at

STRENGTHENING VICTIMS' RIGHTS IN THE COURTS (II.4.4)

UK: Proposal for further discussion of the legal situation: "Civil Protection Act"

The Forced Marriage (Civil Protection) Act 2007 came into force in November 2008. The aim of the Act is to enable the family courts to prevent forced marriages occurring and to stop attempts to force another person into marriage. Where a forced marriage has already taken place, the court will be able to make orders to protect the victim and help

remove them from the situation. Under the Act, the family court will be able to make a Forced Marriage Protection Order. Each Order will contain terms that are designed to protect the victim in their particular circumstances. The Act also enables the court to respond to emergency situations by making orders without notice to the respondent(s).

UK: INTERNATIONAL ACTIVITIES / CONSULAR ASSISTANCE FOR VICTIMS (II.5)

Case Study/Consular Assistance (FMU)

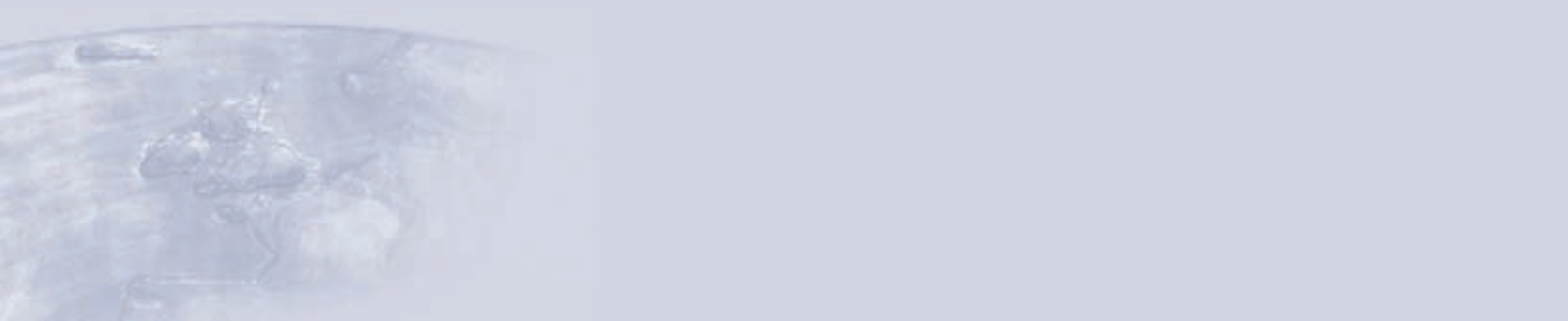
A case study illustrating the work FMU and staff in our overseas missions do follows:

On Monday, the Forced Marriage Unit was contacted by Kevin, 23, who was worried about his 19 year old girlfriend, Sameena.

According to Kevin, Sameena had been taken to Pakistan after her parents had learned about her relationship with him. He knew all along that they disapproved of her going out with a white boy, but didn't think she would end up being taken out of the country. Kevin told FMU that Sameena's parents tricked her into believing

she was visiting a critically ill relative. Apparently her passport was taken off her before she left, and Kevin was worried that she was about to be forced into a marriage. Sameena was taken to Pakistan two days before Kevin called the FMU.

Kevin was particularly concerned about Sameena as she had a history of depression and self-harming. She was diagnosed as having schizophrenia and had been taking medication. Kevin was also worried about the possibility that Sameena could be pregnant.



Unfortunately, Kevin didn't know where Sameena was staying in Pakistan nor did he have a contact number for her. All he knew was that it was a small village near Mirpur, a three hour drive from Islamabad. He did, however, know the name of Sameena's father, who had a business in the region and owned a house there.

After speaking to Kevin, the Forced Marriage Unit confirmed that Sameena was a British citizen and contacted the High Commission in Islamabad. This happened on Tuesday morning.

On Wednesday, High Commission staff contacted the FCO's Honorary Consul in Mirpur. He told them that he was familiar with the name and could provide a location for the house.

Given the potential severity of the situation, High Commission staff decided that a welfare check on Sameena was necessary. Her medical condition, and the possibility of her pregnancy, all suggested that she may be particularly vulnerable. By now it was Thursday. High Commission staff planned to drive to Mirpur the following Monday.

On Thursday afternoon, the High Commission contacted local police in Mirpur to ask for an escort for the welfare check. Relations with the local superintendent are good, owing to efforts on the part of the High Commission, and they agreed to provide the escort.

High Commission staff arrived in Mirpur City at midday on Monday. The team was made up of a driver, the UK-based Head of Assistance Unit, and a locally-engaged member of the Assistance Unit who speaks Urdu. The car contained a satellite phone, camera, medical kit, drinking water, tissues and sick bags. The case file, containing all available information, was also taken. Accompanied by the police escort, the team arrived at the house, a short drive outside of Mirpur City.

The father answered the door, and agreed to allow the team in to see his daughter. Leaving the police outside, the team went inside. A number of the extended family were present, but it was easy to identify Sameena from her passport photo. A mixture of English and Urdu was spoken, and the team were able to get Sameena into a room by herself, where she could speak freely, away from the pressure of her family. She told the team that she had indeed been pregnant with Kevin's child but that she had been forced to have a back-street abortion. Her marriage had been planned for the following Friday, when she was to be married to her father's cousin, a man 20 years her senior. Because of a lack of medical facilities, she had been unable to take the medication required for her schizophrenia and had been suffering from panic attacks. She was terrified of getting married, and wanted to leave the family home with the High Commission staff.

Because Sameena was afraid of what her father would do if she left with the team, she arranged to meet them in an hour at a local market. As the team left, she told them loudly that she was fine in Pakistan and that she was not being forced into a marriage. An hour later she met the team at the market, and they returned to Islamabad.

As they were travelling back to Islamabad, the team arranged for a bed to be reserved at a local refuge which is partly funded by the High Commission. The refuge has a qualified physician who was able to help Sameena, both with any side-effects from her abortion and with obtaining the correct medication for her schizophrenia. The refuge was also able to provide counselling and emotional support.

It was now Tuesday. With Sameena safely at the refuge, the High Commission staff began to make the necessary arrangements for her to be

repatriated to the UK. Unfortunately Sameena did not have her passport with her, so an emergency one was issued. Nor did she have any money with her, and can't pay for the flight to the UK.

Luckily, Kevin was able to find the £300 needed for Sameena's return flight, and he transferred it to the FCO. The High Commission booked her a flight back to the UK for Thursday. Kevin confirmed that he was also able to support and house her on her return. The High Commission arranged for social workers at Heathrow

Travel Care to meet Sameena when she landed at Heathrow and to accompany her to a meeting point with Kevin.

High Commission staff contacted FMU to inform them of plans for Sameena's arrival. FMU made contact with Sameena following her return and were able to put her in touch with NGO's in the UK with experience of dealing with victims of forced marriages. They were able to provide her practical advice and emotional support as she started to move on with her life.

INTERNATIONAL ACTIVITIES / INTERNATIONAL COOPERATION AND EXCHANGE OF KNOWLEDGE (II.5)

UK: Funding of refuge and awareness raising project abroad; Overview of funded activities (FMU)

The FMU has provided £70,000 over two years for our High Commissions in Pakistan, Bangladesh and India to take forward projects to publicise the work that they do.

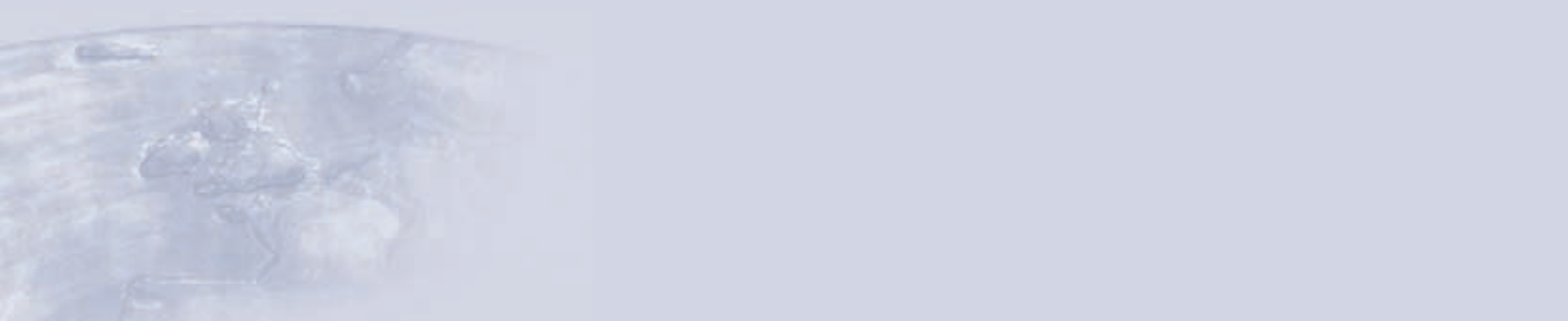
In Pakistan, consular staff have:

- built up excellent relations with a local human rights NGO – SACH. The refuge not only provides a range of services for victims of domestic violence, including refuge, it also conducts its own outreach work. We have worked closely with them on a series of projects, including public debates and anti-forced marriage advertisements on buses and local television.
- built strong relationships with Government officials, local chiefs of police and community leaders across Pakistan to improve their understanding of the issues surrounding forced marriages and the work of the High Commission.

- begun co-operating with Geo TV to organise a televised debate in Mirpur, from where most of our cases originate. This will bring together members from across the community to debate the issues of forced marriage. It will also be televised in the UK.

In Bangladesh, consular staff have:

- held a series of road shows across the country to raise awareness about the issue of forced marriage and the assistance that we offer. The road shows brought together members of the public and professionals, including police, imams, and local mayors, and also incorporate street theatre.
- collaborated with the Bangladeshi National Women Lawyers' Association (BNWLA) to provide safe refuge for British victims of forced marriage



- built strong relationships with the local police and government offices in Sylhet, where 97% of the cases originate from.

In India, consular staff have:

- teamed up with a UKvisas initiative on secure migration to the UK to raise awareness about the assistance they offer.
- begun planning a larger event to bring together NGO and Government contacts and have produced posters on forced marriage, which have been placed in High Commission waiting areas as well as in visa issuing offices around India.

The British Government funds refuges in both Pakistan and Bangladesh. The refuges provide safe accommodation in which victims of forced marriages can stay while awaiting repatriation to the UK. They are also able to provide counselling and medical care where necessary.

In **Islamabad, Pakistan** SACH runs a refuge which can house between 15–20 people at any

one time. Young women in need of emergency accommodation stay in the refuge for 2–3 days on average. In the period April – September 2008, the High Commission placed 20 people in this refuge – 18 females, 1 male and 1 minor. SACH provide counselling, medical assistance and help with legal issues. They will also accompany victims to appointments at the High Commission and to the airport. The High Commission provides £20,000 per annum towards SACH's running costs.

In **Dhaka, Bangladesh** victims of forced marriage can be placed in a 3-bedroomed flat in a secure and anonymous residential block. This refuge is not yet able to provide counselling services, but does have a live-in housemother as well as a car and driver available to take victims to the airport or outside appointments as necessary. The average stay at the refuge is between 2–3 days and approximately 15 girls have been placed there since its opening in March 2008. The High Commission provides £5,763 per annum to the refuge.

INTERNATIONAL ACTIVITIES/INTERNATIONAL COOPERATION AND EXCHANGE OF KNOWLEDGE (II.5)

The Netherlands: The transnational organisation SSR in The Netherlands and Morocco

The NGO SSR (Stichting Steun Remigranten, The foundation for Support for Return migrants) foundation offering support for returning migrants in Morocco, works in the Netherlands and in Morocco. In The Netherlands the foundation office is located, whereas in Northeast Morocco an helpdesk is located where most of the juridical and social problems are handled which return-migrants face.

The SSR foundation “discovered” the problem of women and children who have been left behind as a structural problem and were able to put it on the political agenda. Each year, about 80 women and children, living in the Netherlands, are left behind by their husbands and fathers who take their residence permit and passport and leave for The Netherlands. Most of them are in poor

conditions because the husband and father refuse to pay alimention. Those women try to get a divorce and need juridical support in Morocco but also in the Netherlands from lawyers to continue their residence permit. SSR support those women in Morocco and in The Netherlands.

Besides, SSR is active to inform Moroccan women about the Moroccan family legislation. In 2004 the family law in Morocco has been reformed. To explain these reforms to Moroccan migrants in the Netherlands a special workgroup is active, the Moudawwanah workgroup, in which SSR is participating. This workgroup organises lots of activities, especially teaching and informing women about the new family law.

Dealing with those social and juridical problems, SSR started a network of lawyers and other people (in social care) working with Moroccan women and children in the Netherlands and in Morocco. The starting point is womens' rights. A meeting of this network is organised twice a year. A newsletter with information and a list of participants is published. Recently an expert meeting has taken place in Morocco in the north with Moroccan lawyers, Moroccan members and activists of the women's movement and social care workers. There will be another two expert meetings, in the west and in the south.

With this network and the helpdesk of SSR in the north of Morocco, there is a network of juridical and social support, in Morocco and in the Netherlands, in connection to each other. A Moroccan woman or girl in the Netherlands, forced to marry or threatened to be abandoned, mostly during holidays, can get support from this network. When they are able to reach the SSR helpdesk, in one way or another, by a visit, a telephone call or a letter, they will get support, to come back, to contact the Dutch embassy, to

be received in the Netherlands, for lodging for instance, and to get new official identity papers, especially a residence permit.

This network started in 2007 and is still expanding. Dutch Moroccan second generation women who are lawyers and social workers in the Netherlands are members too.

Contact

Postbus 13073, 3507 LB Utrecht

Phone: +31 (06) 48 68 70 86

www.steunremigranten.nl



The 2005 publication by Rude-Antoine contains a summary of the relevant legislation in 28 European countries.³⁴ The partner countries each made notes of the subsequent amendments and updates made to legislation during the timeframe of the Daphne

project. These amendments are detailed below and follow the structure used by Rude-Antoine – the partner organisations are responsible for their own contributions.

1 INTERNATIONAL AGREEMENTS

a) Austria added the following – for Austria binding – instruments of international law:

- The Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, 1950, Council of Europe. Austria ratified this convention in 1957.
- The UN Supplementary Convention on the Abolition of Slavery, the Slave Trade, and Institutions and Practices Similar to Slavery, 1956, ratified by Austria in 1963.
- The International Covenant on Civil and Political Rights, 1966, UN, ratified by Austria in 1978.

b) Switzerland changed as follows

The UN Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women of 18 December 1979 (CEDAW)³⁵ came into force on 3 September 1981. At present, there are 185 states parties to the Convention. Switzerland acceded to the Convention on 27 March 1997. The objective of the Convention is to end discrimination against women in all areas of life.

The Convention...

- defines discrimination against women;
- obliges states parties to eliminate discrimination on the basis of sex in their own actions;
- obliges the states parties to adopt measures to achieve equality between men and women in all areas of life;
- guarantees that women will have the same rights as men in public and political life, in acquiring nationality, in education, employment and healthcare and in matrimonial and family law.

A Committee monitors implementation in the states parties. These undertake to submit reports to the Committee at regular intervals on the actions they have taken. The Optional Protocol to the Convention of 6 October 1999 allows individual women to submit complaints to the Committee. The Protocol also enables the Committee to initiate enquiries into situations of grave cases of discrimination.³⁶

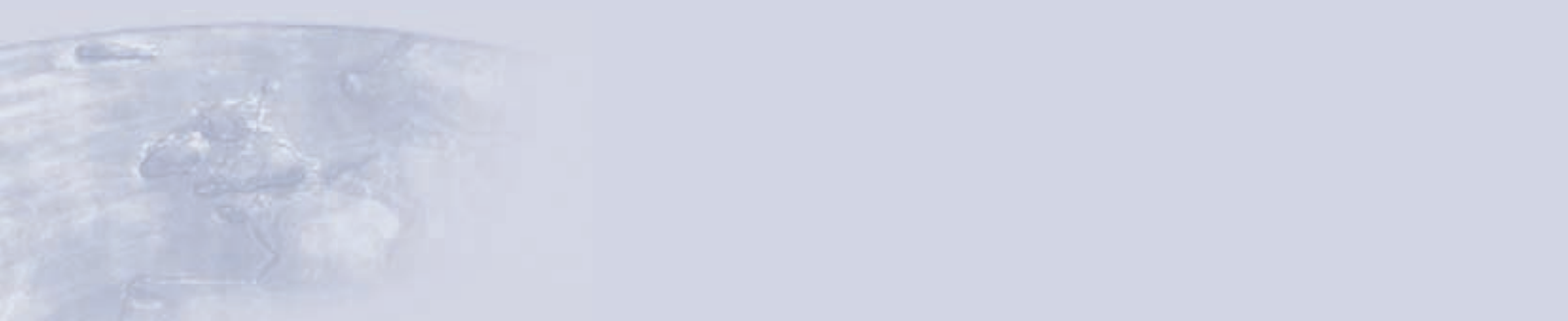
The UN Convention on the Rights of the Child of 20 November 1989 (CRC)³⁷ came into force

³⁴ Rude-Antoine, Edwige (2005), p. 64

³⁵ see original version in english: <http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/e1cedaw.htm>

³⁶ see: <http://www.eda.admin.ch/eda/en/home/topics/human/humri/humtr/humrep/women.html>

³⁷ see original version in english: <http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/k2crc.htm>



on 2 September 1990. Switzerland acceded to the Convention on 24 February 1997. The Convention provides a comprehensive guarantee of the human rights of all children, i.e. persons below the age of 18 years. The Convention works on the principle that in all actions concerning children the best interests of the child shall be the primary concern.

The provisions of the Convention:

- protect the child against discrimination of any kind;
- protect the right of the child to preserve his or her identity;
- govern the separation of the child from his or her parents and the illicit transfer of children abroad;
- protect against the sexual exploitation and trafficking of children;
- guarantee the classical rights to freedom of expression and to be heard in judicial and administrative proceedings.

The Optional Protocol to the Convention on the involvement of children in armed conflict seeks to increase the protection of children during armed conflicts by raising the minimum age for voluntary or compulsory recruitment from 15 years, as provided for in the Convention, to 18 years. The Optional Protocol to the Convention on the sale of children, child prostitution and child pornography strengthens the protection of children against sexual exploitation. The Committee on the Rights of the Child monitors the implementation of the Convention. The states parties regularly submit reports to the Committee. The two Protocols make provision for a monitoring mechanism in the form

of reports. In Switzerland, the Optional Protocol on the involvement of children in armed conflict entered into force on 26 July 2002 and the Optional Protocol on the sale of children, child prostitution and child pornography on 19 October 2006.³⁸

The HCCH Convention on Jurisdiction, Applicable Law, Recognition, Enforcement and Cooperation in respect of Parental Responsibility and Measures for the Protection of Children of 19 October 1996³⁹ came into force on 1 January 2002. Switzerland signed the Convention on 1 April 2003, but has not yet ratified it.

The objects of the Convention are:

- to determine the State whose authorities have jurisdiction to take measures directed to the protection of the person or property of the child;
- to determine which law is to be applied by such authorities in exercising their jurisdiction;
- to determine the law applicable to parental responsibility;
- to provide for the recognition and enforcement of such measures of protection in all Contracting States;
- to establish such co-operation between the authorities of the Contracting States as may be necessary in order to achieve the purposes of this Convention.

For the purposes of this Convention, the term “parental responsibility” includes parental authority, or any analogous relationship of authority determining the rights, powers and responsibilities of parents, guardians or other legal representatives in relation to the person or the property of the child.

³⁸ see: <http://www.eda.admin.ch/eda/en/home/topics/human/humri/humrtr/humrep/childr.html>

³⁹ see original version in english: http://www.hcch.net/index_en.php?act=conventions.text&cid=70

2 PROVISIONS IN PRIVATE INTERNATIONAL LAW

a) Switzerland changed as follows

The Swiss Private International Law Act (LDIP) of 18 December 1987⁴⁰, which came into force on 1 January 1989 (in the version of 1 Juli 2008) includes several provisions on marriage.⁴¹

Article 43(1) LDIP provides that the Swiss authorities are competent to celebrate a marriage if one of the intending spouses is domiciled in Switzerland or is a Swiss national. Intending spouses who are foreign nationals and not domiciled in Switzerland may also be authorised to be married there by the competent authority if the marriage will be recognised in the state where they are domiciled or of which they are nationals (Article 43(2) LDIP). Such authorisation cannot be refused on the sole ground that a divorce obtained or recognised in Switzerland is not recognised in the foreign country (Article 43(3) LDIP).⁴²

Article 44(1) LDIP provides that the substantive requirements for the celebration of marriage in Switzerland are governed by Swiss law. If the substantive conditions under Swiss law are not met, a marriage between foreign nationals may nevertheless be celebrated provided that it meets

the conditions laid down by the national law of one of the intending spouses (Article 44(2) LDIP). The form of marriage celebration in Switzerland is governed by Swiss law (Article 44(3) LDIP).⁴³

Article 45(1) LDIP provides that a marriage validly celebrated abroad is recognised in Switzerland. If either of the intending spouses is Swiss, or if both are domiciled in Switzerland, a marriage celebrated abroad will be recognised provided that it was not celebrated abroad with the clear intention of circumventing Swiss statutory provisions on the annulment of marriage (Article 45(2) LDIP).⁴⁴

Minors domiciled in Switzerland acquire majority if they marry in Switzerland or if they have married abroad and their marriage is recognised in Switzerland (Article 45a LDIP).⁴⁵

Foreign judgments or measures concerning the effects of marriage are recognised in Switzerland if they were delivered in the state where one of the spouses is domiciled or habitually resides (Article 50 LDIP).⁴⁶ This provision also covers decisions on marital property, taken either in the context of measures to protect the marital union or following a death or the annulment of the marriage.

⁴⁰ see original version in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/c291.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/c291.html>

⁴¹ see Rev. crit. DIP 1988, p.202

⁴² Original version in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/291/a43.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/291/a43.html>

⁴³ Original version in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/291/a44.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/291/a44.html>

⁴⁴ Original version in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/291/a45.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/291/a45.html>

⁴⁵ Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/291/a45a.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/291/a45a.html>

⁴⁶ Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/291/a50.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/291/a50.html>

3 PROVISIONS IN CIVIL LAW

a) Switzerland changed as follows

The rules on marriage contained in the Swiss Civil Code of 10 December 1907 (CC)⁴⁷, which came into force on 1 January 1912 (in the version of 1 Juli 2008).

3.1 MARITAL CAPACITY

In order to contract marriage, both men and women must have reached 18 years of age and must be of sound mind (Article 94(1) CC).

A person who lacks legal capacity cannot contract marriage without the consent of his or her legal representative. If consent is refused, application can be made to a court to set the refusal aside (Article 94(2) CC).⁴⁸

3.2 CONSENT

Engagements are made by means of a promise to marry (Article 90(1) CC).

An engagement is not binding on a minor or a person who lacks legal capacity unless his or her legal representative has consented to it (Article 90(2) CC).

There is no provision for legal action to require an engaged person to marry if he or she refuses (Article 90(3) CC).⁴⁹

3.3 CELEBRATION OF MARRIAGE

Marriage is celebrated publicly in the presence of two witnesses who are adult and of sound mind (Article 102 CC).⁵⁰

The civil authority asks each intending spouse separately whether he/she wishes to be joined with the other in marriage.

When each intending spouse has answered in the affirmative, they are declared to be joined in marriage by virtue of their mutual consent.

3.4 ANNULMENT OF MARRIAGE

Under Article 104 of the Civil Code⁵¹ a marriage celebrated by a civil authority can be annulled only on one of the grounds provided for in that chapter of the code. Absolute grounds for annulment (listed in Article 105 CC⁵²) exist if:

- one of the spouses was already married when the marriage was celebrated and the previous marriage had not been dissolved by divorce or ended by the death of the other spouse (Article 105(1) CC);
- one of the spouses was not of sound mind when the marriage was celebrated and has not since recovered (Article 105(2) CC);
- the marriage is prohibited for reasons of kinship (Article 105,(3) CC) .

⁴⁷ Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/c210.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/c210.html>

⁴⁸ Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/210/a94.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/210/a94.html>

⁴⁹ Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/210/a90.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/210/a90.html>

⁵⁰ Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/210/a102.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/210/a102.html>

⁵¹ Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/210/a104.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/210/a104.html>

⁵² Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/210/a105.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/210/a105.html>

- one of the spouses was not willing to form a partnership and just wanted to avoid the laws of admission and residence for foreigners (Article 105(4) CC).

Relative grounds on which a spouse may apply for a marriage to be annulled (Article 107 CC⁵³) exist if:

- the spouse was, for temporary reasons, not of sound mind when the marriage was celebrated (Article 107(1) CC);
- the spouse consented to the marriage in error, in circumstances where he or she either did not

wish to be married or did not wish to marry the person with whom the marriage was contracted (Article 107(2) CC);

- the spouse contracted the marriage in error, having been deliberately misled about the other party's essential personal characteristics (Article 107(3) CC);
- the spouse contracted the marriage under threat of serious and imminent danger to his or her life, health or honour, or to the life, health or honour of a family member (Article 107(4) CC). This could constitute a ground to annul forced marriages.

4 PROTECTION MEASURES

a) Austria changed as follows

The Federal Act on Protection against Domestic Violence (Violence Protection Act) of 30 December 1996, which came into force on 1 May 1997 and was amended in 2000 and in 2004, introduced new provisions to the Civil Code and the Code of Civil Procedure enabling courts to issue protection orders in response to applications by victims of physical violence.

b) Switzerland changed as follows

The Swiss Penal Code of 21 December 1937 (CP)⁵⁴, which came into force on 21 January 1942 (in the version of 1 August 2008), provides protection measures in Article 386⁵⁵, with the aim to prevent

criminal offences. This Article also serves as a legal basis for the support and creation Organisations, which enforce such measures.

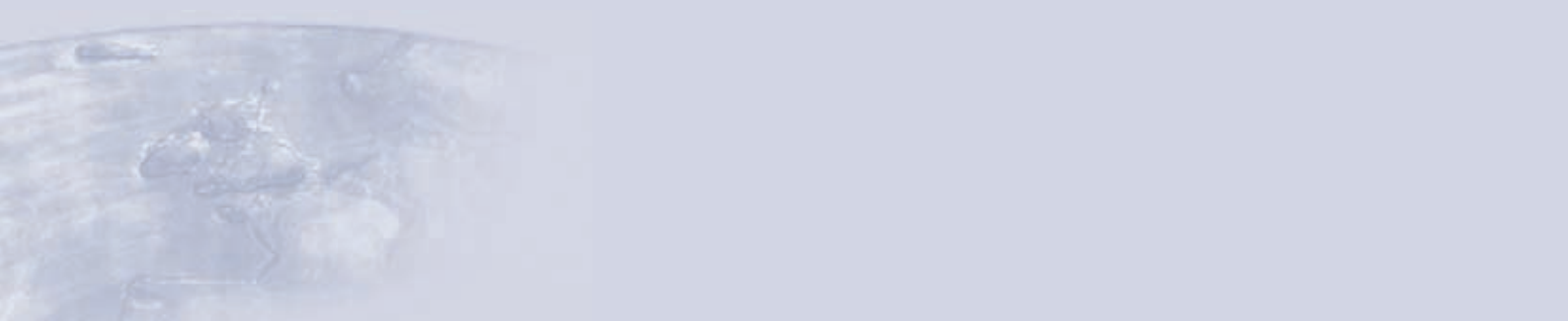
c) United Kingdom changed as follows

Part IV of the Family Law Act 1996, which came into force on 1 October 1997, gave increased civil-law protection to victims of domestic violence. More relevant to forced marriages is the Forced Marriage (Civil Protection Act) 2007 which was implemented in 2008. The aim of the Act is to enable the family courts to prevent forced marriages occurring and to stop attempts to force another person into marriage. Where a forced marriage has already taken place, the court can make

⁵³ Original in french: <http://www.admin.ch/ch/f/rs/210/a107.html> or german: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/210/a107.html>

⁵⁴ Original in french: http://www.admin.ch/ch/f/rs/c311_0.html or german: http://www.admin.ch/ch/d/sr/c311_0.html

⁵⁵ Original in french: http://www.admin.ch/ch/f/rs/311_0/a386.html or german: http://www.admin.ch/ch/d/sr/311_0/a386.html



orders to protect the victim and help remove them from the situation.

Under the Act, the family court can make a Forced Marriage Protection Order. Each Order will contain terms that are designed to protect the victim in their particular circumstances. Examples of the types of orders the court may make are: to prevent a forced marriage from occurring, to hand over passports, to stop intimidation and violence, to reveal the whereabouts of a person and to stop someone from being taken abroad. The Act also enables the court to respond to emergency situations by making orders without notice to the respondent(s).

In making a Forced Marriage Protection Order the court can attach a power of arrest allowing a police officer to arrest anyone they suspect to be in breach or contempt of the terms of the Order. The court can deal with the person under its powers of contempt of court, which can include sending them to prison up to 2 years.

d) Germany added as follows

According to Section 1666 (3) of the law of 11 July 2008 which facilitates family-oriented measures in cases where a child is in danger, the family court can bar the abusive parent from the home.

5 PROVISIONS IN CRIMINAL LAW

5.1 CLASSIFICATION OF FORCED MARRIAGE

a) Austria changed as follows

Forced marriage is not an offence in its own right. As a result of the international discourse concerning forced marriage, Austria introduced an amendment to the Code of Penal Procedure (Art. 106 of the Penal Code) as per 1 July 2006 in order to better combat the phenomenon.

In Austrian penal law, “coercion” is defined as an act that constrains another by force or threat to “actions, tolerations or omissions”, which also comprise coercion to contract marriage.

Rape within marriage/live-in relationships has, however, been a punishable offence since 1989. Under Article 203 of the Criminal Code, any person who rapes his spouse is liable to prosecution.

b) Switzerland changed as follows

Forced marriage is not a specific offence. But if the prerequisites of Article 107(4) of the Swiss Civil Code (CC) are fulfilled, forced marriage may, however, constitute the offence of Coercion, punishable under Article 181 of the Swiss Penal Code (CP).⁵⁶

5.2 PROSECUTIONS IN CASES OF FORCED MARRIAGE

a) Austria changed as follows

As a general rule, any member of the public who has sufficient grounds for suspecting that the law has been broken can report the presumed perpetrator of the offence to the police. In the case of rape within marriage/live-in relationships, until

⁵⁶ Original in french: http://www.admin.ch/ch/f/rs/311_0/a181.html or german: http://www.admin.ch/ch/d/sr/311_0/a181.html

2004 a prosecution could be initiated only if the victim made a request. In 2004 the legal difference between rape in and outside marriage/live-in relationships were eliminated: rape in marriage/live-in relationships became prosecutable ex officio.

When a victim avails herself of protection under the Police Act and the police have ascertained that an offence has taken place, they are required to report it to the public prosecution service.

Under what is known as “redirection”, a procedure introduced on 1 January 2000, the public prosecution service may drop a prosecution if, after a probationary period of between one and two years, it no longer seems appropriate. During the probationary period the perpetrator of the violence will undergo therapy.

Here we would like to add that – from the view of victim protection – the so called “redirection” is not considered to be an adequate measure to punish violence against women respectively domestic violence. Moreover we want to clarify that the probationary period is not the only measure the public

prosecution service can set within the instrument of “redirection” (other possibilities are out-of-court settlement, charitable activities and penalties).

Other important measures to improve the legal position of victims are:

Since 1 January 2006, victims of sexual and violent offences are legally entitled to psychosocial and legal support in court proceedings. (Art. 49a of the Code of Penal Procedure). Victims must be informed about their right to psychosocial and legal support in court proceedings and about institutions offering such support not later than before their first questioning.

Since 1 July 2006, Austria has been applying an Anti-Stalking-Act: Art. 107a of the Penal Code (“persistent pursuit”) offers protection under penal law; acts of stalking may be reported to the police. Art 382g of the Enforcement Code (“protection against the invasion of privacy”) offers protection under civil law; an interlocutory injunction may be requested from the competent district court.

6 PROVISIONS OF THE LAW ON FOREIGN NATIONALS

a) Switzerland changed as follows

The Swiss Foreigners Act of 16 December 2005 (LEtr)⁵⁷, which came into force on 1 January 2008 (in the version of 1 January 2008).

b) Germany added as follows

The law to implement the residence and asylum guidelines of the European Union which has been

in force since August 2007 stipulates that a residence permit will only be granted to a foreign spouse when both spouses have reached the age of 18, and that at the time of entry to Germany the foreign spouse should have at least command of basic German.

⁵⁷ Original in french: http://www.admin.ch/ch/f/rs/c142_20.html or german: http://www.admin.ch/ch/d/sr/c142_20.html

7 POLICIES AND APPROACHES

a) Austria changed as follows

The police are required to give victims of violence an information document setting out the rights and duties of all parties concerned, and also to notify the local “intervention office” which will provide free legal assistance.

There is currently an intervention office in each of the nine Austrian federal states. Jointly funded by the Federal Ministry for Women, Media and Regional Policy and the Ministry of the Interior; since 1 January, the Federal Ministry of Justice pays for legal support during court proceedings.

As soon as the intervention office has received all necessary data from the police, it gets in contact with the victim, offers psychosocial support and legal advice and supports them in developing security concepts.

These offices have also the task of ensuring that measures to deal with perpetrators of domestic violence are properly observed.

In December 1998, the Ministry for Family Affairs set up a 24-hour telephone help line.

b) United Kingdom changed as follows

Paragraph 8: change Community Liaison Unit to Forced Marriage Unit.

Paragraph 8: change 200 cases a year to 887 reported incidents of forced marriage in the first six months of 2008.

c) Sweden changed as follows

Current situation concerning tackling Forced Marriages: There is an ongoing mapping of Forced Marriages.

Appendix III Partner Organisations

IV

**Free and Hanseatic City of Hamburg,
Ministry for Social and Family Affairs, Health
and Consumer Protection
Germany, Hamburg**

The Ministry for Social and Family Affairs, Health and Consumer Protection headed by Dietrich Wersich is responsible for the promotion of families, youth, welfare services, childcare and aid for disabled people. Further responsibilities are the state control of health care, provision in the hospital sector, health promotion, safety at work and food safety.

■ www.hamburg.de

Contact

Isabel.Said@bsg.hamburg.de
Martina.Felz@bsg.hamburg.de

**Johann Daniel Lawaetz-Foundation
Germany, Hamburg**

The Lawaetz-Foundation, a non profit organization, is a consultant agency mainly in the fields of labour market policy, social policy and in the policy of city development. The Lawaetz-Foundation works for both public authorities and regional initiatives. It is also embedded in national and EU-wide Networks and in transnational projects.

■ www.lawaetz.de

Contact

Mirbach@lawaetz.de
Triebel@lawaetz.de

Magistratsabteilung 57

**Frauenabteilung der Stadt Wien
Women's Department of the City of Vienna
Austria, Vienna**

MA 57 supports women and girls in overcoming traditional role models and social disadvantages, attaining economic independence and defending themselves against violence. The 24-hour Women's Emergency Hotline, one of the three MA 57 counseling facilities, offers immediate assistance for women and girls affected by violence.

■ www.frauen.wien.at

Contact Barbara.Michalek@wien.gv.at

MOVISIE,

**Netherlands Centre for social development
The Netherlands, Utrecht**

MOVISIE is the Netherlands centre for social development. Their mission is to promote the participation and independence of citizens. They do this by supporting and advising professional organizations, volunteer organizations and government institutions. The program Domestic and Sexual Violence has contributed to this EU Daphne project.

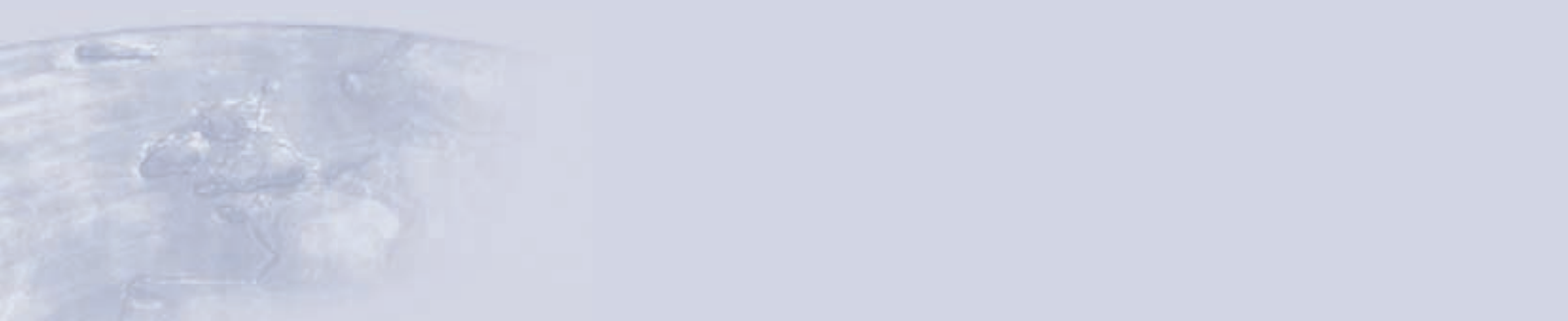
■ www.movisie.nl

Contact L.cinibulak@movisie.nl

**In cooperation with: VU University Amsterdam,
Dep. of Social and Cultural Anthropology
The Netherlands, Amsterdam**

■ www.fsw.vu.nl

Contact eac.bartels@fsw.vu.nl



ROKS,

**The National organisation for Women's shelters and young Women's shelters in Sweden
Sweden, Stockholm**

Roks is the national organisation for women's and girls' shelters in Sweden and is the largest member organisation in the country. Roks is a feministic organisation working on the rights of women's and girls' rights and liberation, as well as equality on all levels.

■ www.roks.se

Contact

Gunilla.Westny@roks.se

Mildred.Hedberg@roks.se

**Zwangsheirat.ch, Verein Katamaran
Switzerland, Zug**

“zwangsheirat.ch” is a programme launched in 2006, which aims to sensitise and educate the public about the social problem of forced marriages in Switzerland. The activities are conducting different projects, consulting opinion formers as well as state and non-state organisations, lobbying and public relations.

■ www.zwangsheirat.ch

Contact info@zwangsheirat.ch

**Women for Women's Human Rights (WWHR)
– NEW WAYS**

Turkey, Istanbul

WWHR – NEW WAYS is an independent women's NGO with the aim of promoting women's human rights in Turkey and on the international level. WWHR – NEW WAYS has contributed significantly to various legal reforms in Turkey, networking in Muslim societies and promoting women's human rights at the UN level.

■ www.wwhr.org

Contact k.ronge@wwhr.org

**Forced Marriage Unit, Foreign
and Commonwealth Office
United Kingdom, London**

The Forced Marriage Unit is a joint Foreign & Commonwealth Office and Home Office unit. It is the Government's central unit dealing with forced marriage casework, developing Government policy and co-ordinating outreach projects.

■ www.fco.gov.uk/en/fco-in-action/nationals/forced-marriage-unit

Contact Kay.Sweet@fco.gov.uk

Thanks to all persons who worked on the project!

Katrin Triebel, Lawaetz-Foundation
Dr. Thomas Mirbach, Lawaetz-Foundation

Martina Felz, Free and Hanseatic City of Hamburg
Isabel Said, Free and Hanseatic City of Hamburg
Dr. Vera Birtsch, Free and Hanseatic City of Hamburg
Dr. Matthias Bartke, Free and Hanseatic City of Hamburg

Barbara Michalek, City of Vienna
Martina K. Steiner, City of Vienna

Leyla Cinibulak, MOVISIE
Dr. Edien Bartels, VU University Amsterdam

Suzelle Dickson, Forced Marriage Unit
Kay Sweet, Forced Marriage Unit
Wayne, Ives, Forced Marriage Unit
Shailin Sha, Forced Marriage Unit
Naomi Abigail, Forced Marriage Unit
Peter Abbott, Forced Marriage Unit
Hannah Buckley, Forced Marriage Unit

Mildred Hedberg, ROKS
Carina Diaz, ROKS
Zaida Catalan, ROKS
Christina Folke, ROKS

Marlène Schenk, zwangsheirat.ch
Karin Ronge, WWHR



Impressum

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG)
Leitstelle Integration und Zivilgesellschaft
Referat Opferschutz
Adolph-Schönfelder-Straße 5
22083 Hamburg

Redaktion/Koordination:

Martina Felz, Opferschutzreferat (BSG)
Isabel Said, Referatsleitung Opferschutz (BSG)
Katrin Triebel, Johann Daniel Lawaetz-Stiftung; Arbeitsbereich Forschung, Evaluation, Wissenstransfer

Design: Irene Wendler

Illustration: Jana Madle, pix & pinsel

Bezug:

Diese Broschüre kann angefordert werden unter
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Z 211
Hamburger Straße 47
22083 Hamburg,
Telefon: 040 - 428 63 - 7778
E-Mail: publikationen@bsg.hamburg.de

Im Internet finden Sie die Broschüre unter www.hamburg.de/opferschutz
sowie weitere Informationen zum Opferschutz in Hamburg.

Hamburg, April 2009

Hinweis:

Das Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“ wird von der Europäischen Kommission im Rahmen des Programms „Daphne“ gefördert. Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Die Europäische Kommission haftet nicht für die weitere Nutzung der in der Veröffentlichung enthaltenen Informationen.

Anmerkung zur Verteilung:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bürgerschafts-, Bundestags- und Europawahlen sowie Wahlen zur Bezirksversammlung. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl die Druckschrift dem Empfänger oder der Empfängerin zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung der eigenen Mitglieder zu verwenden.

www.hamburg.de/opferschutz



Netherlands centre
for social development

